



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Juli 2015



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

30. Juni 2015

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), Bundesregierung/
Bergmann (S. 2), Foto Gerichtshof der Europäischen Union
(S. 5), Eyetronic – Fotolia (S. 6), Jodi Jacobson – iStockphoto
(S. 7), ThamKC – shutterstock (S. 14), Alexander Tikonov –
shutterstock (S. 16), MACIEJ NOSKOWSKI – iStockphoto
(S. 22), BINE Informationsdienst (S. 24), BINE Informations-
dienst (S. 25), Exportinitiative Erneuerbare Energien (S. 27),
Matej Kastelic – shutterstock (S. 29), SMART CITY LOGISTIK
ERFURT (S. 32), Beetle image with the kind permission of
rebl.nl (S. 33), BMWi/Maurice Weiss (S. 36)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial.....	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen.....	4
Auf einen Blick.....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage.....	12
Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums.....	14
Durch Vernetzung Energiezukunft gestalten.....	22
Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Exportschlager „made in Germany“.....	27
Elektromobilität mit System.....	29
G7-Energieminister beschließen „Hamburg Initiative“ für nachhaltige Energiesicherheit.....	36
II. Wirtschaftliche Lage.....	39
Internationale Wirtschaftsentwicklung.....	40
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	42
III. Übersichten und Grafiken.....	55
1. Gesamtwirtschaft.....	56
2. Produzierendes Gewerbe.....	64
3. Privater Konsum.....	72
4. Außenwirtschaft.....	74
5. Arbeitsmarkt.....	76
6. Preise.....	78
7. Monetäre Entwicklung.....	82
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse.....	84
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben.....	86

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser!

Nach über einhundert Jahren Dominanz fossiler Treibstoffe werden umweltfreundliche Elektroantriebe künftig eine immer größere Rolle spielen. Ein entscheidender Katalysator für den Übergang in die Mobilität der Zukunft sind dabei die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).

Bereits heute sind Einparkhilfen, Spurassistenten und moderne Navigationssysteme aus vielen Fahrzeugen nicht mehr wegzudenken. Diese Assistenzsysteme machen das Fahren nicht nur sicherer, sondern auch effizienter und komfortabler. In ein paar Jahren werden weitere elektronische Helfer, die zum Beispiel bei Ladevorgängen die direkte Kommunikation zwischen Fahrzeug und Stromnetz steuern oder helfen, die Reichweite von Elektrofahrzeugen zu optimieren, genauso selbstverständlich sein.

Vor allem drei Trends stehen für die wachsende Bedeutung der IKT im Fahrzeug:

Erstens: Das Internet hält Einzug in das Auto: Die Fahrzeugnutzer möchten auch unterwegs von den Unterhaltungsangeboten Gebrauch machen, die sie außerhalb des Fahrzeugs gewohnt sind. Dazu zählt zum Beispiel das Abrufen von Musik, Videos und Nachrichten sowie aktuellen Informationen zu Verkehr und Wetter während der Fahrt.

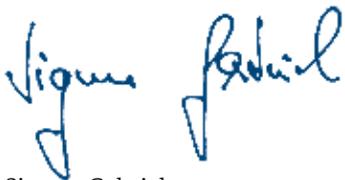
Zweitens: Autos werden zukünftig viel stärker miteinander (Car2Car) und mit der Verkehrsinfrastruktur (Car2Infrastructure) vernetzt sein. Dadurch können Staus vermieden und Verkehrsflüsse optimiert werden.

Drittens: Sensoren im Fahrzeug erfassen die Umgebung und ermöglichen schrittweise teilautonome und autonome Fahrfunktionen. Autofahren wird dadurch sicherer und komfortabler.

Ein Beitrag in diesem Monatsbericht zeigt am Beispiel des Technologieprogramms „IKT für Elektromobilität II: Smart Car – Smart Grid – Smart Traffic“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie IKT-gestützte Anwendungskonzepte für ein effektives Zusammenspiel von Fahrzeugtechnik, Energie- und Verkehrsinfrastrukturen.

Die weiteren Artikel behandeln Beschlüsse der G7-Energiekonferenz, die Exportinitiativen Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, das Forschungsnetzwerk Energie in Gebäuden und Quartieren sowie die Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums.

Auch bei der Lektüre der übrigen wirtschaftspolitischen Beiträge und Analysen wünsche ich Ihnen, wie immer, viel Freude und neue Erkenntnisse!



Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Geldpolitik im Dreieck Frankfurt-Karlsruhe-Luxemburg: Das „OMT-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofs



Gerichtshof der Europäischen Union

Wenn Zentralbanken an den Kapitalmärkten intervenieren oder auch nur Interventionen ankündigen, reagieren die Märkte oft in Sekundenschnelle. Dass sich noch Jahre später ein nationales Verfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit den zugrundeliegenden Beschlüssen und Pressemitteilungen der Zentralbank beschäftigen, ist dagegen ein Novum in der Rechts- und Wirtschaftsgeschichte.

Der EuGH hat in seinem Urteil vom 17. Juni 2015 die Handlungen der Europäischen Zentralbank (EZB) auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft und festgestellt, dass die EZB mit ihrem Beschluss zum Programm „Outright Monetary Transactions“ (OMT-Programm) vom 6. September 2012 die Vorgaben des Unionsrechts beachtet hat.

Ein gewundener, aber zielführender Rechtsweg

Das OMT-Programm sieht vor, dass die EZB Staatsanleihen ausgewählter Eurostaaten in einem ex ante nicht beschränkten Umfang aufkaufen kann, wenn und solange diese Staaten an einem Reformprogramm im Rahmen eines „Rettungsschirms“, wie der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität oder dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, teilnehmen und dies aus geldpolitischer Sicht geboten ist. Bis heute wurden unter diesem Programm tatsächlich keine Staatsanleihen erworben.

Kritiker des OMT-Programms – darunter auch Peter Gauweiler, seinerzeit MdB, sowie die Bundestagsfraktion Die Linke – warfen der EZB vor, ihr währungspolitisches

Mandat zu überschreiten und Staaten direkt zu finanzieren. Dies würde einen Verstoß gegen das Verbot monetärer Staatsfinanzierung gemäß Art. 123 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) darstellen. Vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) konnten die Beschwerdeführer sich nicht direkt gegen die EZB wenden. Vielmehr erhoben sie Verfassungsbeschwerden gegen den Bundestag und die Bundesregierung, weil diese es unterlassen hätten, sich um eine Aufhebung des OMT-Programms zu bemühen oder zumindest dessen Umsetzung zu verhindern.

Für die Entscheidung dieses Rechtsstreits kam es für das BVerfG auf die Frage an, ob das OMT-Programm – wie die Kritiker behaupten – gegen Unionsrecht verstößt. Denn in diesem Falle läge in der Untätigkeit der deutschen Staatsorgane ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Mit dieser Begründung legte das BVerfG dem EuGH mehrere Fragen zur Unionsrechtskonformität des OMT-Programms vor.

Der EuGH hat in seinem Urteil zunächst die Bedenken gegen die Zulässigkeit der Vorlagefragen zurückgewiesen und an seine gefestigte Rechtsprechung angeknüpft, wonach das vorliegende Gericht selber entscheiden muss, welche unionsrechtlichen Fragen sich ihm bei der Entscheidung des konkreten Rechtsstreits stellen.

Der OMT-Beschluss als geeignetes Mittel der Währungspolitik

In der Sache kommt der EuGH zum Ergebnis, dass das OMT-Programm unionsrechtskonform ist. Das Unionsrecht stelle bestimmte Bedingungen, die durch die (vorgesehene) Praxis der EZB erfüllt würden. Der EuGH fordert somit weder eine Restriktion des vorgesehenen OMT-Programms noch eine Änderung der bisherigen Rettungspraxis. Die Rolle der EZB innerhalb der als Troika bezeichneten Kooperation mit dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission stellt der EuGH – anders als noch der Generalanwalt in seinen Schlussanträgen vom 14. Januar 2015 – nicht in Frage.

Der EuGH begründet ausführlich, dass das OMT-Programm vom Mandat der EZB gedeckt ist. Etwaige wirtschaftspolitische Auswirkungen seien nur mittelbarer Natur und änderten nicht den währungspolitischen Charakter der Maßnahme. Maßgeblich komme es darauf an, dass das von der EZB ergriffene Mittel geeignet sei, das währungspolitische Ziel zu erreichen. Ziel des OMT-Programms sei die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen geldpolitischen Transmission und die Wahrung der Einheitlichkeit der



Geldpolitik im Euroraum. Insoweit räumt der EuGH der EZB ein weites Ermessen ein, und zwar sowohl in der Analyse der Ausgangslage als auch bei der Auswahl der in Betracht kommenden Mittel. Hierbei seien Entscheidungen der EZB nur auf offensichtliche Beurteilungsfehler hin überprüfbar, die hier aber nicht vorlägen.

Die gebotenen Begrenzungen des OMT-Programms sind beachtet

Die von der EZB ergriffenen Maßnahmen dürfen nicht über das hinausgehen, was zur Erreichung des Ziels erforderlich ist. Für das OMT-Programm sieht der EuGH diese Voraussetzung dadurch als erfüllt an, dass es sich auf die Anleihen solcher Staaten beschränkt, die an einem „makroökonomischen Anpassungsprogramm“ teilnehmen („Hilfe gegen Reformen“) und es sich auf Anleihen mit einer Restlaufzeit von unter drei Jahren konzentriert.

Der EuGH betont weiter, dass bei der Durchführung eines solchen Programms „die verschiedenen beteiligten Interessen“ gegeneinander abgewogen werden müssen. Dabei dürften sich keine Nachteile ergeben, die außer Verhältnis zu den verfolgten Zielen stehen. Auch diese Anforderungen seien von der EZB erfüllt worden.

Kein Verstoß gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung

Ausführlich beschäftigt sich der Gerichtshof mit dem Verbot der monetären Staatsfinanzierung (Art. 123 AEUV), das weder verletzt noch umgangen werden darf. Er geht insbesondere auf die vorgetragenen Bedenken ein, dass ein für die Marktteilnehmer völlig sicherer Ankauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt einer unmittelbaren Staatsfinanzierung durch die EZB gleichkommen könnte. Diese Gefahr sieht der EuGH durch die Entwürfe der EZB für entsprechende Beschlüsse und Leitlinien sowie durch die Erklärungen der EZB vor dem EuGH als gebannt an. Vorgeesehen war dort insbesondere die Einhaltung einer Mindestfrist zwischen Ausgabe und Ankauf der Anleihen.

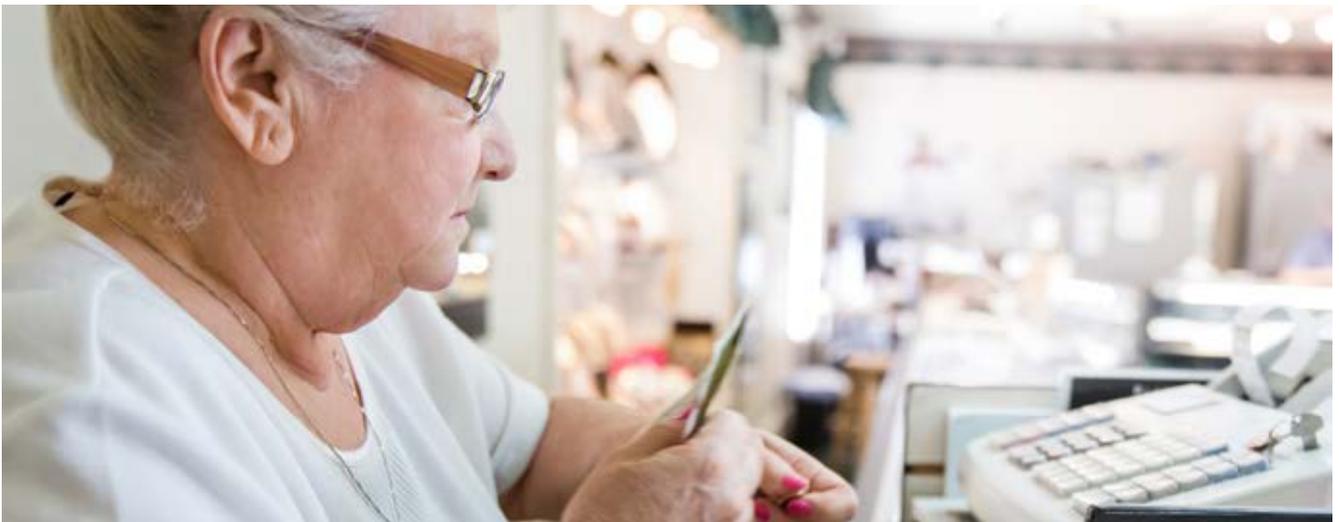
Effektiver Rechtsschutz gegen Handlungen der EZB

Das BVerfG muss jetzt unter Beachtung der europarechtlichen Feststellungen des EuGH die abschließenden Entscheidungen in den Ausgangsverfahren treffen. Wie das BVerfG dabei das Urteil des EuGH aufnehmen und bewerten wird, bleibt abzuwarten. Unabhängig davon lässt sich aber schon jetzt festhalten: Die rechtliche Kontrolle von Interventionen der EZB ist nicht länger ein nur theoretisches Thema. BVerfG und EuGH haben klargestellt, dass auch die EZB an das Recht gebunden ist. Beide Gerichte haben in „Kooperation“ einen Weg eröffnet, auf dem jeder einzelne Bürger die Rechtmäßigkeit der Handlungen der EZB überprüfen lassen kann. Die Bindung der EZB an das Recht erhält damit eine erheblich stärkere praktische Relevanz.

Kontakt: Johannes Möller

Referat: Vertretung der Bundesrepublik Deutschland vor den europäischen Gerichten

Beiratgutachten zur Fachkräftesicherung



Der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat am 15. Juni 2015 sein Gutachten „Potenziale nutzen – mehr Fachkräfte durch weniger Arbeitsmarkthemmnisse“ vorgestellt. Ausgangspunkt des Gutachtens ist der demografische Wandel, dessen entscheidende Phase in den kommenden Jahren bevorsteht. So dürfte die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (traditionell 20 bis 65) bis 2040 um elf bis 15 Prozent zurückgehen, während die Zahl der über 65-Jährigen im

gleichen Zeitraum um 38 bis 45 Prozent steige. Vor diesem Hintergrund empfiehlt der Beirat, unnötige Hürden am Arbeitsmarkt abzubauen und so das bestehende Potenzial an Fachkräften besser zu nutzen.

Ein Schwerpunkt des Gutachtens liegt auf der Erwerbstätigkeit Älterer. Konkret greift der Beirat das im Koalitionsvertrag angelegte Ziel einer Flexibilisierung des Renteneintritts auf. So gelte es, die Zuverdienstgrenzen für Personen,

die bereits eine Rente beziehen, abzubauen und zugleich für versicherungsmathematisch korrekte Abschläge in der gesetzlichen Rentenversicherung zu sorgen. Beides könne in den Augen der Beiratsmitglieder dazu beitragen, den positiven Trend bei der Erwerbsbeteiligung der über 60-Jährigen zu verstärken.

Ein weiteres Potenzial für mehr Beschäftigung sieht der Beirat auch bei den Frauen, deren Erwerbstätigenquote noch immer knapp zehn Prozentpunkte unterhalb derjenigen der Männer liegt. Eine zentrale Ursache hierfür sieht der Beirat in der nach wie vor nicht ausreichenden Zahl an Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Neben einem weiteren Ausbau der Betreuungsinfrastruktur wird auch eine Maßnahme empfohlen, die auf den Erkenntnissen der modernen Verhaltensökonomie beruht. So kommt der Beirat zu dem Schluss, dass sich die unter Eheleuten übliche Steuerklassenkombination III/V hemmend auf das Arbeitsangebot von Frauen auswirkt. Konkret würde die hohe monatliche Abgabenbelastung des Zweitverdieners (Steuerklasse V) dazu führen, dass viele Frauen auf eine intensivere Teilhabe am Erwerbsleben verzichteten. Eine Abschaffung dieser Kombination und eine generelle Anwendung der Kombination IV/IV (mit und ohne Faktorverfahren) würde die hohe steuerliche Abgabenbelastung des Zweitverdieners in einer Ehe mildern und könne so zu einem positiven Beschäftigungseffekt insbesondere bei den Frauen führen. Das Ehegattensplitting, das am Jahreseinkommen anknüpft, würde dabei nicht verändert, sodass eine solche Maßnahme haushaltsneutral durchzuführen wäre.

Ein weiterer Aspekt, den das Gutachten aufgreift, ist die Lohnbildung in Berufen, für die ein Engpass an Fachkräften besteht und die gleichzeitig von den Strukturen des öffentlichen Dienstes geprägt sind. Hier gelte es in Abstimmung mit den Tarifpartnern, Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Lohnsetzung zu eröffnen, damit von den berufsspezifischen Löhnen auch entsprechende Knappheitssignale ausgesendet werden können.

Insgesamt enthält das Gutachten mehr als zehn konkrete Politikempfehlungen. Dr. Rainer Sontowski, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dankte dem Beirat für sein Gutachten und übermittelte dem Vorsitzenden in einem Schreiben eine erste Bewertung der Vorschläge. Staatssekretär Sontowski: „Der Wissenschaftliche Beirat greift erneut ein wichtiges wirtschaftspolitisches Thema auf. Gerade in der aktuellen Phase, in der die geburtenstarken Jahrgänge noch voll im Erwerbsleben stehen, gilt es, die Weichen für ein weiterhin hohes Angebot an qualifizierten Fachkräften in Deutschland richtig zu stellen. Das Gutachten enthält dazu eine Reihe diskussionswürdiger Überlegungen. Die Vorschläge zur Ehegattenbesteuerung halte ich für bedenkenswert. Sehr skeptisch sehe ich dagegen die Vorschläge des Beirats zur Ausgestaltung des Renteneintritts.“

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie berät den Bundeswirtschaftsminister unabhängig in Form von Gutachten. Den Gegenstand seiner Beratungen bestimmt der Beirat selbst.

Das Gutachten und der Brief des Herrn Staatssekretär sind über die Internetseite des BMWi erhältlich:



http://bit.ly/BMWi_WB_Fachkräftesicherung

Kontakt: Johannes Vatter

Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Neues KfW-Förderangebot für energieeffizientes Bauen und Sanieren von Nichtwohngebäuden

Ab dem 1. Juli 2015 fördert die KfW Bankengruppe im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) verstärkt die energetische Sanierung und den energieeffizienten Neubau von Nichtwohngebäuden. Die Förderung erfolgt aus Mitteln des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms.

Mit dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) hat die Bundesregierung im Dezember 2014 die Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudesektor als eine der zentralen Maßnahmen beschlossen. Bis zum Jahr 2050 soll ein nahezu klimaneutraler Gebäudebestand erreicht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind weitere Effizienzfortschritte im Gebäudebereich nötig – nicht nur bei Wohngebäuden, sondern auch bei Geschäftsgebäuden und kommunalen Einrichtungen.

42 Prozent des Primärenergiebedarfs aller Gebäude entfallen auf Nichtwohngebäude. Das zeigt: In Nichtwohngebäuden schlummern erhebliche Effizienzpotenziale. Neben deutlichen CO₂-Einsparungen geht es auch um Kosteneinsparungen für Unternehmen und Kommunen.

Daher wird das BMWi gemeinsam mit der KfW künftig ergänzend zu der Förderung energieeffizienten Bauens und energetischer Modernisierung in Wohngebäuden ein deutlich verbessertes Förderangebot für Nichtwohngebäude anbieten. Vorrangiges Ziel dabei ist die Erhöhung der Energieeffizienz. Auch für den Neubau von Gebäuden mit niedrigem Energiebedarf setzen KfW und BMWi gemeinsam deutliche Investitionsanreize.

- ▶ Unternehmen und Kommunen profitieren von verbilligten Zinskonditionen sowie Tilgungszuschüssen von bis zu 17,5 Prozent, wenn sie ihre Gebäude auf das Niveau eines KfW-Effizienzhauses modernisieren oder einzelne Sanierungsmaßnahmen, zum Beispiel an der Gebäudehülle oder der Anlagen- und Gebäudetechnik, umsetzen.
- ▶ Kommunen, soziale Einrichtungen und kommunale Unternehmen haben ab dem 1. Oktober 2015 die Möglichkeit, auch energieeffiziente Neubauten über die KfW fördern zu lassen. Die bereits bestehende Förderung für die energetische Sanierung von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur, wie zum Beispiel Schulen und Kindergärten, wird spürbar verbessert. Zum Beispiel werden Tilgungszuschüsse in Höhe von fünf Prozent für energetische Einzelmaßnahmen eingeführt. Zudem entfallen die Darlehenshöchstbeträge.
- ▶ Die Förderung der energetischen Sanierung erfolgt unabhängig vom Baualter. Die Kreditlaufzeiten betragen für gewerbliche Unternehmen fünf, zehn beziehungsweise 20 Jahre, für Kommunen zehn, 20 beziehungsweise 30 Jahre. Die Zinssätze werden zum Start des Programms bekannt gegeben. Sie können bis zu zehn Jahre festgeschrieben werden.
- ▶ Weitere Informationen zu dem neuen KfW-Förderangebot finden Interessierte zeitnah zum Programmstart auf der Internetseite www.kfw.de.

Kontakt: Ina Hippe
Referat: Förderung von Energieeffizienz im Gebäudebereich, CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, Energieberatung

Tabelle 1: Übersicht der Tilgungszuschüsse nach Verwendungszweck

Verwendungszweck und Höhe der Tilgungszuschüsse (in Prozent des Zusagebetrages)	
Sanierung	
KfW-Effizienzhaus 70	17,5 %, max. 175 Euro pro m ²
KfW-Effizienzhaus 100	10 %, max. 100 Euro pro m ²
KfW-Effizienzhaus Denkmal	7,5 %, max. 75 Euro pro m ²
Einzelmaßnahmen	5 %, max. 50 Euro pro m ²
Neubau	
KfW-Effizienzhaus 55	5 %, max. 50 Euro pro m ²
KfW-Effizienzhaus 70	–

Quelle: KfW Bankengruppe

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Juli 2015	
01.07.	Luxemburg übernimmt EU-Ratspräsidentschaft
06.07.	Auftragseingang in der Industrie (Mai)
07.07.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Mai)
10.07.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
13./14.07.	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
20./21.07.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat in Luxemburg
24.07.	ECOFIN (Haushalt) möglich
Ende Juli	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
August 2015	
06.08.	Auftragseingang in der Industrie (Juni)
07.08.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juni)
12.08.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
14.08.	BIP 2. Quartal (Schnellmeldung)
21.08.	GfK-Konsumklima August 2015
25.08.	BIP 2. Quartal (ausführliche Ergebnisse)
Ende August	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
September 2015	
04.09.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Juli)
07.09.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Juli)
10.09.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11./12.09.	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
22./23.09.	Informelle Energieratstagung in Luxemburg
28./29.09.	Informeller Rat für Auswärtige Angelegenheiten – Handel in Luxemburg
Ende September	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

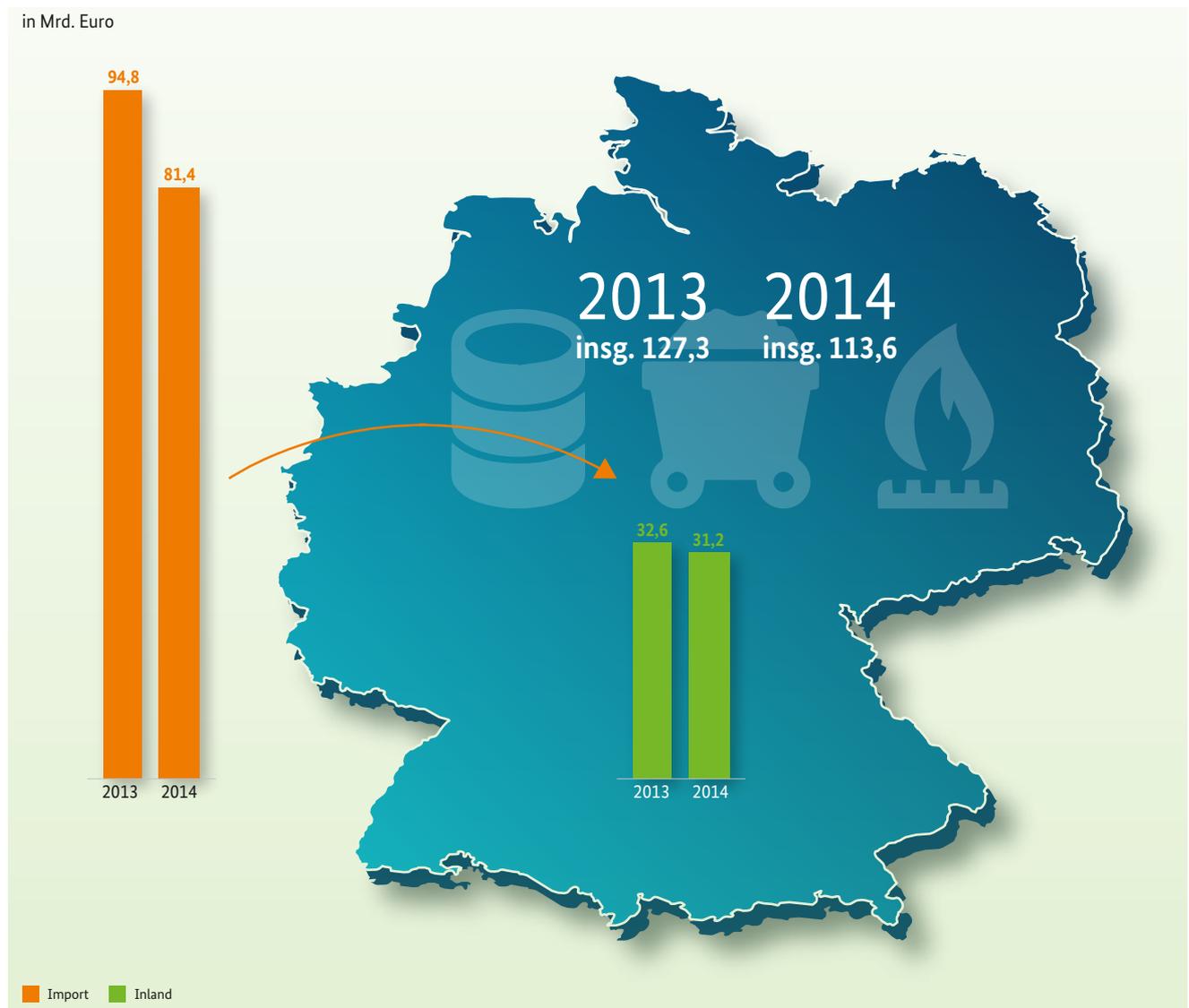


Grafik des Monats

Die Kosten für die Bereitstellung von Primärenergie ...

... sind im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um zwölf Prozent auf 113 Milliarden Euro gesunken. Diese Kostenentlastung kam privaten Haushalten und Unternehmen in Deutschland zugute. Neben einem Rückgang des Verbrauchs der einzelnen Energieträger vor allem infolge der milden Witterung, aber auch aufgrund von Steigerungen der Energieeffizienz, haben die gesunkenen Einfuhrpreise für Rohöl, Erdgas und Importkohle zu dieser Entlastung geführt. Deutschland ist bei der Energieversorgung zum überwiegenden Teil von Importen abhängig. Nur gut ein Viertel der Ausgaben entfallen auf heimische Primärenergieträger.

Entwicklung der Kosten für die Bereitstellung der Primärenergie in Deutschland



Erläuterung: Primärenergieträger sind Energieträger, die noch keiner Umwandlung unterworfen wurden, wie beispielsweise Stein- und Braunkohle, Erdöl, Erdgas, und spaltbares Material, wie Uran sowie erneuerbare Energien (Sonnenenergie, Windkraft, Wasserkraft, Erdwärme und Gezeitenenergie).

Der Primärenergieverbrauch (PEV) ist das saldierte Ergebnis aus inländischer Produktion, dem Außenhandelsaldo bei Energieträgern unter Abzug der Hochseebunkerungen sowie unter Berücksichtigung der Lagerbestandsveränderungen.

Quelle: Berechnungen des BMWi auf der Grundlage des Primärenergieverbrauchs der AG Energiebilanzen (2014 geschätzt)

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft ist insgesamt gut in das zweite Quartal gestartet und setzt ihren Aufschwung fort.
- ▶ Die Auftragseingänge und die Produktion in der Industrie erholten sich im April spürbar. Die Stimmung in der Wirtschaft ist weiterhin positiv.
- ▶ Die Ausfuhren haben unterstützt durch den niedrigen Euro-Wechselkurs auch im April spürbar zugenommen. Die Einfuhren schwächten sich etwas ab.
- ▶ Am Arbeitsmarkt setzten sich die positiven Entwicklungen fort.

Nach dem ordentlichen Start des Produzierenden Gewerbes in das zweite Quartal dürfte sich die Wirtschaftsleistung in Deutschland in den kommenden Monaten weiter ausweiten.¹ Hierzu wird der solide Anstieg der Inlandsnachfrage beitragen, die bereits im Jahresschlussquartal 2014 (+1,1%) und im ersten Vierteljahr 2015 (+0,5%) spürbar expandierte.² Insbesondere haben die privaten Haushalte im ersten Quartal 2015 nunmehr das dritte Quartal in Folge mehr konsumiert (+0,6%). Die solide Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung zusammen mit dem rückläufigen Preisniveau waren hierfür ausschlaggebend. Die Investitionskonjunktur hat im ersten Quartal etwas an Fahrt gewonnen. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen um 1,5% zu. Die Bauinvestitionen expandierten noch etwas stärker um 1,7%. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels war bei ölpreisbedingt rückläufigen Importpreisen und kräftig steigenden Importvolumina im ersten Vierteljahr mit -0,2 Prozentpunkten negativ. Insgesamt nahm die gesamtwirtschaftliche Leistung im ersten Quartal um 0,3% zu. Die Expansion der Wirtschaftsleistung in Deutschland dürfte sich angesichts der aktuellen Konjunkturindikatoren mit moderatem Tempo fortsetzen. Allerdings gibt es neben Chancen auch einige Risikofaktoren wie den Ölpreis oder die Entwicklungen um Griechenland, die wieder stärker in den Vordergrund rücken könnten.

Die Weltwirtschaft dürfte nach einer relativ schwachen Entwicklung in den vergangenen Monaten langsam

Schwung aufnehmen. Die weltweite Industrieproduktion bewegte sich bis März noch seitwärts. Hierfür dürften vor allem temporäre Faktoren, wie der Wachstumseinbruch in den Vereinigten Staaten aufgrund des strengen Winters, verantwortlich gewesen sein. Im Euroraum setzte sich die konjunkturelle Erholung dagegen fort. Zuletzt scheint sich die Dynamik sogar gefestigt zu haben. In verschiedenen Schwellenländern behindern allerdings ernstere strukturelle Probleme ein stärkeres Wirtschaftswachstum. In China hält beispielsweise die Wachstumsabschwächung weiter an. Auch bleibt die wirtschaftliche Lage in Russland angesichts der geopolitischen Spannungen und des niedrigen Ölpreises weiter fragil. Die niedrigen Ölpreise sind auch für andere rohstoffexportierende Länder, z. B. in Lateinamerika, eine größere Belastung. Die OECD hat daher und angesichts des verhaltenen Jahresbeginns zuletzt ihre Prognose für das globale Wirtschaftswachstum für das Jahr 2015 um 0,6 Prozentpunkte auf 3,1% und für das Jahr 2016 um 0,1 Prozentpunkte auf 3,8% nach unten korrigiert.

Die Ausfuhrfähigkeit hat sich spürbar belebt. Im Vergleich zum Vormonat sind die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen im April saison- und kalenderbereinigt um 0,7% gestiegen. Im Dreimonatsvergleich ergibt sich ein Anstieg um 2,8%.³ Damit sind die nominalen Exporte im Trend deutlich aufwärtsgerichtet, auch wenn die Entwicklung in realer Rechnung etwas gedämpfter ausgefallen sein dürfte. Im April war auch die Bestelltätigkeit aus dem Ausland lebhaft. Dagegen sind die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen im April nominal um saisonbereinigt 1,4% gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. In realer Rechnung dürften sich die Einfuhren aufgrund steigender Einfuhrpreise am aktuellen Rand noch schwächer entwickeln. Die Perspektiven für den Außenhandel bleiben angesichts der hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit und einer wieder schwungvolleren Weltwirtschaft hoffnungsvoll.

Die deutsche Industrie startete positiv in das zweite Quartal. Nachdem der Jahresbeginn weniger dynamisch ausgefallen war, stieg die Industrieproduktion im April wieder um 0,7%. Insbesondere bei den Herstellern von Vorleistungs- und Investitionsgütern, z. B. im Maschinenbau, wurde die Produktion ausgeweitet. Auch die Umsätze zogen mit einem Plus von 1,3% im April kräftig an, wobei die positiven Impulse vorrangig aus dem Auslandsgeschäft kamen. Die

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Juni 2015 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

3 Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

Auftragseingänge in der Industrie verbesserten sich nach einem schwachen Jahresbeginn im März und April wieder spürbar. Allerdings blieb die Auslandsnachfrage bedingt durch Großaufträge schwankend. Die Stimmung in der Industrie ist weiterhin gut, auch wenn das ifo Geschäftsklima aufgrund etwas weniger zuversichtlicher Erwartungen im Mai geringfügig nachgab. Die Baukonjunktur hatte sich bereits im Herbst vergangenen Jahres aufgehellt. Im ersten Quartal nahm die Erzeugung im Baugewerbe bei milder Witterung um 2,1% zu. Im April stieg die Bauproduktion weiter um 1,3% an. Die solide Bestellfähigkeit und die insgesamt günstigen Rahmenbedingungen sprechen hier für eine Fortsetzung der Aufwärtsbewegung.

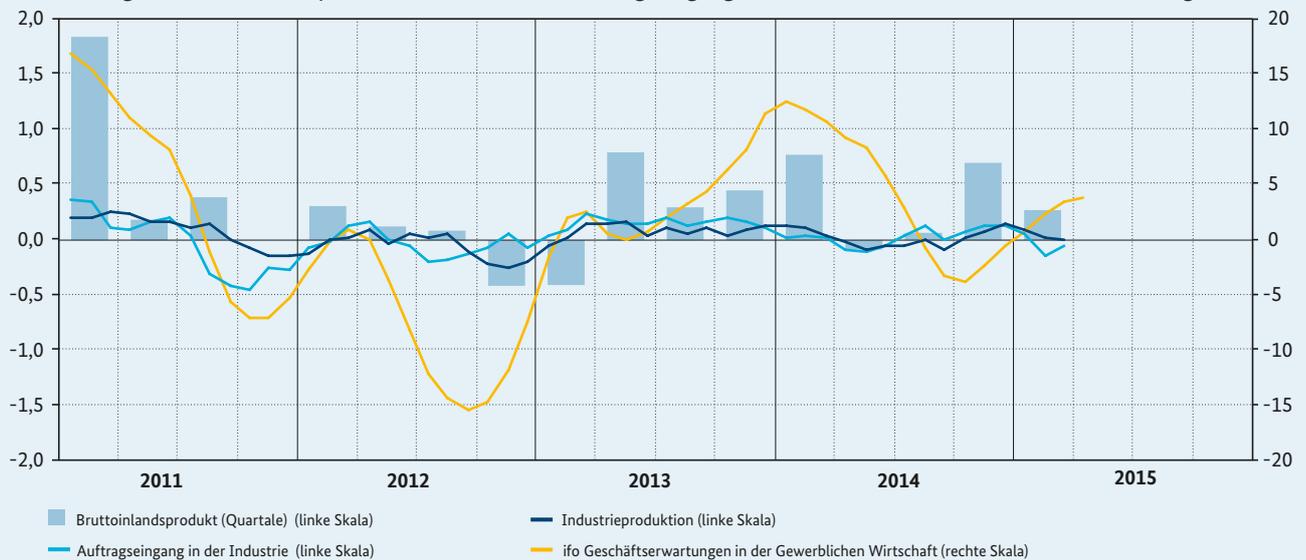
Der private Konsum bleibt eine verlässliche treibende konjunkturelle Kraft. Im ersten Quartal nahmen die privaten Konsumausgaben im Vergleich zum Vorquartal um 0,6% zu und lieferten damit erneut einen maßgeblichen Beitrag zum BIP-Wachstum. Bereits in den beiden Vorquartalen wurde der private Verbrauch um jeweils 0,7% ausgeweitet. Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) stiegen im

April um 1,3%. Auch die Umsätze im Kfz-Handel entwickeln sich dynamisch und stiegen im März bereits den vierten Monat in Folge spürbar an. Insgesamt gestalten sich die Rahmenbedingungen für die Konsumnachfrage weiterhin sehr günstig. Dies spiegelt sich auch in dem deutlich positiven Konsumklima wider.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich mit der Konjunktur moderat positiv. Im April erhöhte sich die Erwerbstätigkeit im Inland saisonbereinigt um 21.000 Personen. Insgesamt gab es im Monatsdurchschnitt knapp 42,7 Mio. Erwerbstätige, 208.000 mehr als vor einem Jahr. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm im März saisonbereinigt um 78.000 Personen kräftig zu. Die Rückgänge bei den Minijobs wurden so zum Teil ausgeglichen. Mit der Frühjahrsebebung verringerte sich die Arbeitslosigkeit im Mai um 81.000 auf 2,762 Mio. Personen, 120.000 Personen weniger als vor Jahresfrist. Saisonbereinigt ging die Arbeitslosigkeit um 6.000 Personen zurück. Die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 6,3%. Die Indikatoren deuten auf eine Fortsetzung der positiven Tendenzen am Arbeitsmarkt hin.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums

Ergebnisse modellgestützter Simulationen

Die Europäische Kommission empfiehlt Deutschland im Rahmen des Europäischen Semesters, die öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung auszuweiten, auch mit dem Ziel, das Wachstum in anderen Mitgliedstaaten der Währungsunion zu stärken. Die Bundesregierung hat bereits umfassende Maßnahmen zur Stärkung der Investitionen in Deutschland ergriffen. Die Erwartungen an eine Ausweitung der Investitionen in Deutschland zur Überwindung der Wachstumsschwäche in anderen europäischen Ländern sollten jedoch nicht zu hoch gesteckt werden. Modellgestützte Simulationen bestätigen zwar, dass die Wirtschaft des Euroraums von höheren öffentlichen Investitionen in Deutschland profitiert. Die positiven Wachstumseffekte für den Euroraum sind allerdings sehr begrenzt.



Ansatz und methodisches Design der Untersuchung

Die vorliegende Szenarien-Analyse versucht, auf Basis eines internationalen gesamtwirtschaftlichen Modells die Übertragungseffekte („Spillover-Effekte“) höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums zu quantifizieren. In Anlehnung an die Empfehlungen der Europäischen Kommission im aktuellen Deutschland-Bericht oder die länderspezifischen Empfehlungen¹ wird eine Ausweitung öffentlicher Investitionen in Deutschland um jeweils ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den Jahren 2015 bis 2018 simuliert.

Grundlage der vorliegenden Analyse ist das Global Economic Model (GEM), ein internationales makroökometrisches Modell von Oxford Economics (siehe Kasten zu den Möglichkeiten und Grenzen des Modells, S. 16). Durch die Verwendung von Szenarien, welche auf verschiedenen Modifikationen des Standardmodells beruhen, können kritische Annahmen des Modells auf ihre Relevanz hin überprüft und ein besseres Bild über die Aussagekraft der Ergebnisse gewonnen werden.

1 Siehe länderspezifische Empfehlung der Europäischen Kommission vom 13. Mai 2015, Länderbericht Deutschland 2015 der Europäischen Kommission vom 18. März 2015 und BMWi (2015), „Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Fokus; Eine Einordnung zur Entscheidung der Europäischen Kommission, Deutschland ein makroökonomisches Ungleichgewicht zu attestieren“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Mai 2015.

Es werden folgende Szenarien simuliert:

Basisszenario

Das Referenzmodell basiert auf den Standardeinstellungen des GEM, einschließlich der Projektionen für die Jahre 2015 bis 2018 (ohne zusätzliche Investitionen).

Szenario 1

Das Szenario basiert ebenfalls auf dem Referenzmodell, zusätzlich werden die staatlichen Investitionen in den Jahren 2015 bis 2018 um jeweils ein Prozent des realen BIP des Jahres 2014 erhöht.

Szenario 2

Besonderheiten des aktuellen geldpolitischen Umfeldes werden berücksichtigt. Es wird angenommen, dass die Europäische Zentralbank (EZB) in Abweichung zu ihrer historischen „Standardreaktion“ auch bei expansiven Fiskalimpulsen den Leitzins konstant hält (akkommodierende Geldpolitik). Die Annahme akkommodierender Geldpolitik gilt auch für die nachfolgenden Szenarien 3 und 4.

Szenario 3

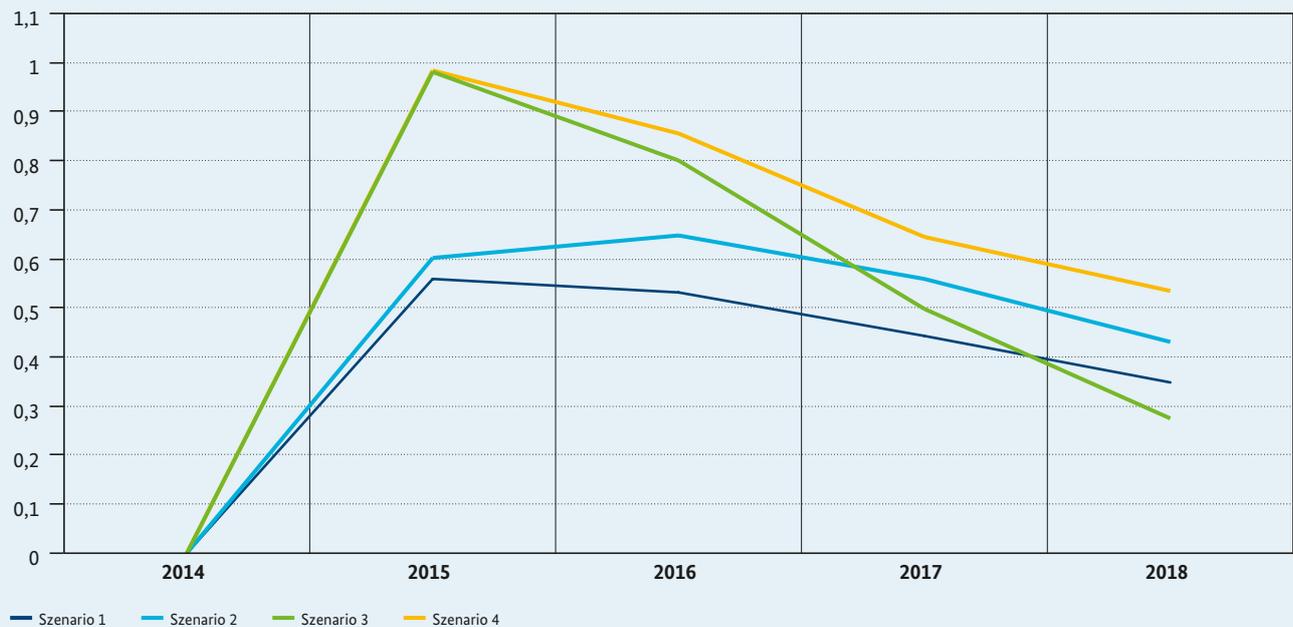
Im Referenzmodell wird angenommen, dass sich die Ausweitung öffentlicher Investitionen wie eine Veränderung der Gesamtnachfrage auswirkt (gültig in Szenario 1 und 2). Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, dass die Komponenten der Gesamtnachfrage (Konsum, Investitionen, Exporte) unterschiedliche Anteile an importierten Vorleistungen enthalten. Insbesondere öffentliche Investitionen haben im Durchschnitt mit 23 Prozent im Vergleich zur Gesamtnachfrage (30 Prozent) einen unterdurchschnittlichen Importanteil.² Dies kann zu einer irreführenden Schätzung der Spillover-Effekte führen, da der Importanteil maßgeblich für die Reaktion der Exporte des restlichen Euroraums nach Deutschland ist. Daher werden in Szenario 3 durch Modifikation des Modells die unterschiedlichen Importanteile explizit berücksichtigt. Diese Annahme gilt auch für Szenario 4.

Szenario 4

Im Modell werden öffentliche und private Investitionen hinsichtlich der Wirkungen auf das Produktionspotenzial unterschiedlich behandelt. Im Referenzmodell erhöhen lediglich private Investitionen und nicht-öffentliche Inves-

Abbildung 1: Impulse höherer öffentlicher Investitionen auf das deutsche BIP

Abweichung des realen BIP vom Basisszenario in %



Quelle: Global Economic Model von Oxford Economics, Berechnungen des BMWi

² Abgeleitet aus den Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamtes für das Berichtsjahr 2010.



tionen den produktionswirksamen Kapitalstock und somit nicht nur das BIP, sondern auch das Produktionspotenzial. Es erscheint zwar grundlegend plausibel, dass private Investitionen im Durchschnitt einen größeren Einfluss auf das Produktionspotenzial haben. Gleichwohl hängt die Plausibilität der Modellannahme an der Art der zusätzlichen Investitionen. Beispielsweise dürften gerade Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur oder den Breitbandausbau komplementär zu privaten Investitionen sein und sehr wohl positive Wirkungen auf die Wachstumsmöglichkeiten der Volkswirtschaft entfalten. Daher wird in Szenario 4 angenommen, dass auch öffentliche Investitionen den produktiven Kapitalstock erhöhen.

Eine Gegenfinanzierung der fiskalischen Maßnahmen, mit Ausnahme der automatisch generierten höheren Staatseinnahmen (z. B. durch höhere Sozialversicherungsbeiträge und Steuern sowie niedrigere Sozialleistungen), wird nicht simuliert.

Moderate Auswirkungen fiskalischer Impulse auf die deutsche Wirtschaft

Eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen um ein Prozent des BIP zieht merklich positive Effekte auf die Wirtschaftsleistung in Deutschland nach sich (siehe Abbildung 1). In **Szenario 1** liegt das BIP im Durchschnitt der vier Jahre etwa ein halbes Prozent über dem Basisszenario. In **Szenario 2** ist der Effekt etwas ausgeprägter. Hintergrund ist die akkommodierende Geldpolitik der EZB. Die durch den expansiven Fiskalimpuls hervorgerufenen Preissteigerungen führen bei einem in etwa unveränderten Nominalzins zu stärker rückläufigen Realzinsen als in Szenario 1. Die private Investitionstätigkeit wird somit stärker stimuliert.

Global Economic Model: Möglichkeiten und Grenzen

Das Global Economic Model (GEM) von Oxford Economics bildet sehr detailliert internationale Verflechtungen ab. Durch die Fokussierung auf internationale Rückkopplungen ist das GEM besonders geeignet, Übertragungseffekte wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu analysieren. Gleichzeitig werden alle großen Volkswirtschaften hinreichend genau modelliert (Deutschland mit mehr als 600 Variablen), um auch Aussagen zu Wirkungskanälen zuzulassen.

Trotz der recht detaillierten Abbildung der deutschen Volkswirtschaft bestehen einige „Schwachstellen“ in der Modellierung, welche die Interpretierbarkeit der Ergebnisse einschränken könnten. Dazu gehört beispielsweise, dass in der Standardversion des Modells lediglich private Investitionen das Produktionspotenzial erhöhen. Durch die Verwendung verschiedener Szenarien werden Modifikationen des Modells berücksichtigt, welche auf diese „Schwachstellen“ abstellen (siehe Szenarien-Beschreibung). Die Struktur des Modells lässt es darüber hinaus nicht zu, nominale öffentliche Investitionen sinnvoll zu simulieren, da sich diese im Modell als Restgröße aus realer Investitionstätigkeit und Preisen (Deflatoren) ergeben. Daher wird in der Analyse eine Erhöhung der realen staatlichen Investitionen in Höhe von einem Prozent des realen BIP simuliert. Die für die Finanzpolitik relevante nominale Ausweitung kann, abhängig von der Höhe der Preiseffekte, von einem Prozent des nominalen BIP abweichen.

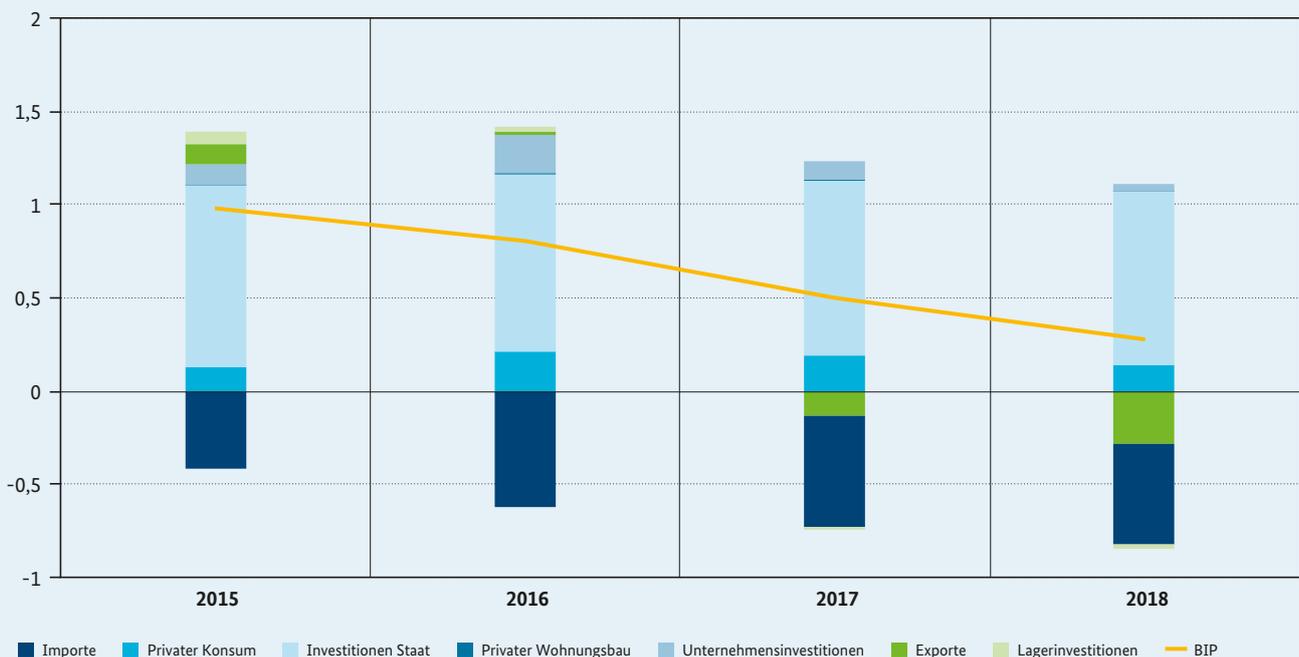
Ein wesentliches Charakteristikum der Standardversion des Modells ist, dass höhere private Investitionen stärkere gesamtwirtschaftliche Wirkungen auch über Ländergrenzen hinweg entfalten als eine Ausweitung öffentlicher Investitionen. Dies liegt daran, dass annahmegemäß private Investitionen anders als öffentliche Investitionen (i) im Zeitablauf in hohem Maß weitere Investitionen nach sich ziehen, (ii) das Produktionspotenzial erhöhen und (iii) einen höheren Importanteil als öffentliche Investitionen enthalten. Diese Charakteristika mögen für das „durchschnittliche“ öffentliche Investitionsprojekt plausibel sein, sie gelten aber sicherlich nicht für alle staatlichen Investitionen. In wachstumskritischen Bereichen, wie etwa der digitalen Infrastruktur, dürften auch zusätzliche öffentliche Investitionen private Investitionen nach sich ziehen und somit länger anhaltende Effekte haben. Eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Arten öffentlicher Investitionen lässt das verwendete Modell aber nicht zu.

Im aktuellen Umfeld könnten Vertrauenseffekte ebenfalls ein wichtiger Wirkungskanal fiskalischer Impulse sein. Dieser Kanal ist in den hier durchgeführten Modellsimulationen jedoch nicht berücksichtigt.

In **Szenario 3** liegt die Wirtschaftsleistung in den ersten beiden Jahren höher als in Szenario 1 und 2. Zum Ende des Betrachtungszeitraums liegt sie hingegen darunter. Durch die Berücksichtigung des unterdurchschnittlichen Importanteils öffentlicher Investitionen führt der Fiskalimpuls zunächst zu einer geringeren Ausweitung der Einfuhren als in den anderen Szenarien. Die inländische Wertschöpfung steigt dagegen stärker. Die damit verbundenen höheren Preiseffekte lassen Löhne und relative Lohnstückkosten in größerem Ausmaß steigen als in den anderen Szenarien. Steigende Lohnstückkosten senken die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure. Das belastet die Exporte, stimuliert die Importe und führt in allen Szenarien zu einem über die Zeit abnehmenden BIP-Effekt. Durch den höheren Anstieg der Lohnstückkosten in Szenario 3 fällt dieser Rückgang aber stärker aus als in den Szenarien 1 und 2.

In **Szenario 4** ist der BIP-Effekt über den gesamten Zeitraum etwas stärker als in Szenario 3. Wesentlich hierfür ist ein geringerer Rückgang der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Da in diesem Szenario die öffentlichen Investitionen den produktiven Kapitalstock und somit das Produktionspotenzial erhöhen, steigt die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung in einem geringeren Umfang. Die Preiseffekte fallen dadurch niedriger aus.

Abbildung 2: Impulse höherer öffentlicher Investitionen auf das deutsche BIP und seine Komponenten (Szenario 3)



Quelle: Global Economic Model von Oxford Economics, Berechnungen des BMWi

Die BIP-Effekte sind zwar in allen Szenarien positiv, die inländische Wertschöpfung steigt jedoch nicht in gleichem Ausmaß wie die Ausweitung der öffentlichen Investitionen (siehe Abbildung 2 am Beispiel von Szenario 3). Dies ist für eine offene Volkswirtschaft, die eng in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden ist, nicht ungewöhnlich. Zwar erzeugt der expansive Fiskalimpuls auch eine höhere Konsumnachfrage (u. a. wegen steigender Beschäftigung und Realeinkommen) und mehr private Investitionen (u. a. wegen zunehmender Kapazitätsauslastung und sinkender Realzinsen). Jedoch wird ein nicht unerheblicher Teil der zusätzlichen Binnennachfrage durch ausländische Wertschöpfung bedient. Das zeigt sich in einem merklichen Anstieg der Importe. Zudem erhöhen sich im Zeitablauf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und somit die Wirtschaftsleistung des übrigen Euroraums.

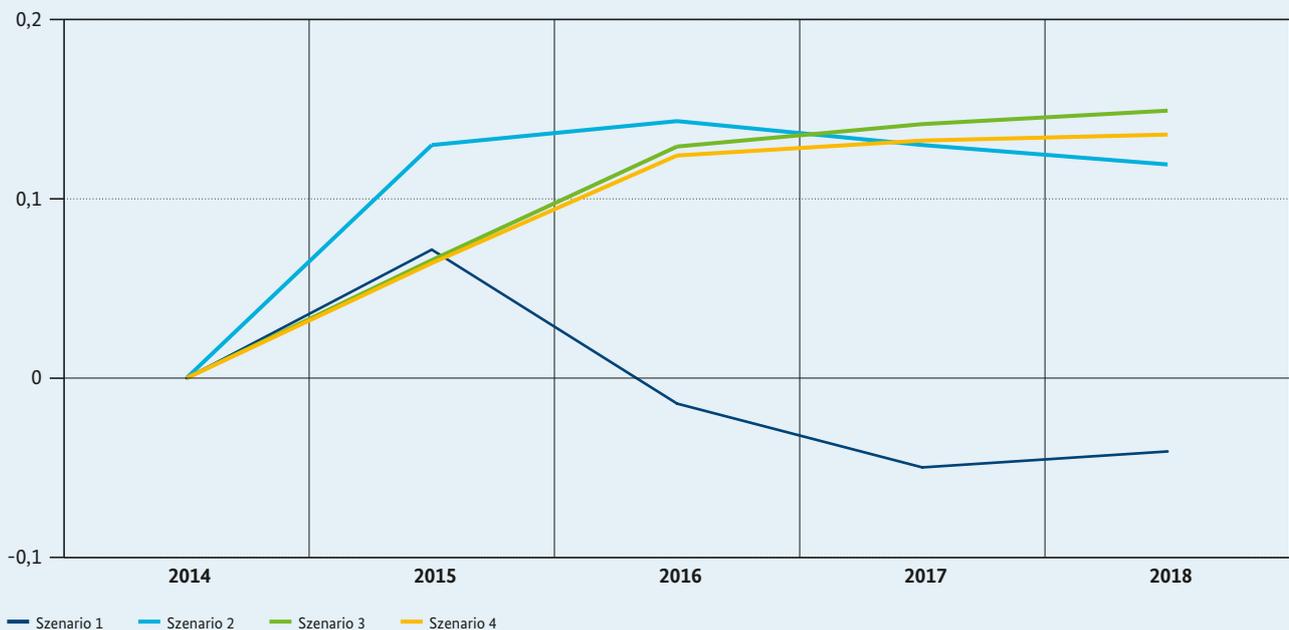
Spillover-Effekte fiskalischer Impulse auf die Wirtschaft des Euroraums sind begrenzt

Die Betrachtung der Auswirkungen auf Deutschland hat gezeigt, dass ein nicht unerheblicher Teil der zusätzlichen Nachfrage aus dem Ausland bedient wird. Die Übertragung läuft im Wesentlichen über zwei Kanäle: Erstens lässt die höhere Nachfrage durch internationale Wertschöpfungsketten die Einfuhren Deutschlands (und somit die Exporte der Handelspartner) steigen (direkter Handelskanal). Zweitens verbessert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Handelspartner durch einen Anstieg der relativen Lohnstückkosten in Deutschland, was deren Außenhandel zusätzlich stimuliert (Wettbewerbsfähigkeitskanal).

In **Szenario 1** ist trotz der beiden positiv wirkenden Kanäle nur im ersten Jahr ein BIP-Anstieg im restlichen Euroraum zu beobachten (siehe Abbildung 3). Obwohl der Investitionsimpuls in Deutschland auch in 2016 bis 2018 noch anhält, liegt das BIP sogar unterhalb des Basisszenarios. Im Durchschnitt der vier Jahre ist kein Effekt festzustellen. Die Ursache hierfür liegt in der Modellspezifikation der Geldpolitik (Taylor-Regel). Der expansive Impuls in Deutschland bewirkt einen geringfügigen Anstieg der Nominalzinsen im Euroraum. Bei in etwa unveränderten Preisen steigt auch der Realzins und dämpft die Investitionstätigkeit leicht.

Abbildung 3: Spillover-Effekte deutscher öffentlicher Investitionen auf den restlichen Euroraum

Abweichung des realen BIP vom Basisszenario in %



Quelle: Global Economic Model von Oxford Economics, Berechnungen des BMWi

Durch die Annahme einer akkommodierenden Geldpolitik in **Szenario 2** entfällt der belastende Zinseffekt. Im Durchschnitt der vier Jahre liegt das BIP des restlichen Euroraums um +0,12 Prozent über dem Basisszenario. In **Szenario 3** fällt der BIP-Effekt für den Euroraum im ersten Jahr geringer aus als in Szenario 2. Der im Vergleich zu Szenario 2 geringere Anteil ausländischer Vorleistungen öffentlicher Investitionen lässt die Exporte der deutschen Handelspartner zunächst in geringerem Umfang steigen. Da in Deutschland die Wirtschaftsleistung dementsprechend zunächst stärker steigt, verzeichnen die Lohnstückkosten im Zeitablauf einen etwas höheren Anstieg. Somit fallen die Wirkungen des Wettbewerbsfähigkeitskanals stärker aus und das BIP liegt in Szenario 3 zum Ende des Betrachtungszeitraums am höchsten.

Die Auswirkungen in **Szenario 4** liegen in der Größenordnung von Szenario 3. Entscheidend dabei sind geringere Preiseffekte in Deutschland, da öffentliche Investitionen in diesem Szenario den produktiven Kapitalstock erhöhen und die Produktionslücke sich nicht so stark verändert wie in den anderen Szenarien. Daraus ergeben sich für die internationalen Übertragungswege zwei gegenläufige Effekte, die sich in etwa ausgleichen: Einerseits wirkt der direkte Handelskanal aufgrund des expansiveren BIP-Effekts stärker. Andererseits sind die Preiseffekte in diesem Szenario geringer, wodurch sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland nicht im selben Ausmaß verringert wie in den anderen Szenarien. Die Übertragungseffekte auf den restlichen Euroraum über den Wettbewerbsfähigkeitskanal sind daher vergleichsweise gering.

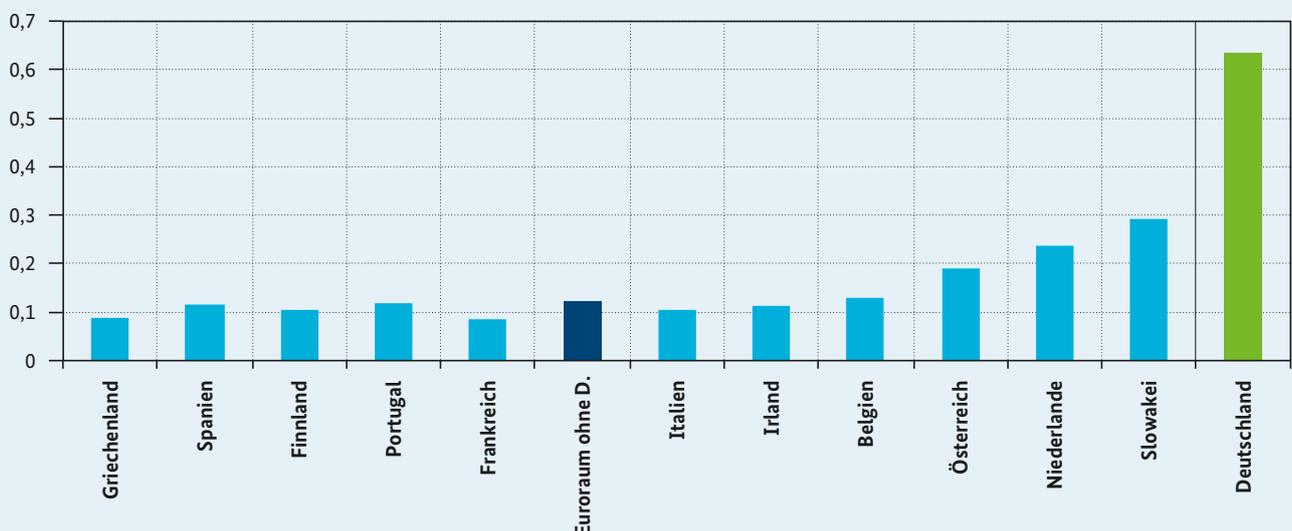
In allen Szenarien scheint der expansive fiskalische Impuls in Deutschland zwar die Wirtschaftsleistung im Euroraum in geringem Ausmaß zu erhöhen, ein dauerhafter Wachstumseffekt ist aber nicht zu erkennen. Gleichzeitig sind die Übertragungseffekte insgesamt vor dem Hintergrund des sehr kräftigen unterstellten Nachfrageimpulses in Deutschland in Höhe von einem Prozent der Wirtschaftsleistung als gering einzuschätzen.

Im Ländervergleich zeigt sich, dass innerhalb des Euroraums die kleinen Länder Belgien, Österreich und die Niederlande als unmittelbare Nachbarn Deutschlands überdurchschnittlich profitieren (siehe Abbildung 4 am Beispiel von Szenario 3). Der BIP-Effekt fällt dagegen gerade für Länder wie Griechenland, Spanien und Portugal, die in den vergangenen Jahren eine besonders starke Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten aufwiesen, tendenziell unterdurchschnittlich aus.

Fiskalische Impulse in Deutschland tragen auch nur moderat zum Abbau von Defiziten bzw. Überschüssen in den Leistungsbilanzen bei. Sowohl der direkte Handelskanal als auch der Wettbewerbsfähigkeitskanal bewirken einen Rückgang des deutschen Leistungsbilanzüberschusses, zusammen um reichlich einen halben Prozentpunkt im Durchschnitt der vier Jahre. Die Leistungsbilanz des restlichen Euroraums verbessert sich um lediglich 0,1 Prozentpunkte.

Abbildung 4: BIP-Effekte deutscher öffentlicher Investitionen in ausgewählten Ländern des Euroraums (Szenario 3)

Abweichung vom Basisszenario in % (Mittelwert 2015 – 2018)



Quelle: Global Economic Model von Oxford Economics, Berechnungen des BMWi

Direkter Handelskanal wirkt stärker als Änderungen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit

Sowohl der direkte Handelskanal durch mehr importierte Vorleistungen als auch der Wettbewerbsfähigkeitskanal durch im Zeitablauf steigende relative Lohnstückkosten in Deutschland spielen eine wichtige Rolle. Die komplexe Struktur des verwendeten Modells erschwert es jedoch, den quantitativen Einfluss der unterschiedlichen Transmissionskanäle direkt zu bewerten. Daher wird ein weiteres Alternativszenario (basierend auf Szenario 3), bei dem die Lohnstückkosten in allen Ländern des Euroraums in der Simulation konstant gehalten werden, Szenario 3 gegenübergestellt. Somit wird der Wettbewerbsfähigkeitskanal sozusagen „ausgeschaltet“. So kann approximativ der Anteil des Wettbewerbsfähigkeitskanals am Gesamteffekt auf das BIP in den einzelnen Euroländern bestimmt werden (siehe Abbildung 5). Der Wettbewerbsfähigkeitskanal wirkt durch den allmählichen Anstieg der Lohnstückkosten anders als die direkten Handelseffekte mit Verzögerung. In anderen Worten: Während zunächst der Handelskanal den BIP-Effekt trägt, kommt den Änderungen der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zum Ende des Betrachtungszeitraums eine zuneh-

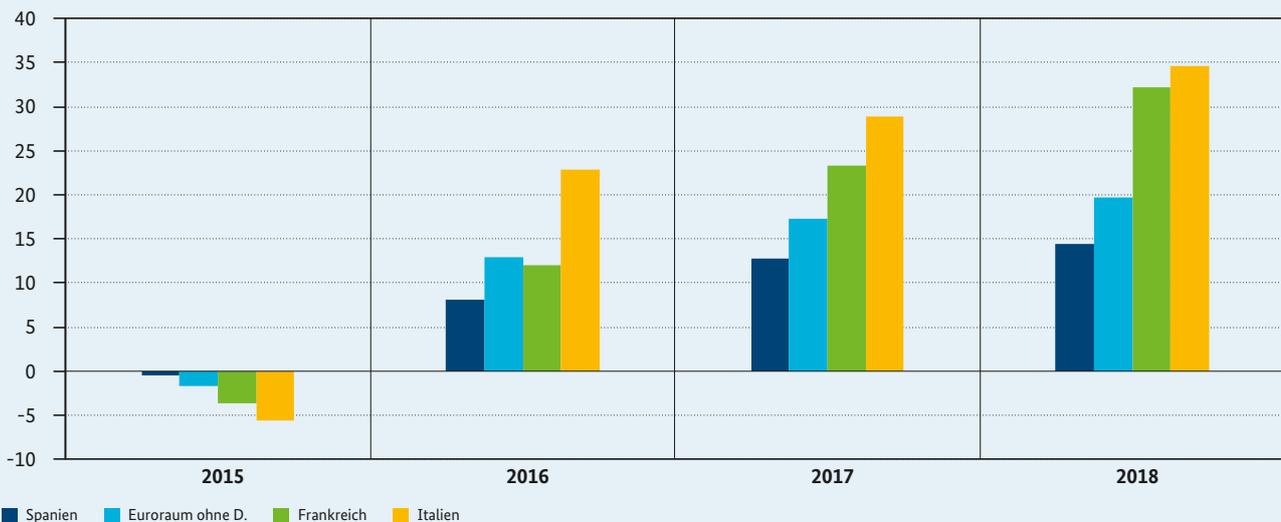
mende Bedeutung zu. Im Durchschnitt des restlichen Euroraums erklärt dieser Kanal im Jahr 2018 etwa 20 Prozent des BIP-Effekts, in Italien und Frankreich ist es sogar ein Drittel.

Andere Studien mit sehr ähnlichen Ergebnissen

Die Resultate decken sich weitgehend mit aktuellen wissenschaftlichen Studien. Bei einer Erhöhung der öffentlichen Investitionen in Kerneuropa (Deutschland und Frankreich) um ein Prozent des BIP und unter Annahme einer normalen Zinsreaktion der EZB (Erhöhung des Leitzinses) sind die von Blanchard et al. (2014) mit Hilfe eines DSGE-Modells (Dynamisches Allgemeines Gleichgewichtsmodell) ermittelten Effekte für die Peripherie des Euroraums verschwindend gering.³ Unter der Annahme einer akkommodierenden Geldpolitik sind BIP-Effekte von 0,2 Prozent bis 0,3 Prozent zu beobachten. Auch Modellrechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) kommen zu recht ähnlichen Ergebnissen (Elektdag und Muir (2014)).⁴ Die Ausweitung staatlicher Investitionen in Deutschland um ein Prozent des BIP führt in den Peripherieländern (GIIPS) bei akkom-

Abbildung 5: Anteil des Wettbewerbsfähigkeitskanals am gesamten BIP-Effekt (Szenario 3)

Anteil am gesamten BIP-Effekt in %



Quelle: Global Economic Model von Oxford Economics, Berechnungen des BMWi

- Olivier Blanchard, Christopher J. Erceg and Jesper Lindé (2014), „The Euro Area Recovery: Should the Core Expand Spending to Help the Periphery?“, ECB Conference Paper.
- Selim Elekdag und Dirk Muir (2014), „Das Public Kapital: How Much Would Higher German Public Investment Help Germany and the Euro Area?“, IMF Working Paper WP/14/227.

modierender Geldpolitik zu einer um 0,2 Prozent und im restlichen Euroraum zu einer um 0,3 Prozent höheren Wirtschaftsleistung und somit einer etwas stärkeren Wirkung als in der hier dargelegten Szenarienanalyse. Mit dem QUEST-Modell der Europäischen Kommission beziffert in 't Veld (2013) die Wachstumseffekte einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen um ein Prozent des BIP in Deutschland und weiteren Kernländern der Eurozone (z.B. Österreich, Finnland, Niederlande) für die Peripherieländer bei akkommodierender Geldpolitik ebenfalls auf 0,2 Prozent bis 0,3 Prozent.⁵

Kernergebnisse und Fazit

Investitionen sind wesentlich für die Wettbewerbsfähigkeit und eine Schlüsselgröße für wirtschaftliches Wachstum.⁶ Die Stärkung der Investitionen in Deutschland gehört zu den prioritären Zielen der Bundesregierung. Von höheren öffentlichen Investitionen würde zwar auch der übrige Euroraum profitieren. Die vorliegende Analyse deutet in Übereinstimmung mit aktuellen wissenschaftlichen Studien aber darauf hin, dass die Übertragungseffekte eher gering ausfallen und kein wesentlicher Beitrag zur Steigerung der Wirtschaftsleistung in anderen Euroländern geliefert werden kann.

Im Einzelnen kommt die Simulation zu dem Ergebnis, dass infolge einer jährlichen Ausweitung der öffentlichen Investitionen um ein Prozent des BIP

- ▶ ... die reale Wirtschaftsleistung in Deutschland insgesamt um ein halbes bis ein Prozent steigt;
- ▶ ... die Wirtschaft des Euroraums von der höheren Nachfrage in Deutschland sowohl über den direkten Handelskanal als auch über eine gestiegene preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland profitiert;
- ▶ ... die Übertragungseffekte auf das BIP des restlichen Euroraums im Zeitraum 2015 bis 2018 im Jahresdurchschnitt mit etwa 0,1 Prozent zwar positiv ausfallen, sie aber vor dem Hintergrund des erheblichen fiskalischen Impulses, der selbst die Spielräume der deutschen Schuldenregel merklich übersteigen würde, als gering einzuschätzen sind. Damit diese Größenordnung überhaupt erreicht wird, muss zudem angenommen werden, dass die EZB einem Zinsanstieg, der durch die expansive Fiskalpolitik voraussichtlich ausgelöst würde, entgegenwirkt;
- ▶ ... sich die Leistungsbilanz des restlichen Euroraums lediglich um 0,1 Prozentpunkte verbessert. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss geht um gut einen halben Prozentpunkt zurück.

Kontakt: Dr. Kai Hielscher
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

5 Jan in 't Veld (2013), „Fiscal consolidations and spillovers in the Euro area periphery and core“, EU-Commission/DG ECFIN Economic Papers 506.

6 Bericht der Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, April 2015.

Durch Vernetzung Energiezukunft gestalten

Forschungsnetzwerk Energie in Gebäuden und Quartieren führt wichtige Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammen

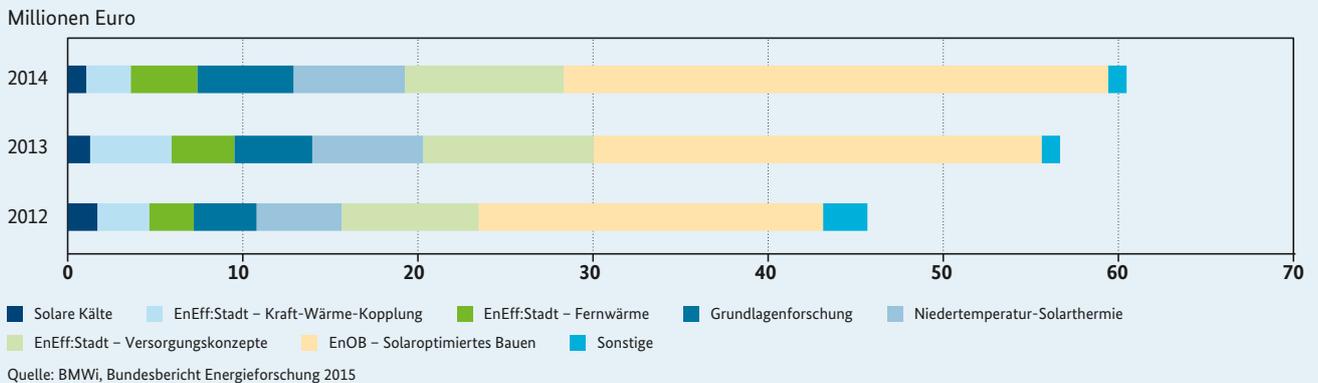
Gezielte Forschungsförderung ist ein strategisches Instrument, um die Energiewende in Deutschland weiter voranzubringen. Für das Gelingen sind Transparenz und Effizienz der Forschungsförderung im Dialog mit den relevanten Akteuren wichtige Bausteine. Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) gegründete Forschungsnetzwerk Energie in Gebäuden und Quartieren trägt als offener Expertenkreis diesem Anspruch Rechnung; insbesondere wenn es darum geht, den Ergebnistransfer zu beschleunigen und Impulse für die zukünftige Forschungsförderung zu erarbeiten.



In der Energiepolitik der Bundesregierung ist die Energiewende das zentrale Leitmotiv. Die Potenziale für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung der Zukunft können allerdings nur durch weitere Forschung und Entwicklung erschlossen werden. Dies gilt insbesondere mit Blick auf wirkungsvolle Energieeffizienzmaßnahmen. Der Gebäudesektor spielt dabei eine entscheidende Rolle. Denn mit etwa 40 Prozent trägt er zu einem großen Teil des gesamten Energiebedarfs in Deutschland bei. Daher ist ein zentrales Ziel der Energiewende, den Primärenergieverbrauch im Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent zu verringern und so nahezu klimaneutral zu gestalten.

Im Gebäudebereich fließt ein großer Teil der benötigten Energie in die Erzeugung von Wärme und Kälte. Somit rückt das Schlagwort „Wärmewende“ zunehmend in den Fokus. Das Ziel der Energiepolitik im Wärmesektor ist die Einsparung von Primärenergie durch Steigerung der Energieeffizienz und intelligente Integration der erneuerbaren Energien. Langfristig wird die Dekarbonisierung der Energieversorgung angestrebt. Das kann aber nur gelingen, wenn heute schon vernetzt geforscht und an innovativen Konzepten gemeinsam gearbeitet wird.

Abbildung 1: Fördermittel für Energieeffizienz in Gebäuden, Quartieren und Städten und Niedertemperatur-Solarthermie



Bündelung der angewandten Energieforschung im BMWi

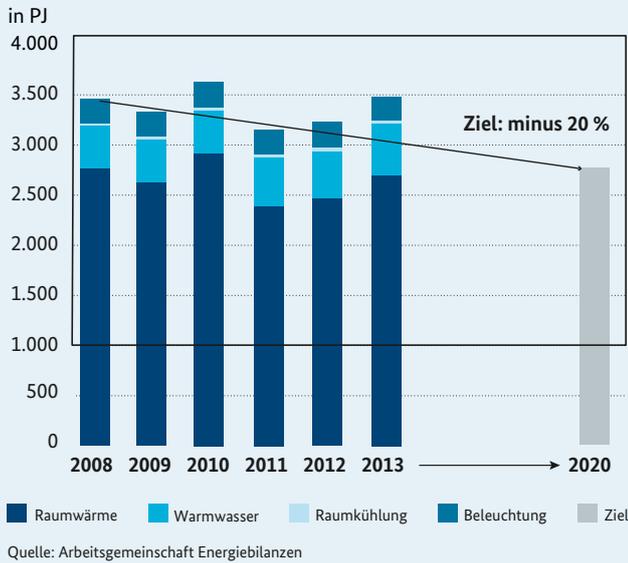
Durch die Bündelung der anwendungsnahen Energieforschung entlang der gesamten Energiekette im BMWi, von der Bereitstellung über den Transport und die Speicherung bis hin zur Nutzung, haben sich neue Perspektiven für die systemorientierte Energieforschung eröffnet. Davon profitiert speziell der Gebäudesektor, da hier das Wechselspiel zwischen Energieeffizienz und dem Einsatz erneuerbarer Energien besonders deutlich wird. Sobald in einem Gebäude regenerative Energien genutzt werden sollen, stellt sich parallel auch die Frage, welche weiteren Maßnahmen in der nächsten Zeit notwendig werden, wie beispielsweise Fensterwechsel oder eine neue Dämmung. Denn all diese Faktoren sind eng miteinander verknüpft und nur wenn die unterschiedlichen Maßnahmen gut zusammen geplant werden, entsteht am Ende ein Ergebnis, das sowohl wirtschaftlich als auch energetisch sinnvoll ist.

Die Forschungsförderung des BMWi für den Bereich Energie in Gebäuden und Quartieren läuft im Rahmen des 6. Energieforschungsprogramms in den Förderinitiativen EnOB (Energieoptimiertes Bauen), EnEff:Stadt (Energieeffiziente Stadt) und EnEff:Wärme (Energieeffiziente Wärmeversorgung einschließlich der Niedertemperatur-Solarthermie). Das Forschungsnetzwerk bildet seit seiner Gründung im Oktober 2014 ein gemeinsames Dach, unter dem alle technologischen Aspekte des Forschungsgebiets gebündelt werden und die Forschung an den Schnittstellen der verschiedenen Technologien neue Impulse erfahren soll.

Systemischer Ansatz in der Energieforschung

Das Forschungsnetzwerk Energie in Gebäuden und Quartieren zielt in seiner Arbeitsweise auf eine technische Vernetzung durch das Zusammenführen aller relevanten Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik ab. Als Maßnahme des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) will das Netzwerk die Energiewende Plattform Gebäude forschungspolitisch flankieren.

Der NAPE wurde im Dezember 2014 von der Bundesregierung beschlossen und sieht im Gebäudesektor eine Reihe von Sofortmaßnahmen und weiterführenden Arbeitsprozessen vor. In der Energiewende Plattform Gebäude wird gemeinsam mit Vertretern der Immobilienwirtschaft, Gewerbe, Industrie sowie Verbrauchern und der öffentlichen Hand die Umsetzung des NAPE diskutiert. Unter Einbezug einer eigenen Arbeitsgruppe der Plattform will die Bundesregierung eine umfassende Energieeffizienzstrategie Gebäude erarbeiten und bis Ende 2015 vorlegen. Die Strategie soll aufzeigen, wie das Ziel des nahezu klimaneutralen Gebäudebestands in Deutschland bis zum Jahr 2050 erreicht werden kann. Gerade die Energieforschung kann durch zukunftsfähige Ansätze aufzeigen, wo und wie verfügbare Potenziale für das Erreichen dieses ambitionierten Ziels nutzbar zu machen sind. Daher setzt sich das Forschungsnetzwerk explizit auch mit dem Erarbeiten von Vorschlägen neuer Förderformate und Wettbewerbe auseinander. Ziel ist, aus den bereitgestellten Fördermitteln künftig noch mehr tragfähige Ergebnisse schöpfen zu können.

Abbildung 2: Entwicklung des Wärmebedarfs

Gerade im Bereich energieeffizienter Gebäude und Quartiere zeigt sich, dass die ambitionierten Ziele der Energiewende nicht allein durch Optimierung von Einzelkomponenten erreichbar sind. Darüber hinaus müssen die verschiedenen Technologien gut miteinander verzahnt und im Gesamtsystem optimiert werden. Dabei gilt es, unterschiedliche lokale Gegebenheiten zu berücksichtigen und die Forschung technologieoffen voranzubringen. Nur auf diese Weise können die energieoptimierten Quartiere der Zukunft schon heute geplant werden.

Offenes Expertennetzwerk

Das Forschungsnetzwerk Energie in Gebäuden und Quartieren ist als offenes Expertennetzwerk konzipiert und umfasst derzeit rund 380 registrierte Mitglieder aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verbänden und Politik. Es richtet sich an interessierte Experten aus allen beteiligten Forschungsfeldern, aber auch an Vertreter von Kommunen und relevante Multiplikatoren. Durch den Dialog zwischen den Akteuren erhalten die Teilnehmer neue Impulse für die eigene Forschungsarbeit oder Partner für die Umsetzung ambitionierter Pilotprojekte.



Teilnehmer der Podiumsdiskussion bei der ersten Jahreskonferenz des Forschungsnetzwerk Energie in Gebäuden und Quartieren.

Auf einen Blick: Forschungsnetzwerk Energie in Gebäuden und Quartieren

- ▶ Flankierende forschungspolitische Maßnahme zur Energiewende Plattform Gebäude und der Energieeffizienzstrategie Gebäude der Bundesregierung
- ▶ Expertennetzwerk: Offen für alle interessierten Experten aus dem Bereich Energie in Gebäuden und Quartieren
- ▶ Vernetzt relevante Akteure aus unterschiedlichen Disziplinen und Bereichen
- ▶ Konsultationsprozess für die Zukunft der Energieforschung in neun Arbeitsgruppen

Struktur und Arbeitsweise

Die Koordination und Administration des Forschungsnetzwerks hat der Projektträger Jülich im Rahmen der Energieforschung übernommen. In der dortigen Geschäftsstelle laufen die organisatorischen und thematischen Fäden zusammen. Bei der Auswertung und Bündelung der Ergebnisse der geförderten Projekte und der Impulse aus dem Netzwerk wird der Projektträger durch eine wissenschaftliche Begleitforschung unterstützt. Die Beteiligung und Abstimmung mit den anderen Politikfeldern wird über einen Beirat im BMWi organisiert.



Blick ins Plenum während der Podiumsdiskussion bei der ersten Jahreskonferenz des Forschungsnetzwerks Energie in Gebäuden und Quartieren.

Arbeitsgruppen im Forschungsnetzwerk

1. Schnittstelle Mensch-Technik
2. Urbane Energieinfrastruktur
3. Energiemonitoring, Diagnoseverfahren
4. Lebenszyklusanalysen für Gebäude und Baumaterialien
5. Planungswerkzeuge
6. Adaptive und aktive Fassaden
7. Gebäudesystemtechnik (Strom/Wärme)
8. Neue Förderformate und Wettbewerbe
9. Aus- und Weiterbildung, Qualifizierung des Handwerks

Erste Jahreskonferenz des Forschungsnetzwerks

Ein wichtiger Meilenstein war die erste Jahreskonferenz des Forschungsnetzwerks, die am 26. und 27. März 2015 mit circa 200 Teilnehmern in Berlin stattgefunden hat. Die Veranstaltung diente dazu, den Austausch zwischen den Akteuren untereinander und gegenüber der Politik anzustoßen und gemeinsam erste Impulse für die zukünftige Ausrichtung der Forschungsförderung im Bereich energieeffiziente Gebäude und Quartiere zu erhalten. Basierend auf den inhaltlichen Gedankenanstößen aus der Forschung wurde eine Vielzahl von Themen in einem interaktiven Verfahren ermittelt. Sie bilden zugleich die Grundlage für die neun gegründeten Arbeitsgruppen und den Arbeitsauftrag (siehe Kasten). Die Arbeitsgruppen haben derzeit jeweils durchschnittlich 40 Mitglieder.

Neue ressortübergreifende Förderinitiative

Mit dem Forschungsnetzwerk Energie in Gebäuden und Quartieren verbindet das BMWi zunächst das wesentliche Ziel, einen interdisziplinären Konsultationsprozess für die geplante Förderinitiative zum Thema Solares Bauen/Energieeffiziente Stadt zu starten. Die für das Jahr 2016 geplante

Förderbekanntmachung soll mehrere Module enthalten, um das facettenreiche Thema möglichst breit abzudecken. Dazu wird die Zusammenarbeit mit weiteren Politikfeldern – auch in anderen Bundesressorts – angestrebt. Der Fokus liegt auf Vorhaben im Bereich der Forschung, Entwicklung und Demonstration energieoptimierter Gebäude und Quartiere der Zukunft. Bei der Ausgestaltung der Förderinitiative kann das Forschungsnetzwerk durch seine interdisziplinäre Ausrichtung und die breitgefächerten Kompetenzen seiner Mitglieder wertvolle Beiträge und Anregungen liefern, die in den jeweiligen Arbeitsgruppen erarbeitet werden (siehe Kasten „Arbeitsgruppen im Forschungsnetzwerk“). Sie bilden zudem die Schnittstelle zu verschiedenen nichttechnischen Betrachtungen, die zwar nicht im Fokus der Forschungsförderung des BMWi stehen, aber bei großen Projekten wichtige begleitende Maßnahmen bilden können.

Kontakt: Dr.-Ing. Rodoula Tryfonidou
Referat: Energieforschung Projektförderung

Abbildung 3: Organigramm des Forschungsnetzwerks Energie in Gebäuden und Quartieren



Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Exportschlager „made in Germany“

Mit den Exportinitiativen Energieeffizienz und Erneuerbare Energien unterstützt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) erfolgreich deutsche Unternehmen beim Gang in neue Auslandsmärkte – und leistet damit einen Beitrag zum Erfolg der Energiewende auf internationaler Ebene. Im Rahmen eines Parlamentarischen Frühstücks diskutierten Bundestagsabgeordnete sowie Vertreter von Unternehmen und Ministerien die Rolle der Exportinitiativen als erfolgreiches Instrument der Außenwirtschaftsförderung.



Erneuerbare Energien und Energieeffizienz gewinnen weltweit immer mehr an Bedeutung. Deutsche Anbieter verfügen hier über besonderes Know-how und bieten innovative Lösungen an. Sie können von den Chancen auf Auslandsmärkten erheblich profitieren, auch wenn der Schritt ins Ausland vor allem für kleine und mittlere Unternehmen mit Herausforderungen und Risiken verbunden ist – so das Fazit der über 30 Teilnehmer eines Parlamentarischen Frühstücks, das am 21. Mai 2015 in der Parlamentarischen Gesellschaft stattfand.

Die teilnehmenden Unternehmensvertreter betonten, dass die Exportinitiativen ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg beim Einstieg in Auslandsmärkte sind (siehe Kasten „Unterstützung in allen Exportphasen“). So berichtet eine Vertreterin eines mittelständischen Anbieters von Produkten zum energieeffizienten Heizen und Kühlen, dass sie regelmäßig die

Angebote der Exportinitiativen in Anspruch nehmen, vor allem die Geschäftsreisen der Auslandshandelskammern (AHK). Ihr Unternehmen profitiere dabei vor allem von den vermittelten Kontakten und Gesprächsmöglichkeiten, die die AHK mit potenziellen ausländischen Geschäftspartnern vermitteln. Mit der Unterstützung der Exportinitiative lasse sich die Anbahnung neuer Geschäftsbeziehungen zielgerichtet, effizient und mit geringem Zeitaufwand neben dem Alltagsgeschäft organisieren. Sie stellte heraus, dass für sie darüber hinaus auch die Kontakte zu weiteren an den Geschäftsreisen beteiligten innovativen deutschen Unternehmen ein wertvolles Ergebnis der Exportinitiative waren.

Ein Unternehmensvertreter aus der Solarbranche, der am Projektentwicklungsprogramm für Entwicklungs- und Schwellenländer der Exportinitiative Erneuerbare Energien teilgenommen hatte, konnte von einem großen Erfolg in

Kenia berichten. Sein Unternehmen hatte eine Photovoltaikanlage für ein SOS-Kinderdorf in Mombasa errichtet, wo es eigentlich noch gar keinen Markt für Photovoltaik-Anlagen gab. Er unterstrich die wichtige Unterstützung bei der Marktvorbereitung in Entwicklungs- und Schwellenländern, die er durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag der Exportinitiative Erneuerbare Energien bekommen habe. Ohne diese Unterstützung wäre eine Umsetzung von ersten Projekten nicht möglich gewesen. Ein Folgeauftrag für eine Solaranlage in Dschibuti habe nicht lange auf sich warten lassen.



Die Erfahrung, dass es für KMU einer anfänglichen Unterstützung im Auslandsgeschäft bedarf, teilten auch die Vertreter eines Batterieherstellers sowie eines Beratungs- und Projektentwicklungsunternehmens. Ihr Konsortium konnte mit Hilfe der Exportinitiative ein so genanntes Leuchtturm-Projekt in Tadschikistan umsetzen. Hierbei handelte es sich um eine Solaraufdach-Anlage mit Batteriespeicher für das Ministerium für Energie und Industrie in Duschanbe mit einer Leistung von circa 15 kWp. Dabei wurden sie von der Deutschen Energieagentur (dena), die das Leuchtturm-Programm für die Exportinitiative Erneuerbare Energien durchführt, maßgeblich unterstützt. Inzwischen konnten sie sich durch Folgeaufträge im tadschikischen Markt etablieren.

Dass die Teilnahme am vielfältigen Maßnahmenprogramm der Exportinitiativen zu messbaren Erfolgen führt, belegen auch Umfragen bei Teilnehmern des AHK-Geschäftsreiseprogramms, denn

- ▶ 86 Prozent der teilnehmenden Unternehmen finden neue Kunden und Geschäftspartner,
- ▶ die Umsatzzahlen steigen in 74 Prozent der Fälle,
- ▶ bei 69 Prozent der Teilnehmer kommt es schon kurz nach der Veranstaltung zu Geschäftsabschlüssen,
- ▶ 66 Prozent der Unternehmen gründen erfolgreich Vertretungen im Ausland und
- ▶ oftmals werden zusätzliche Mitarbeiter sowohl in Deutschland als auch im Zielmarkt eingestellt.

Mit den Exportinitiativen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz unterstützt das BMWi seit dem Jahr 2003 Unternehmen erfolgreich beim Markteinstieg: Rund 6.500 Unternehmen sind bislang an das Netzwerk der Exportinitiativen angeschlossen und nutzen regelmäßig die Informations- und Unterstützungsangebote. An den Veranstaltungen und Maßnahmen haben bislang mehr als 2.200 deutsche Firmen teilgenommen.

Unterstützung in allen Exportphasen

Die Exportinitiativen bieten Unternehmen für alle Phasen ihres Exportgeschäfts die passenden Unterstützungsangebote. Diese umfassen:

- ▶ Bereitstellung von Marktinformationen (Informationsveranstaltungen & Publikationen)
- ▶ Vermittlung geeigneter Geschäftskontakte (AHK-Geschäftsreiseprogramm)
- ▶ Beratung zu Finanzierungsmöglichkeiten für erneuerbare Energien
- ▶ Beteiligungsmöglichkeiten am BMWi-Gemeinschaftsstand auf ausgewählten Auslandsmessen
- ▶ Projektentwicklungsprogramm (PEP) für Schwellen- und Entwicklungsländer (GIZ)
- ▶ Umsetzung von Leuchtturmprojekten weltweit (dena-RES-Programm)
- ▶ Unterstützung beim Auslandsmarketing (Nutzung der Dachmarken)

Alle Informationen zu den Exportinitiativen sowie Termine aktueller Veranstaltungen finden Sie unter www.export-erneuerbare.de und www.efficiency-from-germany.info.

Kontakt: Kerstin Maaß
Referat: Neue Energietechnologien

Elektromobilität mit System

Wichtige Ergebnisse des BMWi-Technologieprogramms „IKT für Elektromobilität II: Smart Car – Smart Grid – Smart Traffic“

Die Fahrzeugindustrie wird revolutioniert: Nach mehr als 125 Jahren Dominanz fossiler Treibstoffe geht es jetzt darum, die Ablösung durch umweltfreundliche Elektroantriebe zu gestalten. Bei der Bewältigung dieser Jahrhundertaufgabe spielen moderne Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) eine Schlüsselrolle. Welchen Beitrag IKT dabei leisten können, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) im Förderschwerpunkt „IKT für Elektromobilität II: Smart Car – Smart Grid – Smart Traffic“ untersucht.



Moderne IKT sind schon heute für einen Großteil der Innovationen im Fahrzeug verantwortlich. Die Elektrik und Elektronik im Auto sorgt zum Beispiel dafür, Energieeffizienz und Fahrleistung zu verbessern. Zugleich machen Assistenzsysteme und elektronische Helfer das Autofahren bequemer und sicherer. Die Bedeutung der IKT wird bei Elektrofahrzeugen noch weiter zunehmen. Hier steuert die IKT alle wichtigen Abläufe im Fahrzeug und unterstützt damit wesentlich die Fahrfunktion an sich. Gleichzeitig sorgt sie für eine direkte Kommunikation zwischen Fahrzeug und Stromnetz und steuert die Ladevorgänge. Dabei übernimmt die IKT die Aufgabe, Elektrofahrzeuge vorzugsweise dann zu laden, wenn besonders viel Strom aus Sonne oder Wind erzeugt wird. Auf diese Weise können Batterien von Elektrofahrzeugen als Pufferspeicher dazu beitragen, das Stromnetz zu stabilisieren: Auch hilft zukünftig die direkte Kommunikation zwischen Fahrzeugen untereinander und mit Verkehrsleitzentralen, den Verkehrsfluss zu

verbessern und Elektrofahrzeuge durch individuelle Routenführung möglichst schnell und energieeffizient an ihr Ziel zu führen.

Wesentliche Grundlagen für ein effektives Zusammenspiel von Fahrzeugtechnik, Energie- und Verkehrsinfrastrukturen konnten in dem Technologieprogramm „IKT für Elektromobilität II: Smart Car – Smart Grid – Smart Traffic“ erarbeitet werden. Mit dieser Initiative fördert das BMWi im Zeitraum 2012 bis 2015 in insgesamt 18 ausgewählten Forschungs- und Entwicklungsprojekten IKT-unterstützte und breitenwirksame Konzepte der Elektromobilität. Das Fördervolumen betrug rund 80 Millionen Euro; zusammen mit den Mitteln der Partner wurden Forschungs- und Entwicklungsausgaben von rund 130 Millionen im Rahmen dieses Programms eingesetzt. Die Vorhaben bewegen sich im Spannungsfeld von Fahrzeugbau, Energiemanagement und Verkehrsplanung.

Schon heute zeichnet sich ab, dass das Förderprogramm einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung der Elektromobilität in Deutschland geleistet hat. Das lässt sich an zehn Ergebnissen aus verschiedenen Förderprojekten ablesen:

1. Flexible Leichtfahrzeuge für die Stadt

Drei Personen, Gepäck und ein einfaches Batteriewechselsystem: Eckdaten eines neuen Leichtbaufahrzeugs in einem selbstlernenden IKT-System.

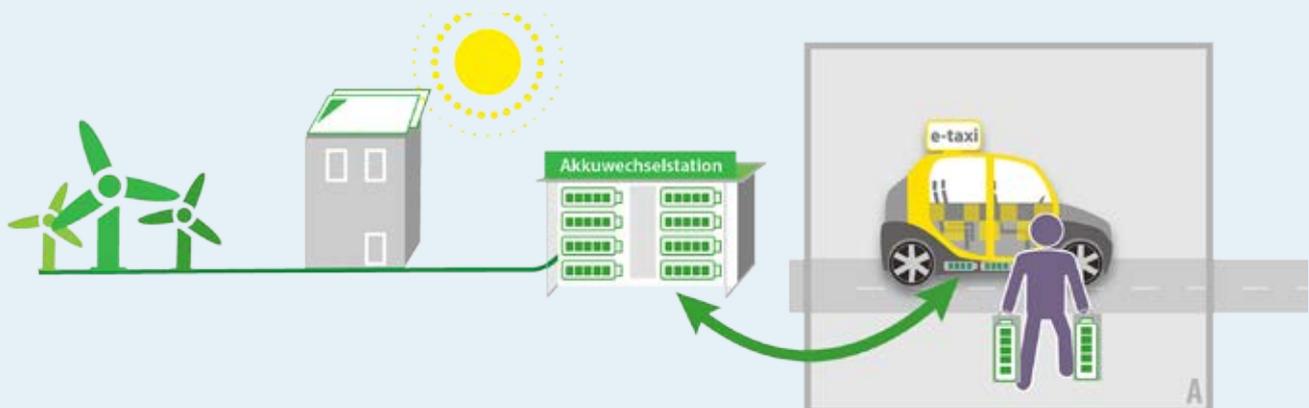


© Kerp&Heinicke

Ein Leichtbau-Elektrotaxi für die Stadt, das durch den Austausch von Modulen schnell in ein Lieferfahrzeug verwandelt und wirtschaftlich betrieben werden kann, war die Vision des Forschungsprojektes zur Entwicklung eines

„City eTaxi“. Das Maximalgewicht des Fahrzeugs beträgt inklusive Batterien nicht mehr als 550 Kilogramm. Damit zählt es zur Fahrzeugklasse L7E, für die erleichterte Zulassungsbestimmungen gelten. Das Fahrzeug bietet Platz für einen Fahrer und zwei Personen mit Gepäck. Seine Höchstgeschwindigkeit beträgt 80 km/h, seine Reichweite liegt zwischen 120 und 140 Kilometern. Durch das geringe Fahrzeuggewicht und die beschränkte Höchstgeschwindigkeit kommt das E-Taxi mit einer vergleichsweise geringen Batteriekapazität aus und wird daher in der Anschaffung voraussichtlich nur etwa halb so teuer sein wie ein herkömmliches Taxi. Das E-Taxi ist mit einem zentralen Steuergerät, Radnabenmotoren und Wechselbatterien ausgestattet. Durch den schnellen manuellen Batteriewechsel in nur wenigen Minuten ist eine hohe Auslastung im Mehrschichtbetrieb möglich, was die Wirtschaftlichkeit erhöht. Der erste Prototyp dieses neuen Fahrzeugkonzepts wird mit Ende der Projektlaufzeit im Dezember 2015 fertiggestellt sein. In einem Folgeprojekt ist der Bau von acht serien-nahen Fahrzeugen in drei Fahrzeugvarianten (e-Taxi, e-Van, e-Pick-up) geplant, die in einem Feldtest in München erprobt werden sollen. Die Fahrzeuge sind von vornherein als Teil eines IKT-verknüpften Gesamtsystems für den gezielten Einsatz in Stadtzentren entwickelt worden. Die Vernetzung von Fahrzeugen, Batteriewechselstationen und Smartphones der Fahrer mit der Zentrale sowie eine Echtzeitübertragung aller Daten ermöglichen eine intelligente, sichere und wirtschaftliche Steuerung der Elektrotaxis als emissionsfreie Flotte im urbanen Raum.

Abbildung 1: Einfaches Akkuwechselsystem für neues Leichtbaufahrzeug



Quelle: Adaptive City Mobility

2. Vollelektrische Traktoren für eine energieautarke Landwirtschaft

Vollelektrische Hoftraktoren mit Batterie, Ackerschlepper mit Kabelanschluss und Energie aus erneuerbaren Quellen vom eigenen Hof: Vision eines modernen landwirtschaftlichen Betriebs mit alten Tugenden.



© SESAM

Elektrisch angetriebene Traktoren sind Bestandteil eines Konzeptes für die Entwicklung von landwirtschaftlichen Betrieben, die sich vollständig unabhängig mit Energie aus eigenen erneuerbaren Quellen versorgen. Der zum Beispiel aus Biogas-, Photovoltaik- und Windkraftanlagen selbst gewonnene Strom kann entweder in Batterien gespeichert und anschließend als Fahrstrom verwendet oder direkt über ein elektrisches Kabel dem Traktor zugeführt werden. Beide Varianten werden in diesem, von einem großen Landmaschinenhersteller geführten Förderprojekt erprobt. Der Prototyp eines rein batteriebetriebenen Traktors wurde aufgebaut und seine Funktionsfähigkeit erfolgreich demonstriert. Sein Batteriesystem wurde bestmöglich an die Erfordernisse einer schweren Landmaschine angepasst. Das Konzept eines kabelgeführten Traktors, der auf eine große Dauerleistung ausgelegt ist, wurde detailliert erarbeitet und soll in einem Folgeprojekt praktisch erprobt werden. Die Erkenntnisse aus dem E-Traktorprojekt werden auch in die Weiterentwicklung von Landmaschinen mit Hybrid-Antrieb einfließen.

3. Emissionsfreies Schwerlastfahrzeug für Containerterminals

Container mit einem Gewicht von bis zu 60 Tonnen werden rund um die Uhr fahrerlos ohne Abgase und nahezu geräuschlos durch den Hafen gefahren. Die Batterien der Transportfahrzeuge bilden ein virtuelles Kraftwerk und eröffnen neue wirtschaftliche Potenziale.



© BESIC

In den geschlossenen und weitgehend automatisierten Logistiksystemen von Hafenbetrieben transportieren fahrerlose Schwerlastfahrzeuge (AGV – Automated Guided Vehicles) mit hohem Energiebedarf tagtäglich bis zu 60 Tonnen schwere Container. Herkömmliche AGV werden diesel-elektrisch angetrieben. Im Containerterminal Altenwerder des Hamburger Hafens wird in einem Forschungsprojekt erprobt, wie der Containertransport auf umweltfreundliche, rein elektrisch angetriebene Transportfahrzeuge umgestellt werden kann. Es befinden sich bereits zwölf batteriebetriebene Forschungs-AGV mit einer dazugehörigen Batterie-wechselstation im Einsatz. Eine IKT-gestützte Steuerung der Ladevorgänge sorgt dafür, dass die Batterien vorzugsweise dann geladen werden, wenn Ökostromspitzen aus norddeutschen Windkraftwerken im Netz verfügbar sind und der Strom entsprechend günstig bezogen werden kann. Umgekehrt kann bei Flaute und höheren Strompreisen Strom ins Netz zurückgespeist werden. Durch die Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien wird nicht nur die Umweltbilanz des Containerumschlags wesentlich verbessert. Auch hilft die gezielte Nutzung von Überschuss-Strom, die Strombezugskosten für den Hafentreiber zu senken. Auf diese Weise wird das Containerterminal zu einem Freiluftlabor der Energiewende, indem die Batterien zu einem virtuellen Kraftwerk zusammengeschaltet werden. Zehn der eingesetzten AGV verfügen über Bleibatterien, die heute bereits wirtschaftlich betrieben werden können. In zwei weiteren AGV werden erstmalig eine neuartige Lithium-Ionen- und eine Lithium-Polymer-Batterie in einem

mehrmonatigen Feldtest erprobt. Diese Batterietypen sind zwar teurer, aber auch langlebiger und können viel schneller geladen und entladen werden. Ein Vergleich der Blei- und der beiden Lithium-Batterien soll zeigen, welche der drei Batterietechnologien unter Kostengesichtspunkten am besten geeignet und damit richtungweisend für einen nachhaltigen Schwerlastverkehr ist.

4. Intelligente City-Logistik

Fahrerassistenzsysteme, automatisierte Frachtüberwachung und aktive Schnittstellen zu vorhandenen Verkehrsleitsystemen: Die Fracht kommt schnell, sicher und ökologisch zu ihrem Adressaten.



Erprobung der Steuerungssoftware in einem Arznei-Lieferfahrzeug

Gewerblich genutzte Elektrofahrzeuge in innerstädtischen Logistikketten haben ökologische und ökonomische Vorteile gegenüber Verbrennungsfahrzeugen. Diese können sie ausspielen, je besser Routen geplant und auf die Reichweiten von Elektrofahrzeugen abgestimmt werden. Dafür ist die Entwicklung geeigneter Software-Anwendungen notwendig. Diese erfassen in Echtzeit alle wichtigen Einflussfaktoren auf die Reichweite: zum Beispiel den aktuellen Verkehrsfluss, den Ladezustand und das Fahrverhalten. Durch den Abgleich mit den Lieferanforderungen errechnet eine Steuerungssoftware die jeweils optimale Tour. Eine prototypische IKT-Systemlösung dieser Art entsteht derzeit in Erfurt. Sie bezieht Fahrzeuge für die Auslieferung von Expresswaren, Paketen und Medikamenten sowie für die Automatenbestückung ein. Der Austausch von Energie-, Fahrzeug- und Verkehrsdaten wurde dabei unter Einhaltung des Datenschutzes geregelt. Erfolgreich getestete Lösungen

werden 2016 erstmals unter realen Bedingungen erprobt. In einem virtuellen Elektroflottenversuch im Rahmen eines anderen Forschungsprojekts, dessen Eingangsdaten aus konventionell angetriebenen Taxis und Nutzfahrzeugen stammen, wurde in München in kurzer Zeit eine Vielzahl vergleichbarer anwendungsbezogener Erkenntnisse gewonnen. Sie sollen den künftigen Aufbau von Elektrofahrzeugflotten durch Taxizentralen und andere große Fuhrparkbetreiber unterstützen.

5. Gemeinsame Fahrzeugflotten sind rentabel

Pilotprojekte in Stuttgart, München und Magdeburg zeigen: Eine unternehmensübergreifende dynamische Einsatzplanung mit einem effizienten Energiemanagement macht Elektromobilität rentabel.

Für kleine und mittlere Unternehmen wie auch für die Behörden und Stadtverwaltungen lohnt sich der Einsatz von Elektrofahrzeugen erst dann, wenn sie sich diese mit anderen in einer gemeinsam genutzten Flotte teilen können. Hiervon ausgehend wurde eine Cloud-basierte IKT-Lösung konzipiert, die es erlaubt, über Unternehmens- und Abteilungsgrenzen hinweg Elektroautos optimal auszulasten. Durch die erlaubte private Nutzung der Fahrzeuge nach Dienstschluss kann deren Auslastung weiter erhöht werden. In Technologieparks in Stuttgart und München sowie von der Stadt Magdeburg und Berlin wird dieses inzwischen weit ausgereifte Konzept bereits erprobt. Die dynamische Einsatzplanung für Elektroautos weist jeder Verwendung das aktuell am besten passende Fahrzeug zu. Darüber hinaus wurden in dem Projekt auch Möglichkeiten zur intelligenten Ladesteuerung und für eine Smart-Grid-Integration erarbeitet. Durch die flächendeckende Bereitstellung von Echtzeitdaten in seinen Fahrzeugen bietet es auch die Einbindung in intelligente Verkehrssysteme an. Partnering-Modelle sollen darüber hinaus das Anmieten von Elektrofahrzeugen aus Partnerpools an anderen Standorten samt Zugang zum dortigen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ermöglichen.

6. Einfach Strom tanken

Mit **e-clearing.net** finden Kunden an 4.500 angeschlossenen Ladepunkten in Belgien, Deutschland und den Niederlanden freie Ladesäulen und können Strom „datensicher“ tanken.



Elektromobilitätsanbieter und Ladesäulenbetreiber können über die internationale E-Roaming-Plattform „e-clearing.net“ Daten zur Authentifizierung ihrer Kunden und zur Abrechnung der abgegebenen Strommengen austauschen. Sie ging im Oktober 2014 anlässlich der Fachmesse „eCar-Tec“ an den Start. Die Plattform wurde entwickelt, um es Nutzern von Elektroautos zu ermöglichen, ihre Fahrzeuge mit einer einzigen Ladekarte oder Smartphone-App anbieterübergreifend und grenzüberschreitend zu laden. Sie stellt Echtzeitangaben von bisher rund 4.500 angeschlossenen Ladepunkten in Belgien, Deutschland und den Niederlanden bereit, so dass sich freie Ladesäulen schnell finden lassen. Ein entscheidender Aspekt für die Akzeptanz solcher Roaming-Angebote ist die Erfüllung sehr hoher Anforderungen an die IKT-Sicherheit, sowohl an den einzelnen Ladesäulen als auch in der Datenverarbeitung innerhalb des gesamten Systems. Entsprechende Security-Basistechnologien wurden in einem weiteren Förderprojekt gezielt entwickelt.

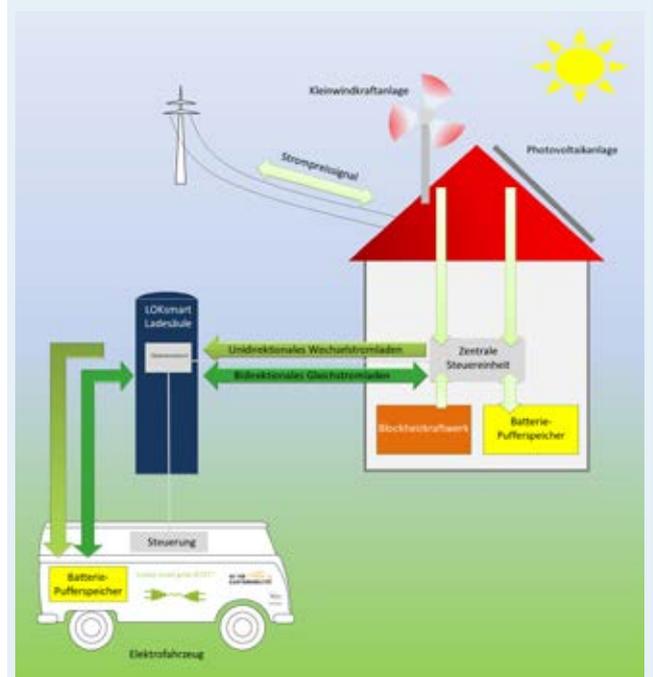
7. Elektroautos unterstützen erneuerbare Energien

Elektroautos als Zwischenspeicher für private Energieerzeuger zur Netzglättung und Lastverschiebung: Viele lokal auftretende Herausforderungen können mit Elektromobilen auch lokal gelöst werden.

Elektroautos können dazu beitragen, bei Bedarf kurzzeitig auftretendes hohes Stromangebot aufzunehmen. Sie können somit Spitzen ausgleichen, die durch die wetterbedingt

stark schwankende Erzeugung von Strom aus Sonnen- und Windkraft entstehen können. Voraussetzung hierfür ist, dass die Batterien in lokalen Verteilnetzen IKT-gesteuert werden können. Idealerweise können sie außerdem als bidirektionale Pufferspeicher (Ein- und Ausspeicherung von Strom ist möglich) eingesetzt werden. Das zeigen die Ergebnisse von Förderprojekten in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen. In der Allgäuer Modellgemeinde Wildpoldsried zum Beispiel, wo der eingespeiste Anteil erneuerbaren Stroms aus Sonnenenergie besonders hoch ist, sind Schwankungen in der Erzeugung von drei Megawatt innerhalb einer halben Stunde keine Seltenheit. Mit Hilfe intelligenter Messtechnik und Netzanalyse gelang es dort, Stromerzeugung und -verbrauch in einem selbstorganisierenden System automatisiert aufeinander abzustimmen und dabei das gesteuerte Laden von Elektrofahrzeugen einzubeziehen. In einem anderen Projekt, bei dem der Nutzen autarker lokaler „Smart Grids“ („Intelligente Netze“) im Vordergrund steht, wurden die technischen Grundlagen für die Kopplung von Photovoltaikanlagen einzelner Haushalte mit den Traktionsbatterien von Elektrofahrzeugen über eine zwischengeschaltete stationäre Batterie gelegt. Testreihen in Erfurt und Karlsruhe zeigten überdies, wie sich das häusliche Energiemanagement für Smart-Home-Lösungen unter Einbeziehung der Elektrofahrzeugbatterie optimieren lässt.

Abbildung 2: Lokale Smart Grids mit Elektroauto als Zwischenspeicher



Quelle: LoKSMART jetzt!

8. Moderne Fahrzeugelektronik: Das Fahrzeug als mobiles Endgerät

Kosten und Gewicht sparen, Flexibilität für neue Apps und Dienste schaffen: Die gesamte Fahrzeugsteuerung für Lenkung, Antrieb, Bremsen oder Unterhaltungssysteme läuft über eine zentralisierte, Hardware-unabhängig ausgelegte IKT-Architektur.

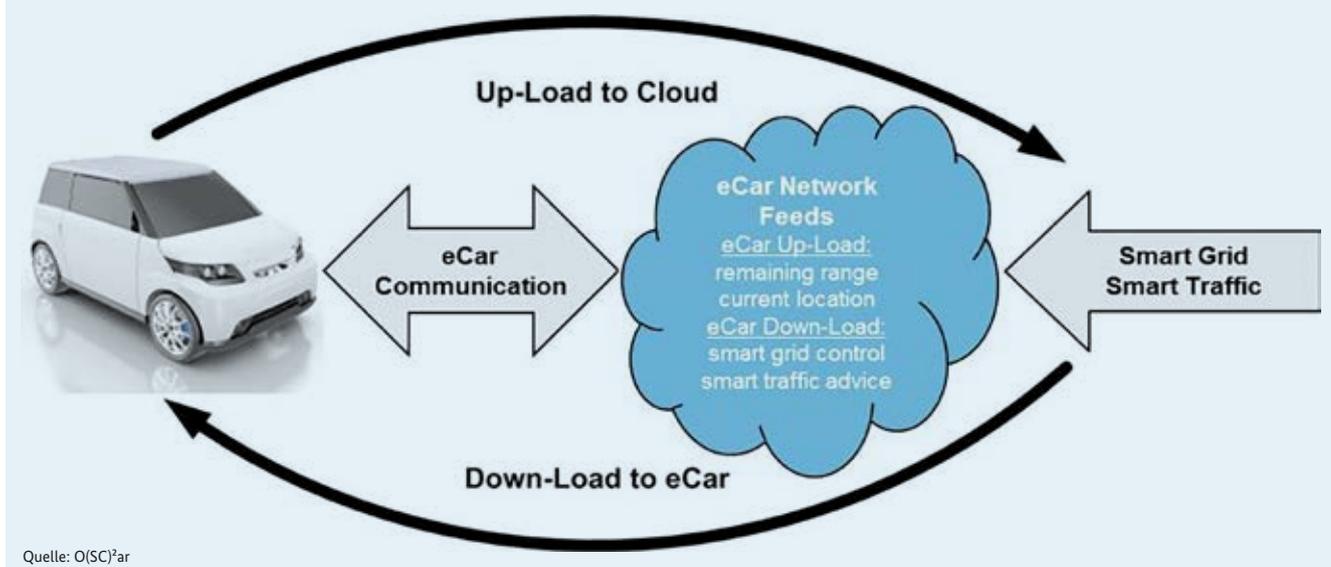


© RACE

Die Elektrik und Elektronik herkömmlicher Automobile wird über historisch gewachsene Systeme geführt und verschaltet, die angesichts der zunehmenden Digitalisierung der Fahrzeugtechnik an ihre Leistungsgrenzen stoßen. In

einem Forschungsprojekt unter Leitung eines großen Elektronik Konzerns sollen Wege aus der „Komplexitätsfalle“ heutiger Fahrzeugarchitekturen aufgezeigt werden. Zu diesem Zweck wurde eine modular aufgebaute zentralisierte IKT-Architektur für Elektroautos entwickelt, auf die neue Fahr-, Assistenz- und Komfortfunktionen als Software aufgespielt werden können, ohne dass neue Hardware eingebaut werden muss. Dank dieser Architektur kann auf viele Steuergeräte im Fahrzeug verzichtet und die Datenverarbeitung über wenige zentrale Recheneinheiten organisiert werden. Im Prototyp „Revolution“ konnte diese neuartige IKT-Architektur vollständig und potenziell zulassungsfähig umgesetzt werden. Anhand des Prototyp „Evolution“ wurde der Umbau vom herkömmlichen zum neuen Aufbau aufgezeigt. Die Integration der neuartigen Architektur soll in StreetScooter¹-Fahrzeugen erfolgen, für die wiederum eine offene Kommunikationsplattform entwickelt wurde, die fortlaufend aktualisiert werden kann. Statt eines traditionell verwendeten festen Servers nutzt diese Plattform die Vorteile einer systemübergreifend Open Service Cloud. Das eröffnet einen herstellerunabhängigen Markt für Mehrwertdienste („Apps“) und verbessert die Kommunikation zwischen Fahrzeugen untereinander und mit ihrer Umgebung (z. B. Ladesäulen). Die Cloud-basierte Plattform ermöglicht darüber hinaus exakte Reichweitenberechnungen und vereinfacht die Wartung durch Drittanbieter.

Abbildung 3: Fahrzeug als mobiles Endgerät



Quelle: O(SC)²ar

1 Siehe <http://www.streetscooter.eu/> für nähere Informationen.

9. Individuelle, ökologische Mobilität ohne eigenes Auto

Per App unterwegs auf einem „Marktplatz“ für alle Mobilitätsangebote einer Region: Kombination verschiedener Verkehrsmittel mit einfacher Buchung und Abrechnung per Smartphone.

Die unkomplizierte übergreifende Nutzung unterschiedlicher Verkehrsmittel kann vor allem in Städten mit hoher Verkehrsdichte dazu beitragen, unnötigen Verkehr zu vermeiden und die Umwelt zu schonen. Wenn es den Städten gelingt, den öffentlichen Personennahverkehr nahtlos und nutzerfreundlich mit Fernverkehrszügen, Carsharing-Angeboten und Leihfahrrädern zu verknüpfen, könnten immer mehr Menschen auf ein eigenes Fahrzeug verzichten und mit dazu beitragen, die städtische Lebensqualität zu erhöhen. Wie das funktionieren kann, wird derzeit in der Region Aachen beispielhaft erforscht. Alle dort öffentlich zugänglichen Mobilitätsangebote werden auf einem Web- und App-basierten Marktplatz zusammengeführt. So müssen die Bürgerinnen und Bürger nur noch ein einziges Medium kontaktieren, um ihre Fahrten zu planen, durchzuführen und abzurechnen. Die jeweiligen individuellen Wünsche und Anforderungen werden von der IKT-basierten Plattform beim Berechnen des optimalen Weges und beim Vorschlag der geeigneten Verkehrsmittel berücksichtigt. Elektrofahrzeuge wurden von vornherein in die Projektplanung einbezogen.

10. Rahmenbedingungen „pro Elektromobilität“

Unterstützung des Markthochlaufs durch den Abbau von Innovationshürden: von eindeutigen Identifikations-Nummern in der Ladeinfrastruktur über das Laden am Arbeitsplatz bis hin zum Eichrecht.

Eindeutige Identifikatoren (ID-Nummern) für Stromversorger und Ladesäulenbetreiber sind eine unerlässliche rechtliche Voraussetzung für die regionen- und anbieterübergreifende Nutzung der Ladeinfrastruktur. Andernfalls könnten Nutzer ihre Elektroautos nur an den Säulen des Anbieters laden, dessen Vertragskunden sie sind. In einem Konsensbildungsverfahren im Rahmen der Begleitforschung des Förderprogramms einigten sich alle relevanten Akteure der Elektromobilität auf eine neutrale Instanz zur bundesweiten Vergabe solcher ID-Nummern: Seit März 2014 übernimmt der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) deutschlandweit diese Auf-

gabe. Das BMWi steht mit der Europäischen Kommission in Kontakt, damit das gleiche Nummernsystem, das bereits von anderen Ländern übernommen wurde (z. B. Niederlande, Belgien, Österreich) in naher Zukunft auch von weiteren europäischen Ländern angewendet werden kann.

Um der Elektromobilität zum Durchbruch zu verhelfen, ist es unter anderem wichtig, das Laden am Arbeitsplatz nicht als geldwerten Vorteil zu sanktionieren. Eine entsprechende Stellungnahme, wonach das Vorhalten eines Parkplatzes mit Ladeinfrastruktur durch den Arbeitgeber als nicht steuerbare Leistung eingeordnet werden sollte, hat die wissenschaftliche Begleitforschung zum Technologieprogramm dem Bundesfinanzministerium übermittelt. Auch die derzeit bestehende Deckelung des steuerlichen Nachteilsausgleichs für Elektroautos auf eine Batteriekapazität von 20 Kilowattstunden wird als hinderlich angesehen. Die Aufhebung dieser Deckelung wird von den Modellprojekten des Technologieprogramms empfohlen, weil der Markthochlauf von Elektroautos zu einem großen Teil über den Einsatz in Firmenflotten erfolgen werde, dort jedoch in der Regel Batteriekapazitäten von mehr als 30 Kilowattstunden nachgefragt würden.

Die Diskussionen der Fachgruppe Recht innerhalb des Förderprogramms haben überdies grundsätzliche Klarheit mit den Eichbehörden hinsichtlich der Anwendung des Eichrechts auf Ladevorgänge geschaffen. So konnte erreicht werden, dass eine Ladesäule nicht mehr zwingend mit einem kostenintensiven Display oder einem Papierauszugsdrucker ausgestattet werden muss. Hier erfüllt bereits eine gesicherte Übertragung der Messwerte auf ein Drittgerät die Anforderungen des Eichrechts.

Kontakt: Christian Liebich
Referat: Entwicklung digitaler Technologien

G7-Energieminister beschließen „Hamburg Initiative“ für nachhaltige Energiesicherheit

Wie kann die nachhaltige Energieversorgung weltweit langfristig gesichert werden? Diese Frage stand im Vordergrund der Diskussionen des G7-Energieministertreffens, das auf Einladung von Bundesminister Sigmar Gabriel am 11. und 12. Mai 2015 in Hamburg stattfand. Im Abschlusskommuniqué haben sich die G7-Energieminister deshalb in der G7-Hamburg-Initiative auf verschiedene Handlungsfelder und Maßnahmen verständigt, die zu einer verbesserten nachhaltigen Energiesicherheit beitragen können.



Treffen der G7-Energieminister in Hamburg: Miguel Arias Cañete (EU-Kommissar für Klima und Energie), Bob Hamilton (Vize-Minister für natürliche Ressourcen Kanada), Virginie Schwarz (Delegation Frankreich), Katrina Williams (Delegation Großbritannien), Bundesminister Sigmar Gabriel, Ernest Moniz (US-Energieminister), EU-Vizepräsident für die Energieunion, Maroš Šefčovič, Federica Guidi (Wirtschaftsministerin Italien), Shigeki Iwai (Vize-Wirtschaftsminister Japan), Maria van der Hoeven (Internationale Energieagentur), Adnan Z. Amin (Internationale Organisation für erneuerbare Energien IRENA) (v.l.n.r.)

US-Energieminister Ernest Moniz, Italiens Wirtschaftsministerin Federica Guidi, Japans Vize-Wirtschaftsminister Shigeki Iwai, Kanadas Vize-Energieminister Bob Hamilton, EU-Energiekommissar Miguel Arias Cañete und der EU-Kommissar für die Energieunion, Maroš Šefčovič sowie Vertreter Frankreichs und Großbritanniens, die Exekutivdirektorin der Internationalen Energie Agentur (IEA) Maria van der Hoeven und der Generaldirektor der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA) Adnan Z. Amin waren der Einladung der deutschen G7-Präsidentschaft am 11. und 12. Mai nach Hamburg gefolgt.

Fortsetzung und Erweiterung der Diskussionen des letzten G7-Energieministertreffens in Rom

Im Anschluss an das G7-Energieministertreffen in Rom im Mai 2014 konnten in Hamburg wichtige Themen vertieft und konkretisiert werden. Das Ziel von Bundeswirtschaftsminister Gabriel lag darin, den Fokus der Diskussion zu erweitern und alle Energieträger in den Blick zu nehmen, die zu einer verbesserten nachhaltigen Energiesicherheit beitragen können. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen aus diesem Grund die Themen Energieeffizienz, innovative Technologien wie Offshore-Windenergie sowie die Versorgungssicherheit von Stromsystemen, die auf großen Anteilen unsteter erneuerbarer Energien wie Sonne und Wind basieren.

Ergebnisse des G7-Energieministertreffens: Energieeffizienz als Schlüssel einer nachhaltigen Energiesicherheit

Energieeffizienz wurde von allen G7-Partnern nicht nur als Schlüssel zur Modernisierung der Volkswirtschaften, sondern auch als ein einfacher Weg zur Kostenersparnis und zu mehr Klimaschutz bewertet. Bundesminister Sigmar Gabriel betonte dabei, dass die aktuelle Phase niedriger Energiepreise genau der richtige Zeitpunkt sei, um in mehr Energieeffizienz zu investieren. Die G7-Staaten beschlossen aus diesem Grund die internationale Kooperation im Bereich der Energieeffizienz weiter zu stärken, u. a. mit der Unterstützung von Energieeffizienznetzwerken in der Industrie, einer verbesserten Datenlage zur Energieeffizienz von Produkten und zu kosteneffizienten Förderinstrumenten von Energieeffizienz.

Bereits im Jahr 2014 hatten die G7-Staaten vor dem Hintergrund der Krise zwischen Russland und der Ukraine die Internationale Energieagentur (IEA) gebeten, Empfehlungen zu erarbeiten, wie die Gasversorgungssicherheit in den G7-Staaten und weltweit verbessert werden kann. In der G7-Hamburg-Initiative für nachhaltige Energiesicherheit haben die G7-Vertreter beschlossen, diese Arbeit zu vertiefen und weitere Optionen für einen flexibleren und widerstandsfähigeren Gasmarkt von der IEA entwerfen zu lassen.

Zum ersten Mal stand das Thema „Cyber-Sicherheit“ im Energiesektor auf der internationalen Energieagenda: Mit einer zunehmend intelligenten digitalen Energieinfrastruktur steigt das Risiko von Angriffen über das Netz. Dabei werden diese Bedrohungen immer komplexer und ausgeklügelter und sie betreffen alle Staaten gleichermaßen. Die G7-Energieminister haben in Hamburg daher verabredet, verstärkt im Bereich der Cyber-Kriminalität im Energiesektor zusammenzuarbeiten.

Nachdem die G7-Energieminister im letzten Jahr beschlossen hatten, die Widerstandsfähigkeit ihrer Energiesysteme, insbesondere im Hinblick auf Unterbrechungen in der Versorgung, zu überprüfen, und dabei den Erdgassektor in den Fokus genommen hatten, haben sie sich in Hamburg darauf geeinigt, in einem nächsten Schritt die Stromversorgung insbesondere im Hinblick auf die Integration großer Anteile erneuerbarer Energien zu untersuchen.

Die Staats- und Regierungschefs haben die G7-Hamburg-Initiative für nachhaltige Energiesicherheit während des G7-Gipfels im bayerischen Schloss Elmau begrüßt und die G7-Energieminister mit der Umsetzung der einzelnen Initiativen beauftragt. Noch während der deutschen G7-Präsidentschaft, die bis Ende des Jahres 2015 andauert und danach an Japan übergeben wird, sollen die Initiativen in enger Kooperation mit internationalen Partnern angestoßen werden.

Kontakt: Martha Ekkert

Referat: Grundsätze der internationalen Energiepolitik/
Energieaußenpolitik, multilaterale Energiezusammenarbeit,
energiepolitische Zusammenarbeit mit Industrieländern

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Allmählich mit mehr Schwung.

Die Weltwirtschaft dürfte nach relativ schwachem Jahresbeginn langsam an Schwung gewinnen.¹ Die weltweite Industrieproduktion hat sich bis März noch seitwärts bewegt. Hierfür dürfte vor allem der temporäre Wachstumseinbruch in den Vereinigten Staaten aufgrund des strengen Winters verantwortlich gewesen sein. Im Euroraum setzte sich die konjunkturelle Erholung dagegen fort. Zuletzt scheint sich die Dynamik sogar gefestigt zu haben. In verschiedenen Schwellenländern behindern allerdings dauerhaftere strukturelle Probleme ein stärkeres Wirtschaftswachstum. In China hält beispielsweise die Wachstumsabschwächung weiter an. Auch bleibt die wirtschaftliche Lage in Russland angesichts der geopolitischen Spannungen und des niedrigen Ölpreises weiter fragil. Die niedrigen Ölpreise sind auch für andere rohstoffexportierende Länder, etwa in Lateinamerika, eine größere Belastung.

Die OECD hat daher und angesichts des verhaltenen Jahresbeginns in ihrem Economic Outlook vom Juni ihre Prognose für das globale Wirtschaftswachstum für das Jahr 2015 um 0,6 Prozentpunkte auf 3,1% und für das Jahr 2016 um 0,1 Prozentpunkte auf 3,8% nach unten korrigiert. Hierfür ist neben dem schwächeren Jahreseinstieg insbesondere eine Korrektur der Wachstumsaussichten für die Schwellenländer verantwortlich.

USA: Sonderfaktoren belasten.

Die moderate konjunkturelle Aufwärtsbewegung in den Vereinigten Staaten wurde im ersten Quartal 2015 temporär unterbrochen. Das Bruttoinlandsprodukt nahm annualisiert um 0,7% ab. Im Vorquartal war die amerikanische Wirtschaft annualisiert noch um 2,2% gewachsen. Zur Wachstumsabschwächung trug die außergewöhnlich kalte Witterung im ersten Quartal bei. Zusätzlich dämpfend wirkte der Rückgang der Exporte. Diese wurden unter anderem durch die Streiks in den Häfen der Pazifikküste und die Aufwertung des US-Dollars beeinträchtigt. Auch die Investitionen, insbesondere in der Ölindustrie, waren vor dem Hintergrund sinkender Ölpreise rückläufig. Positive Impulse kamen hingegen von den privaten Konsumausgaben. Die privaten Haushalte haben die durch den gesunkenen Ölpreis erzielten Realeinkommenszuwächse allerdings teilweise auch gespart. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes bleibt positiv. Die Zahl der neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft erhöhte sich im Mai weiter um saisonbereinigt 280.000 Personen. Das Verbrauchervertrauen erholte sich im gleichen Monat leicht vom Rückgang im Vormonat. Belastet durch den starken Dollar nahm die Industrieproduktion im Mai weiter um 0,2% ab. Die Markt Einkaufsmanagerindizes für die Industrie und die Dienstleistungen sind im Mai erneut leicht gesunken, liegen aber noch deutlich über der Wachstumsschwelle. Insgesamt

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



— Eurozone
— USA
— Japan

Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2014 Q1	2014 Q2	2014 Q3	2014 Q4	2015 Q1
Euroraum	0,2	0,1	0,2	0,4	0,4
USA	-0,5	1,1	1,2	0,5	-0,2
Japan	1,1	-1,7	-0,5	0,3	1,0

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Euroraum	11,3	11,2	11,2	11,1	-
USA	5,7	5,5	5,5	5,4	5,5
Japan	3,6	3,5	3,4	3,3	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Euroraum	-0,6	-0,3	-0,1	0,0	0,3
USA	-0,1	0,0	-0,1	-0,2	-
Japan	2,4	2,2	2,3	0,6	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

1 In diesem Kapitel werden Daten verwendet, die bis zum 15. Juni 2015 vorlagen.

bleibt das Indikatorenbild trotz Eintrübung moderat positiv. Die OECD hat zuletzt ihre zuvor sehr optimistische Wachstumsprognose für die Vereinigten Staaten, insbesondere für das Jahr 2015, um 1,1 Prozentpunkte auf 2,0% deutlich nach unten angepasst. Dennoch bleibt die US-Wirtschaft ein Wachstumstreiber unter den Industriestaaten.

Japan: Allmähliche Expansion.

Nach einer deutlichen Abschwächung im Sommerhalbjahr 2014 durch die Anhebung der Verbrauchsteuer im April expandierte die japanische Wirtschaft in den vergangenen zwei Quartalen. Das Bruttoinlandsprodukt nahm im vierten Quartal um 0,3 % und im ersten Quartal um 1,0 % gegenüber der jeweiligen Vorperiode zu. Der niedrige Wechselkurs trug zu der Belebung der Exporte bei. Auch die Industrieproduktion expandierte im April kräftig um 1,2 %, konnte aber die vorherigen Rückgänge nach dem Januar nicht kompensieren. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich fort. Seine Dynamik schwächte sich im April jedoch weiter ab. Die Unternehmen erwarten laut TANKAN-Bericht der Zentralbank für das zweite Quartal 2015 eine beschleunigte Erholung der industriellen Dynamik. Auch der Markit-Einkaufsmanagerindex ist aufwärtsgerichtet. Die OECD korrigierte ihre Wachstumserwartungen für das Jahr 2015 im Juni im Vergleich zum November um 0,1 Prozentpunkte

auf 0,7% nach unten und für das Jahr 2016 um 0,4 Prozentpunkte auf 1,4% nach oben. Die guten Ergebnisse des ersten Quartals dürften dabei noch nicht berücksichtigt sein.

Euroraum: Leicht gefestigte Erholung.

Im Euroraum setzt sich die wirtschaftliche Erholung weiter fort. Im ersten Quartal 2015 nahm das BIP leicht beschleunigt um 0,4 % zu. Die konjunkturelle Entwicklung verläuft jedoch durchaus heterogen. Das BIP in Spanien nahm mit +0,9% außergewöhnlich kräftig zu. Auch Frankreich konnte mit +0,6% ein deutliches Plus verzeichnen. In Griechenland hingegen war das BIP im ersten Quartal zum zweiten Mal in Folge rückläufig, nachdem sich die griechische Wirtschaft in den drei Quartalen zuvor erstmals nach der schweren Rezession etwas erholen konnte. Dies ist auch Ausdruck der nach wie vor hohen Verunsicherung in Griechenland. Im Eurogebiet bewegte sich die Industrieproduktion im April seitwärts (+0,1%). Der Trend ist aber seit dem Tiefpunkt im August 2014 nach wie vor aufwärtsgerichtet. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Eurogebiet ist im April um 0,1 Prozentpunkte leicht auf 11,1% zurückgegangen. Der Markit-Einkaufsmanagerindex sank zwar im Mai leicht, zeigte aber nach wie vor eine Expansion an. Insgesamt deuten insbesondere Stimmungsindikatoren eine sich weiter festigende Belebung im Euroraum im Verlauf des Jahres an. Dazu dürften auch die Nachwirkungen der niedrigen Ölpreise und der Euro-Abwertung beitragen. Die OECD hat in ihrem Economic Outlook vom Juni die Erwartungen für das BIP-Wachstum im Eurogebiet für das Jahr 2015 um 0,3 Prozentpunkte auf 1,4% und für das Jahr 2016 um 0,4 Prozentpunkte auf 2,1% im Vergleich zum November deutlich nach oben revidiert.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima
(saisonbereinigt)



— Geschäftsklima, BCI (linke Skala)
■ BIP Euroraum, Veränderung gegen Vorquartal in % (rechte Skala)

Quellen: Eurostat, Europäische Kommission

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die Konjunktur bleibt aufwärtsgerichtet.

Nach dem ordentlichen Start des Produzierenden Gewerbes in das zweite Quartal dürfte die Wirtschaftsleistung in Deutschland in den kommenden Monaten weiter ausgedehnt werden.² Hierzu wird der solide Anstieg der Inlandsnachfrage beitragen, die bereits im Jahresschlussquartal 2014 (+1,1%) und im ersten Vierteljahr 2015 (+0,5%) spürbar expandierte.³ Insbesondere haben die privaten Haushalte im ersten Quartal 2015 nunmehr das dritte Quartal in Folge mehr konsumiert (+0,6%). Die solide Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung zusammen mit dem rückläufigen Preisniveau waren hierfür ausschlaggebend. Die Investitionskonjunktur hat im ersten Quartal etwas an Fahrt gewonnen. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen um 1,5% zu. Die Bauinvestitionen expandierten noch etwas stärker um 1,7%. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels war bei ölpreisbedingt rückläufigen Importpreisen und kräftig steigenden Importvolumina im ersten Vierteljahr mit -0,2 Pro-

zentpunkten negativ. Insgesamt nahm die gesamtwirtschaftliche Leistung im ersten Quartal um 0,3% zu. Die Expansion der Wirtschaftsleistung in Deutschland dürfte sich angesichts der aktuellen Konjunkturindikatoren mit moderatem Tempo fortsetzen. Allerdings gibt es neben Chancen auch einige Risikofaktoren, wie einen möglicherweise schneller als erwartet steigenden Ölpreis oder die Entwicklungen um Griechenland, die wieder stärker in den Vordergrund rücken könnten.

2. Produzierendes Gewerbe

Die Industriekonjunktur ist gut in das zweite Vierteljahr gestartet.

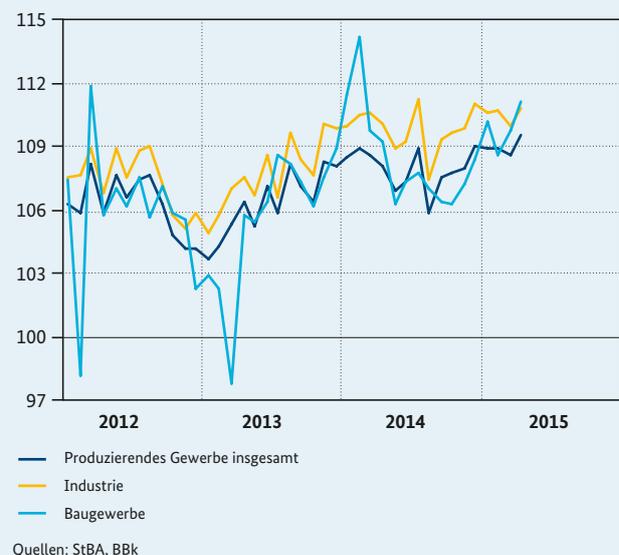
Die Erzeugung im Baugewerbe ist merklich aufwärtsgerichtet.

Nach einem vergleichsweise schwachen Einstieg des Produzierenden Gewerbes im ersten Vierteljahr – mit zwei Monate stagnierender und im März sogar rückläufiger Produktion – zog die Erzeugung im April mit +0,9% deut-

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts
(Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten, preis-, kalender- und saisonbereinigt)



Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Juni 2015 vorlagen.

3 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

lich an. Der Rückgang im März wurde dadurch kompensiert. Die Produktion lag im April um 0,6% über dem Durchschnitt des ersten Vierteljahres. Für die kommenden Monate ist mit einer moderat aufwärtsgerichteten Entwicklung zu rechnen. Hierauf deuten unter anderem die vorliegenden Stimmungsindikatoren hin.

Die Industrieproduktion zog im April um 0,7% an. Zugleich wurde das schwache Ergebnis des Berichtsmonats März geringfügig nach oben korrigiert. Damit lag der Produktionsindex im Monat April um knapp 0,4% über dem Durchschnitt des ersten Vierteljahres.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

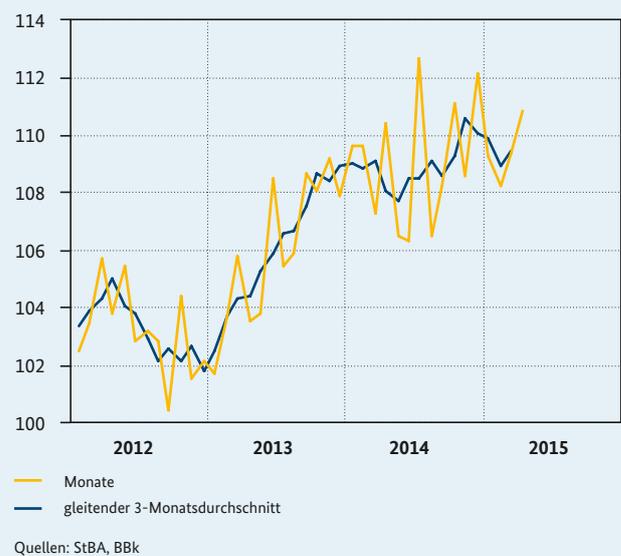
	Q4	Q1	Feb.	März	April
Produktion					
Insgesamt	0,7	0,2	0,1	-0,6	0,7
Vorleistungsgüter	0,7	0,7	0,1	-1,0	0,7
Investitionsgüter	0,9	0,0	0,3	-1,0	1,5
Konsumgüter	0,7	-0,3	-0,3	0,9	-0,9
Umsätze					
Insgesamt	1,3	0,6	-0,4	-0,4	1,3
Inland	0,5	0,8	-0,9	0,1	-0,1
Ausland	2,0	0,6	0,2	-0,9	2,7
Auftragseingänge					
Insgesamt	1,4	-1,4	-1,0	1,1	1,4
Inland	2,1	1,0	0,1	4,3	-3,8
Ausland	0,8	-3,3	-1,8	-1,4	5,5
Vorleistungsgüter	1,7	-1,7	-0,9	1,0	-0,9
Investitionsgüter	1,2	-1,6	-1,4	1,4	2,3
Konsumgüter	0,9	0,6	2,8	-2,0	4,5

Quellen: StBA, BBk

Das Überschreiten des Vorquartalsniveaus ist im Wesentlichen auf den merklichen Anstieg der Investitionsgüterproduktion zurückzuführen. Sie nahm um 1,5% gegenüber dem Vormonat zu. Die Produktion der Vorleistungsgüter erhöhte sich nur halb so stark um 0,7%. Der Produktionsindex der Vorleistungsgüterproduzenten erreichte im Berichtsmonat April trotz des Anstiegs nur das Niveau des ersten Vierteljahres. Die beiden Bereiche decken jeweils etwa ein Drittel der gesamten Produktion des Produzierenden Gewerbes ab. Die Konsumgüterproduzenten hatten im April einen Rückgang der Erzeugung um 0,9% zu verzeichnen.

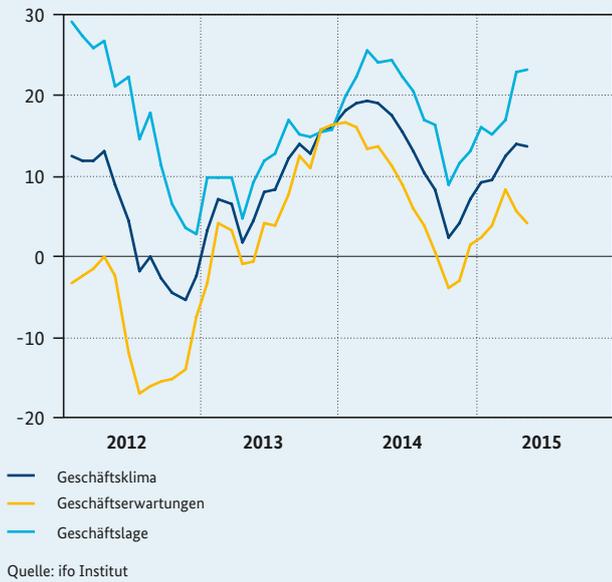
Die Industrieumsätze zogen im April um 1,3% an; zudem wurden die beiden Vormonate zum Teil deutlich nach oben revidiert. Mit einem Plus von 2,6% nahmen die Umsätze der Investitionsgüterproduzenten überdurchschnittlich stark zu. Während die inländischen Umsätze in der Industrie stagnierten, zogen insbesondere die Auslandsumsätze kräftig an. Dabei nahmen die Umsätze mit Drittländern sehr deutlich zu (+3,2%), aber auch die Umsätze mit dem Euroraum stiegen spürbar an (+2,0%). Bemerkenswert war vor allem die Entwicklung im Maschinenbau, hier erhöhten sich die Umsätze mit dem Ausland um über 8%. Demgegenüber waren die Auslandsumsätze der Kraftfahrzeugindustrie mit -2,8% rückläufig, während ihr Inlandsatz um +1,2% zulegte.

Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Die Bestelltätigkeit hat sich im März und April belebt. Im April nahmen die Auftragseingänge um 1,4% zu, trotz eines unterdurchschnittlichen Volumens an Großaufträgen. Die Nachfrage im Bereich der Investitions- und Konsumgüter legte zu, wogegen die Vorleistungsgüterproduzenten einen Rückgang zu verzeichnen hatten. Während die inländischen Bestellungen abnahmen (-3,8%), kamen aus dem Ausland mit +5,5% deutlich mehr Aufträge. Nach einem sehr schwachen ersten Vierteljahr (-4,1%) nahmen die Auftragseingänge aus dem Euroraum markant zu (+6,8%). Die Auftragseingänge der Kraftfahrzeugindustrie erholten sich nach zwei sehr schwachen Monaten. Dies wurde weitgehend von Bestellungen aus Drittländern getragen. Der Maschinenbau konnte einen deutlichen Anstieg der Neuaufträge erreichen (+6,0%).

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



Die Stimmungsindikatoren der Industrie senden alles in allem weiterhin positive Signale. Das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe schwächte sich im Mai nach einem sechsmonatigen Anstieg geringfügig ab. Die Beurteilung der aktuellen Lage verbesserte sich dabei nochmals auf hohem Niveau. Die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate gingen dagegen leicht zurück. Die Exporterwartungen nahmen im Mai leicht ab, befanden sich aber in einem deutlich positiven Bereich.

Die Produktion im Baugewerbe nahm im April um 1,3% gegenüber dem Vormonat zu. Zugleich wurde das Märzergebnis deutlich auf +1,1% herunterkorrigiert. Das Volumen der Bauproduktion war um 1,5% höher als im Durchschnitt des ersten Vierteljahres. Während es im Bauhauptgewerbe zu einem leichten Rückgang der Produktion kam (-0,7%), konnte das Ausbaugewerbe – allerdings nach zwei Monaten mit weitgehend unverändertem Output – mit +3,3% kräftig zulegen.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q4	Q1	Feb.	März	April
Insgesamt	0,2	2,1	-1,5	1,1	1,3
Bauhauptgewerbe	1,3	1,3	-2,6	2,3	-0,7
Ausbaugewerbe	-0,9	3,0	-0,2	0,0	3,3

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
Insgesamt	-0,1	8,6	9,8	-1,6	-2,2
Hochbau	3,8	3,2	0,1	2,0	-1,7
Wohnungsbau*	15,4	6,4	-1,3	0,3	3,0
Gewerblicher*	-2,9	-2,7	0,5	-2,2	-3,8
Öffentlicher*	-2,3	17,5	3,2	24,6	-8,2
Tiefbau	-4,4	15,2	22,0	-5,5	-2,8
Straßenbau*	-3,1	17,6	5,6	31,8	-20,9
Gewerblicher*	-2,5	13,8	19,0	-14,5	8,8
Öffentlicher*	-8,4	13,9	50,3	-32,3	15,3
Öffentlicher Bau insg.	-4,9	16,2	20,0	3,9	-8,6

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Nach den außerordentlich starken Ergebnissen der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im Januar (+9,8%) gingen die Bestellungen im März den zweiten Monat in Folge zurück (-2,2%). Zusammengenommen lag der Index der Auftragseingänge im ersten Vierteljahr dennoch um 8,6% über dem Vorquartal. Verantwortlich für diesen starken Anstieg war vor allem der öffentliche Tiefbau. Neben dem öffentlichen Bau konnte sich die Auftragslage im Wohnungsbau im ersten Vierteljahr deutlich verbessern (+6,4%). In diesem Segment war auch im Februar und März ein Zuwachs zu beobachten.

Die Stimmung in der Baubranche hat sich im Mai weiter aufgehellt. Die aktuelle Lage wird von den Unternehmen wieder günstiger eingeschätzt, die Erwartungen für die kommenden sechs Monate veränderten sich nicht. Im langjährigen Vergleich befindet sich der Geschäftsklimaindex im Bauhauptgewerbe nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. Die weiteren Aussichten für den Baubereich sind positiv. Niedrige Hypothekenzinsen und positive Einkommensperspektiven der privaten Haushalte bilden sehr gute Rahmenbedingungen. Hinzu kommt die zunehmende Investitionstätigkeit der öffentlichen Haushalte, die für eine weitere Belebung im laufenden Jahr spricht.

3. Privater Konsum

Die privaten Konsumausgaben stiegen im ersten Quartal weiter an.

Die Umsätze im Einzelhandel und im Kfz-Handel entwickelten sich dynamisch.

Der private Konsum bleibt eine verlässliche Stütze des aktuellen Aufschwungs. Im ersten Quartal nahmen die privaten Konsumausgaben gegenüber dem Vorquartal um 0,6% zu und lieferten wie in den beiden Vorquartalen einen maßgeblichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Unterstützt durch die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt waren die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im ersten Quartal um 3,1% höher als vor einem Jahr. Aufgrund der (trotz leichten Anstiegs) nach wie vor überaus moderaten Inflation ging dies mit spürbaren Kaufkraftgewinnen einher.

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Dies spiegelte sich auch in den Umsätzen des Einzelhandels wider. Diese sind im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) im April um 1,3% angestiegen. Auch der Kfz-Handel – der allerdings auch gewerbliche Käufe einschließt – entwickelte sich in den letzten Monaten dynamisch: Im Verlauf des ersten Quartals wurden die Umsätze um 4,6% gesteigert. Allerdings fiel die Zahl der Neuzulassungen durch private Halter im Mai deutlich geringer aus als noch im Vorjahr. Dies könnte sich auf die Kfz-Umsätze im kommenden Berichtsmonat auswirken.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Angesichts der günstigen Rahmenbedingungen bewegt sich das von der Gesellschaft für Konsumforschung ermittelte Konsumklima auf einem hohen Niveau. Dies beflügelt auch die Stimmung unter den Einzelhändlern. Das entsprechende ifo Geschäftsklima ist daher im Mai erneut kräftig gestiegen.

4. Außenwirtschaft

Die Exporte nahmen im April weiter zu, während die Einfuhren merklich zurückgingen.

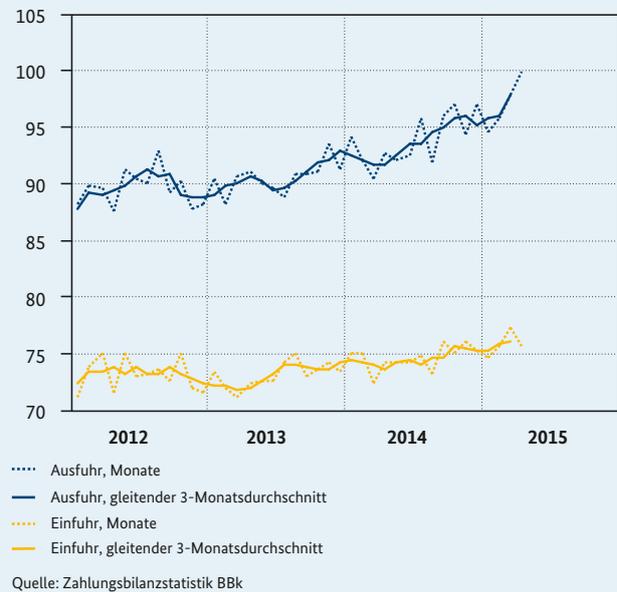
Die Exportaussichten bleiben verhalten positiv.

In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung legten die Exporte von Waren und Dienstleistungen im ersten Quartal preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,8% gegenüber dem Vorquartal zu. Noch stärker wuchsen im gleichen Zeitraum die Importe. Sie nahmen um 1,5% zu, wobei die rückläufigen Importpreise stützend wirkten. Vom Außenbeitrag ging daher ein leicht negativer Wachstumsimpuls aus (-0,2 Prozentpunkte).

Zu Beginn des zweiten Vierteljahres haben die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik saisonbereinigt um 0,7% zugenommen. In realer Rechnung dürfte die Entwicklung gedämpfter ausfallen. Im Durchschnitt des ersten Quartals 2015 hatten sich die nominalen Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen trotz der Abwertung des Euro nur um 0,8% erhöht. Dabei nahmen die Ausfuhren in die Länder außerhalb des Eurogebiets dynamischer zu als die Exporte in den Euroraum. Die Ausfuhren nach Russland gingen dagegen in den ersten drei Monaten des Jahres um knapp ein Drittel im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum erneut kräftig zurück.

Im April wurden in jeweiligen Preisen saisonbereinigt 1,4% weniger Waren und Dienstleistungen eingeführt als im Vormonat. In realer Rechnung dürften sich die Einfuhren aufgrund steigender Einfuhrpreise noch etwas schwächer entwickelt haben. Damit dürften zu Beginn des zweiten Quartals rechnerisch geringe positive Impulse vom Außenhandel auf das Wachstum ausgegangen sein.

Warenhandel (in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



In jeweiligen Preisen erhöhte sich der Überschuss im Handel mit Waren und Dienstleistungen im April saisonbereinigt um 2,2 Mrd. Euro auf 20,3 Mrd. Euro. Die Salden der Primär- und Sekundäreinkommen in der Leistungsbilanz waren hingegen rückläufig. Daher sank der gesamte Leistungsbilanzüberschuss zu Beginn des zweiten Quartals im Vergleich zum Vormonat saisonbereinigt um 2,3 Mrd. Euro auf 19,8 Mrd. Euro.

Außenhandel*

	Q4	Q1	Feb.	März	April
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	1,5	0,8	1,0	2,6	0,7
Einfuhr	1,5	0,1	0,9	2,3	-1,4
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	5,3	5,4	3,9	12,5	7,5
Eurozone	3,6	3,1	2,1	9,3	3,3
EU Nicht-Eurozone	10,3	7,3	5,5	13,9	6,6
Drittländer	4,4	6,6	4,7	14,7	11,8
Einfuhr	2,2	1,8	0,3	7,2	2,8
Eurozone	1,8	0,5	0,3	5,0	2,8
EU Nicht-Eurozone	4,3	2,2	-0,1	5,4	-0,8
Drittländer	1,4	3,3	0,6	11,1	5,1

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Die Bestellungen aus dem Ausland und insbesondere aus dem Eurogebiet haben zu Beginn des zweiten Quartals deutlich Fahrt aufgenommen. Die Auslandsumsätze haben sich ebenfalls erhöht. Die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind im April und Mai jedoch leicht gesunken. Alles in allem bleiben die Perspektiven für den deutschen Außenhandel aber durchaus positiv. So ist mit einer leicht zunehmenden weltwirtschaftlichen Dynamik zu rechnen. Dies hat auch die OECD in ihrem jüngsten Economic Outlook bestätigt. Darüber hinaus dürfte die aufgrund der Wechselkursabwertung verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weiterhin Wirkung entfalten.

für die nächsten Monate eine Fortsetzung der positiven Tendenzen am Arbeitsmarkt erwarten.

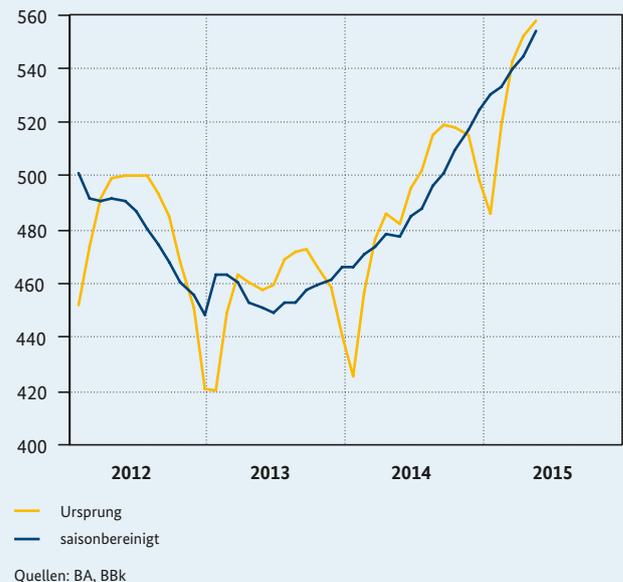
Die Frühindikatoren senden im Mai insgesamt positive Signale. Das ifo Beschäftigungsbarometer hat sich geringfügig verbessert und bewegt sich weiter deutlich über seinem langfristigen Durchschnitt. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) fiel hingegen knapp unter seinen neutralen Wert. Die Arbeitsagenturen gehen somit von einer saisonbereinigt in etwa gleichbleibenden Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten aus. Der BA-X Stellenindex erhöhte sich leicht (+1) auf 187 Punkte.

5. Arbeitsmarkt

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort. Die Arbeitslosigkeit ist weiter rückläufig.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin positiv. Saisonbereinigt nahm die Beschäftigung im April erneut zu. Die Dynamik beim Beschäftigungsaufbau hat zwischenzeitlich etwas nachgelassen. Rückgänge bei den Minijobs wurden durch Zuwächse bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht vollständig ausgeglichen. Die Arbeitslosigkeit nahm im Mai weiter ab. Die Indikatoren lassen

Gemeldete Arbeitsstellen
(in 1000)



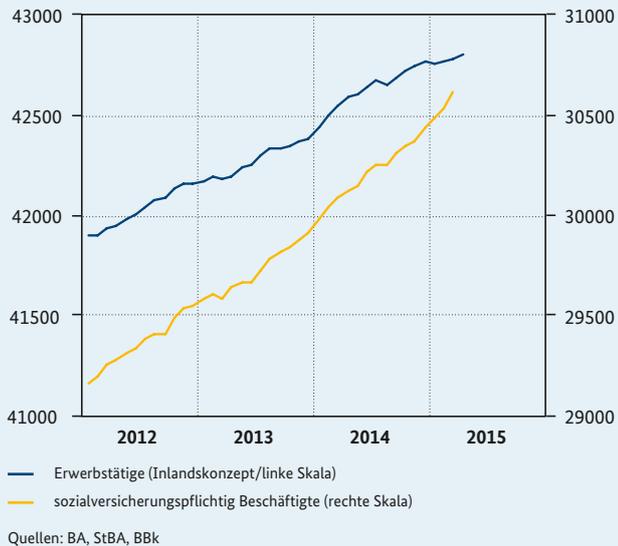
ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Die Zahl der Stellenangebote hat weiter zugenommen. Der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen erhöhte sich im Mai saisonbereinigt um weitere 9.000. Nicht saisonbereinigt war ein Bestand von 557.000 Stellen gemeldet, 75.000 mehr als vor einem Jahr. Ein Teil des Zuwachses ist dabei auf normale Fluktuation bei knapperem Fachkräfteangebot und die zunehmende Bedeutung flexibler Beschäftigungsformen zurückzuführen.

Die Erwerbstätigkeit im Inland stieg mit der Frühjahrsbelegung auf knapp 42,7 Mio. Personen an. Saisonbereinigt setzte sich der Aufwärtstrend im laufenden Jahr mit verhaltener Dynamik fort. Der Zuwachs betrug im April 21.000 Personen, nach durchschnittlich 8.000 Personen im ersten

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (in 1000, saisonbereinigt)



Vierteljahr. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 208.000 Personen (Ursprungszahl). Der Wegfall von Minijobs im Zusammenhang mit der Einführung des Mindestlohns beeinflusst auch die Entwicklung der Erwerbstätigkeit insgesamt, da wohl nicht alle diese Stellen in sozialversicherungspflichtige Stellen umgewandelt wurden.

Im März – jüngere Daten liegen nicht vor – hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung deutlich stärker als die Erwerbstätigkeit zugenommen. Saisonbereinigt stieg sie um weitere 78.000 Beschäftigte. Insgesamt gingen 30,47 Mio. Personen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach (Ursprungszahl), 537.000 mehr als vor einem Jahr. Dabei nehmen die Vorjahresabstände am aktuellen Rand tendenziell ab.

Nahezu alle Branchen verzeichneten gegenüber dem Vorjahr Zuwächse bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Den absolut stärksten Anstieg verbuchten im März die qualifizierten Unternehmensdienstleistungen (+96.000). Die Beschäftigung im Bereich Pflege und Soziales stieg um 68.000.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q4	Q1	März	April	Mai
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,738	2,993	2,932	2,843	2,762
gg. Vorjahr in 1.000	-89	-116	-123	-100	-120
gg. Vorperiode in 1.000*	-39	-47	-14	-9	-5
Arbeitslosenquote	6,3	6,9	6,8	6,5	6,3

Erwerbstätige (Inland)

	Q4	Q1	Feb.	März	April
in Mio.	43,0	42,4	42,4	42,5	42,7
gg. Vorjahr in 1.000	383	275	270	235	208
gg. Vorperiode in 1.000*	75	24	9	12	21

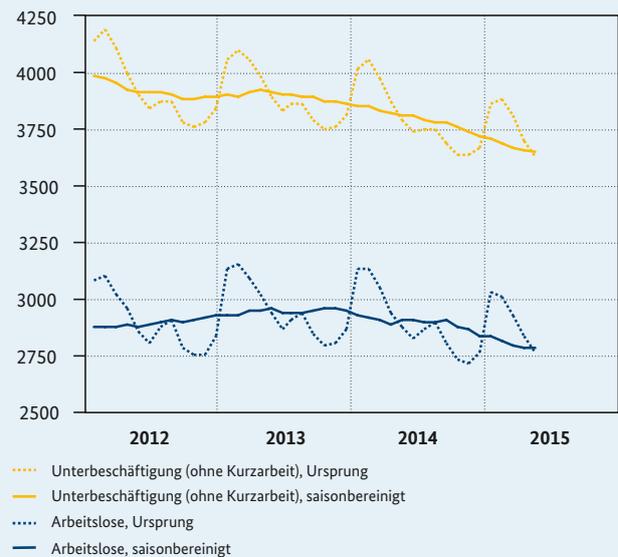
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
in Mio.	30,6	30,3	30,2	30,3	30,5
gg. Vorjahr in 1.000	212	-251	496	491	537
gg. Vorperiode in 1.000*	112	162	39	57	79

Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)



Quellen: BA, IAB, BBk

Die registrierte Arbeitslosigkeit ist im Mai weiter um saisonbereinigt 6.000 Personen gesunken. Nach Ursprungszahlen ging sie etwas stärker als saisonüblich um 81.000 auf 2,762 Mio. Personen zurück. Dies waren 120.000 Personen weniger als vor Jahresfrist. Die Arbeitslosenquote sank leicht auf 6,3% (saisonbereinigt weiterhin 6,4%). Die Zahl der Langzeitarbeitslosen betrug im Mai 1,04 Mio. Personen, 48.000 weniger als vor einem Jahr.

Die saisonbereinigte Erwerbslosenquote (Konzept der ILO) betrug im März wie im Vormonat 4,7%. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: April 2015)



Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, lag im Mai bei 3,63 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Unterbeschäftigung um 165.000 Personen zurück. Gegenüber dem Vormonat nahm sie saisonbereinigt um 3.000 ab; die positive Entwicklung der Vormonate setzte sich somit abgeschwächt fort. In Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik waren im Mai 837.000 Personen eingebunden, 13.000 weniger als vor einem Jahr.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sinken in der Tendenz weiterhin nicht in dem Maße, wie die Beschäftigung zunimmt. Zuwanderung und eine zunehmend gestiegene

Erwerbsneigung können die negativen Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung auf das Erwerbspersonenpotenzial noch überkompensieren. Mit dem voranschreitenden Abbau von Arbeitslosigkeit und stiller Reserve werden die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt schwieriger, was sich u. a. auch in der Zunahme der Zahl der offenen Stellen zeigt. Die Profile der Arbeitslosen entsprechen oft nicht den Anforderungen der Unternehmen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit erfolgt dadurch schleppender.

6. Preise

Der Rohölpreis hält sein Niveau knapp über der 60-US-Dollar-Marke.

Auf allen Wirtschaftsstufen ist ein leicht anziehender Preisauftrieb zu beobachten.

Das ruhige Preisklima in Deutschland hält an, auch wenn sich der Preisauftrieb zuletzt wieder etwas beschleunigt hat. Ausschlaggebend hierfür war der anziehende Rohölpreis von Februar bis April. Zuletzt stabilisierte sich der Rohölpreis allerdings wieder auf nach wie vor niedrigem Niveau. Mitte Juni lag der Barrelnpreis der Sorte Brent mit ca. 62 US-Dollar in etwa auf Vormonatsniveau. Gegenüber dem Vorjahr hat sich sein Wert allerdings nahezu halbiert (-46%).

Rohölpreis der Sorte Brent (je Barrel)



Auf der Importstufe stiegen die Preise im April um 0,6% und damit den dritten Monat in Folge. Vor allem die Preise für importiertes Rohöl erhöhten sich von März auf April spürbar um 9,5%. Im Vorjahresvergleich schwächte sich der Preisrückgang für Importprodukte auf -0,6% weiter ab. Der Tiefpunkt war im Januar mit -4,4% erreicht worden. Stark dämpfend wirkten nach wie vor die auf Jahressicht deutlich gesunkenen Kosten für Rohöl (-28,9%), aber auch Mineralölerzeugnisse (-22,6%) und Erdgas (-13,5%) verbilligten sich merklich. Die Einfuhrpreise ohne Energie lagen dagegen mit +3,4% deutlich über dem Vorjahresniveau.

Die Ausfuhrpreise erhöhten sich im April gegenüber dem Vormonat um 0,3%. Binnen Jahresfrist konnten die deutschen Exporteure, wohl auch aufgrund der Euroabwertung, teilweise merkliche Preisanhebungen durchsetzen. Insgesamt erhöhten sie die Preise für Exportwaren im Vergleich zum Vorjahr um 1,6%, was dem stärksten Anstieg seit Oktober 2012 entsprach. Insbesondere Investitionsgüter verteuerten sich. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) lag im April um 2,2% über dem Vorjahreswert.

Die industriellen Erzeugerpreise nahmen von März auf April geringfügig um 0,1% zu. Bei fast stabilen Energiepreisen (-0,1%) stiegen die Preise bei Vorleistungsgütern (+0,3%) moderat. Die Preise für Mineralölerzeugnisse nahmen im April den dritten Monat in Folge wieder zu (+2,4% gegenüber März). Auf Jahressicht reduzierten sich die Preise für Industrieprodukte um 1,5%. Während die Energiepreise deutlich (-4,4%) und die Preise für Vorleistungs- und Konsumgüter etwas weniger stark nachgaben (-0,7% bzw. -1,1%), verteuerten sich Investitionsgüter etwas (+0,8%).

Die Verbraucherpreise haben sich von April auf Mai leicht um 0,1% erhöht. Während sich insbesondere die Preise für Kraftstoffe und Heizöl verteuerten, gab es bei Bekleidung und Schuhen im Mai Preisnachlässe. Die Nahrungsmittelpreise veränderten sich im Vergleich zum Vormonat dagegen nicht. Die jährliche Teuerungsrate lag im Mai mit 0,7% um 0,2 Prozentpunkte über der Jahresrate des Vormonats und erreichte den höchsten Wert in diesem Jahr. Der Rückgang der Energiepreise im Vorjahresvergleich (-5,0%) wirkte wie in den Vormonaten dämpfend, wenn auch mit abnehmender Tendenz. Die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) erhöhte sich im Mai auf +1,4%.

Preisentwicklung
(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	April	Mai	April	Mai
Insgesamt	0,0	0,1	0,5	0,7
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	-0,2	0,0	1,3	1,4
Nahrungsmittel	0,9	0,0	1,1	1,4
Bekleidung und Schuhe	0,5	-2,0	0,9	0,2
Energie	0,5	1,0	-5,9	-5,0
Haushaltsenergie	-0,3	0,3	-4,7	-4,3
Strom	-0,2	-0,1	-0,7	-0,9
Gas	-0,2	-0,1	-1,3	-1,4
Heizöl	-0,5	3,7	-20,1	-16,7
Kraftstoffe	2,3	2,3	-8,1	-6,3
Dienstleistungen	-0,4	0,1	1,2	1,5
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,3	0,2	-	-

Quellen: StBA, BbK

Auch im weiteren Verlauf des Jahres dürften sich die Preise in Deutschland gemäßigt entwickeln. Die Bundesregierung rechnet in ihrer aktuellen Projektion für das Jahr 2015 mit einem Anstieg des Verbraucherpreisindex von 0,5%, der sich im Jahr 2016 mit anziehender Konjunktur und Erholung des Ölpreises auf 1,4% verstärkt.

7. Monetäre Entwicklung

Die Renditen europäischer Staatsanleihen steigen weiter an.

Die europäischen Aktienmärkte kühlen sich auf hohem Niveau leicht ab.

Die Europäische Zentralbank (EZB) belässt ihre Leitzinsen weiterhin unverändert und setzt ihre expansive Geldpolitik fort. Seit September 2014 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,05 %. Die Einlagenfazilität liegt mit -0,20 % im negativen Bereich. Zudem führt die EZB geldpolitische Sondermaßnahmen im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Expanded Asset Purchase Programme, EAPP) durch, um den Markt zusätzlich mit Liquidität zu versorgen. Das Ankaufprogramm soll bis mindestens September 2016 fortgesetzt werden und monatlich einen Umfang von rund 60 Mrd. Euro haben. Für den Monat Mai betrug das Volumen der angekauften Wertpapiere insgesamt 63,1 Mrd. Euro. Bis zum 5. Juni belief sich der Bestand an Vermögenswerten, die im Rahmen der verschiedenen EAPP-Teilprogramme in die Zentralbankbilanz übernommen wurden, auf 254,4 Mrd. Euro. Die EZB hat dadurch ihre Bilanz seit vergangendem Dezember von 2,03 auf 2,43 Billionen Euro ausgeweitet.

EZB Bilanzsumme
(in Billionen Euro)



Quellen: EZB, Macrobond

Die amerikanische Geldpolitik bleibt ebenfalls expansiv ausgerichtet. Seit Ende 2008 hält die US-Notenbank den Leitzins auf einem Rekordtief von 0,00 bis 0,25 %. Zwar zeichnet sich bereits seit einiger Zeit eine allmähliche Normalisierung der Geldpolitik ab; Zeitpunkt und Ausmaß von Leitzinserhöhungen sind aber noch unklar. Die Mitglieder des Offenmarktausschusses gaben an, dass sie einen Zinsanstieg weiterhin für angemessen hielten, sobald eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und eine mittelfristige Annäherung der Inflationsrate an das Ziel von 2 % zu erwarten sei. Der IWF sprach Anfang Juni die Empfehlung aus, mit einer Anhebung des Leitzinses noch bis ins Jahr 2016 zu warten.

Geldmarktsätze in der Eurozone

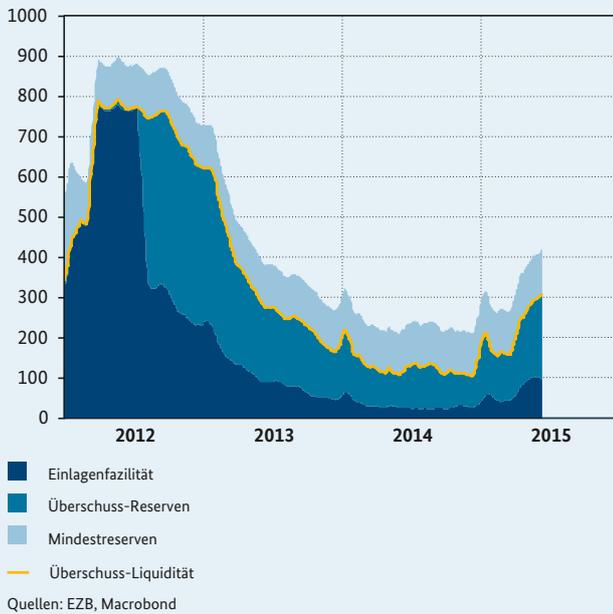
(in %)



Quelle: Macrobond

Der allmähliche Erholungsprozess am europäischen Interbankenmarkt stockte im Mai. Die Kreditvergabe zwischen den Geldinstituten sank auf den tiefsten Wert seit August 2013. Auch der Risikoaufschlag für unbesicherte Interbankkredite zog zuletzt wieder leicht an. Die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität, die sich seit Mitte 2012 deutlich rückläufig entwickelt hatte, stieg seit vergangendem November von 107 Mrd. Euro auf 295 Mrd. Euro im Mai.

Liquidität im Eurobankensystem (in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



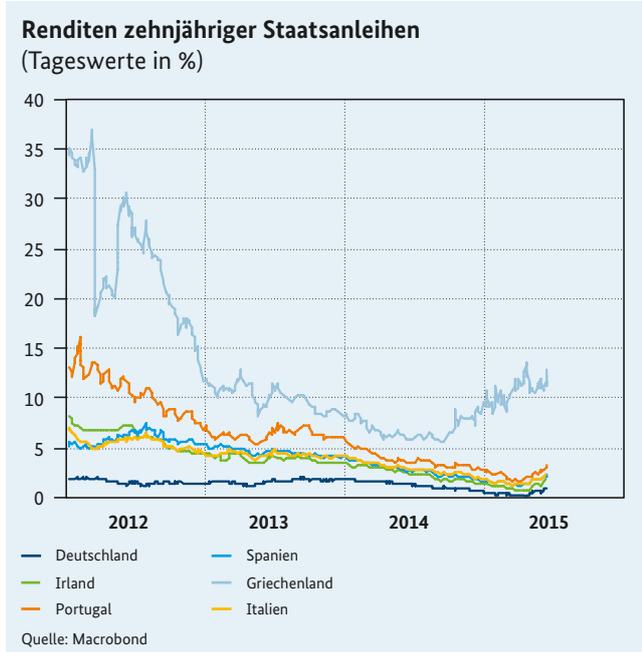
Aktienindizes (Preisindizes in Landeswährung, 2011 = 100)



Die europäischen Aktienmärkte haben sich zuletzt nach der recht dynamischen Entwicklung der letzten Monate auf hohem Niveau spürbar abgekühlt. Der europäische STOXX 600 ging im Berichtszeitraum⁴ um 3,4%, der EURO STOXX 50 für den Euroraum etwas stärker um 4,0% zurück. Der deutsche DAX 30 gab 5,0% nach. Auch der US-amerikanische S&P 500 nahm um 1,5% ab. Demgegenüber nahm der japanische Nikkei-Index um 4,5% zu.

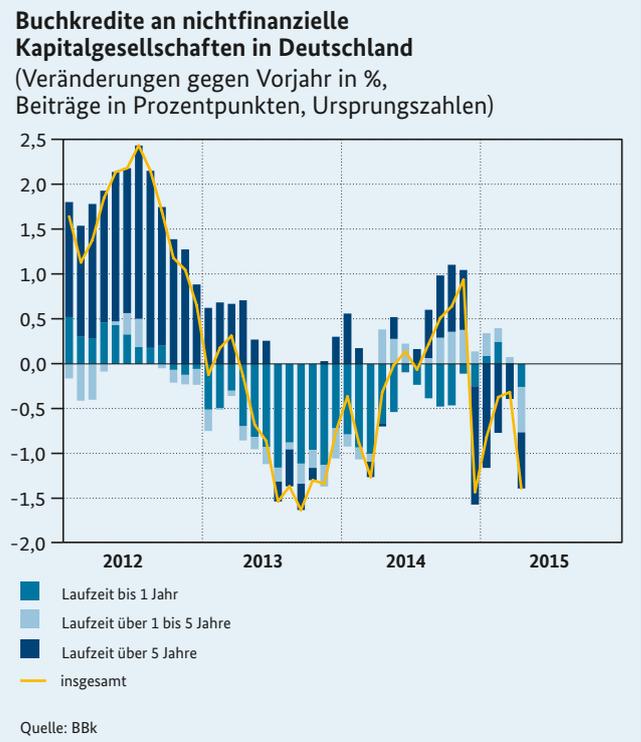
Der Euro konnte sich nach den Tiefständen im März und April etwas erholen. Mitte Juni lag er im Vergleich zur US-Währung bei 1,13 US-Dollar. Im Frühjahr 2014 hatte der Wert noch knapp 1,40 US-Dollar betragen. Gegenüber dem japanischen Yen legte der Euro im Berichtsmonat um 2,4% zu.

Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen stiegen seit Ende April für viele Staaten des Euroraums von einem sehr niedrigen Niveau aus spürbar an. Die Zinsen für zehnjähriges Bundesanleihen in Deutschland hatten in der zweiten Aprilhälfte ein Rekordtief von 0,07% erreicht. Zuletzt lag die Rendite wieder um 0,8%. Die Renditen griechischer Staatsanleihen hatten sich etwas verringert, stiegen jedoch zum Ende des Berichtszeitraums aufgrund des wieder deutlich höher eingeschätzten Ausfallrisikos erneut auf über 12,0%. Dies ist ein Vielfaches dessen, was andere Staaten wie Portugal (3,3%), Spanien (2,4%) oder Italien (2,3%) zuletzt für die Aufnahme von Staatsschulden am Markt leisten mussten.



Der Umfang der in Deutschland an nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite lag im April 1,4% unter dem Niveau des Vorjahres. Vor allem mittelfristige Kredite mit einer Laufzeit über einem Jahr bis fünf Jahre haben sich auf Jahresfrist rückläufig entwickelt. Die Kreditvergabe an private Haushalte legte dagegen gegenüber dem Vorjahr um 1,8% zu. Wichtigste Triebfeder blieb die steigende Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,1%), die durch das sehr niedrige Zinsniveau begünstigt wurde.

Das Wachstum der Geldmenge M3 im Euroraum hat sich weiter beschleunigt. Die Jahresrate stieg von +4,6% im März auf +5,3% im April. Damit setzte sich das seit April 2014 anhaltende kontinuierliche Geldmengenwachstum weiter fort. Der Anstieg geht vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist um 10,5% gestiegen ist. Dies spiegelt neben der Liquiditätspräferenz und den geringen Kosten für Geldhaltung auch die konjunkturelle Erholung des Euroraums wider. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7% betragen.



III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

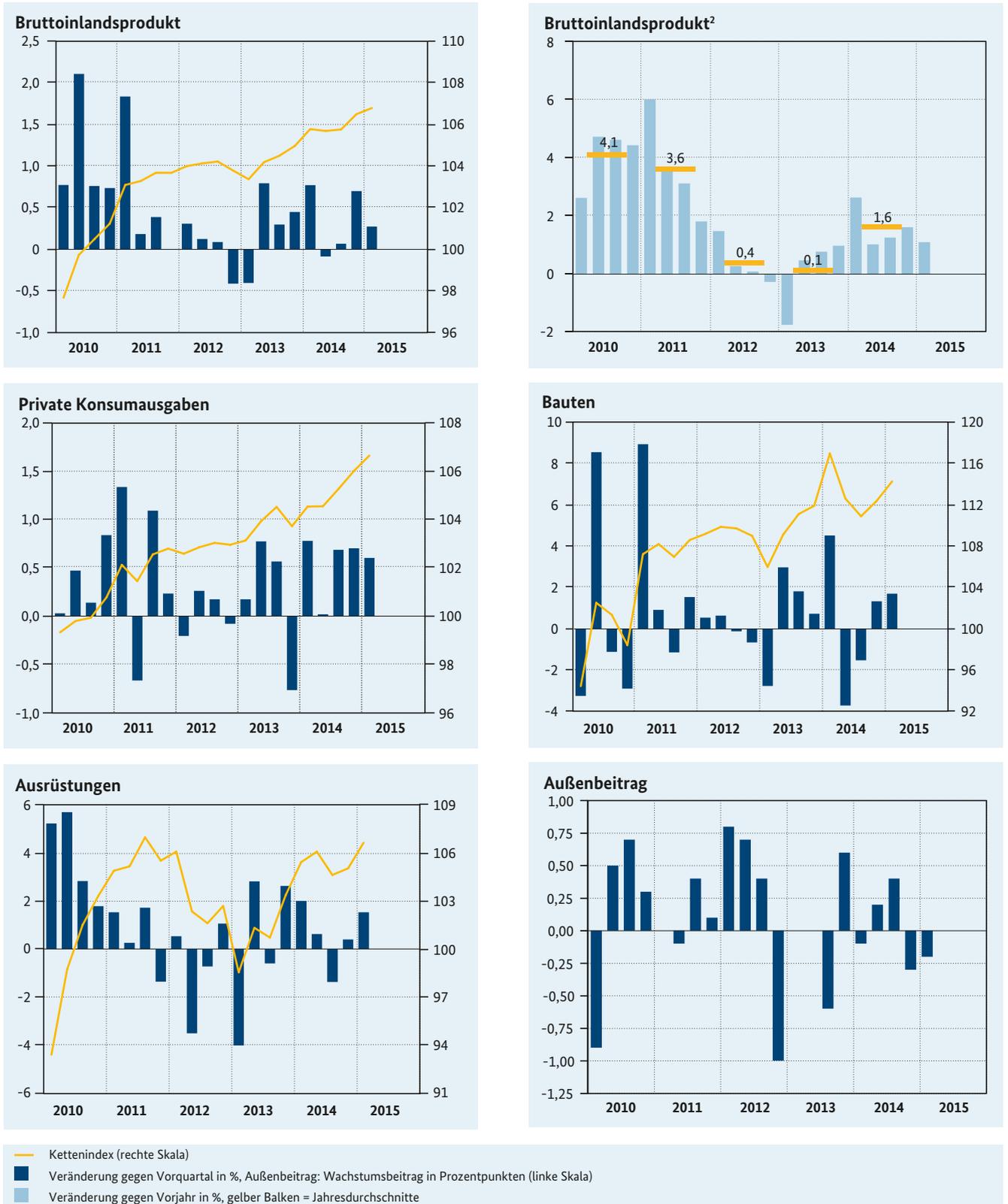
1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2012		2013		2014				2015		
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,3
Inländische Verwendung	- 0,3	+ 0,6	- 0,5	+ 0,8	+ 0,9	- 0,1	+ 0,9	- 0,3	- 0,3	+ 1,1	+ 0,5
Private Konsumausgaben ³	+ 0,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,6	- 0,8	+ 0,8	0,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6
Konsumausgaben des Staates	- 0,1	+ 0,4	0,0	0,0	+ 0,6	- 0,1	0,0	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,7
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,2	0,0	- 2,6	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 3,0	- 1,7	- 1,2	+ 0,8	+ 1,5
Ausrüstungen	- 0,7	+ 1,1	- 4,0	+ 2,8	- 0,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,6	- 1,4	+ 0,4	+ 1,5
Bauten	- 0,1	- 0,7	- 2,8	+ 3,0	+ 1,8	+ 0,7	+ 4,5	- 3,7	- 1,5	+ 1,3	+ 1,7
Sonstige Anlagen	+ 0,8	- 0,3	+ 0,7	0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7
Exporte	+ 0,7	- 2,0	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,8	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,8
Importe	0,0	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,5
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	- 0,3	+ 0,6	- 0,4	+ 0,8	+ 0,9	- 0,1	+ 0,8	- 0,2	- 0,3	+ 1,0	+ 0,5
Private Konsumausgaben ³	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	- 0,4	+ 0,4	0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
Konsumausgaben des Staates	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	0,0	- 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	- 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Ausrüstungen	- 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,1	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,1
Bauten	0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	- 0,3	+ 0,5	0,0	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,5	+ 0,4	- 0,3
Außenbeitrag	+ 0,4	- 1,0	0,0	0,0	- 0,6	+ 0,6	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	- 0,3	- 0,2
Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %⁶											
							2014				2015
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 5,6	+ 4,1	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,6	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,1
Inländische Verwendung	- 3,2	+ 3,0	+ 3,0	- 0,9	+ 0,7	+ 1,3	+ 2,7	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,1
Private Konsumausgaben ³	0,0	+ 0,6	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,4
Konsumausgaben des Staates	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,4
Bruttoanlageinvestitionen	- 9,9	+ 5,1	+ 7,3	- 0,7	- 0,6	+ 3,3	+ 9,1	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,5	- 0,2
Ausrüstungen	-21,8	+ 9,9	+ 6,1	- 3,0	- 2,4	+ 4,3	+ 7,9	+ 3,6	+ 4,1	+ 2,4	+ 1,5
Bauten	- 3,4	+ 3,2	+ 8,4	+ 0,6	- 0,1	+ 3,4	+13,2	+ 1,5	- 0,1	+ 1,0	- 1,9
Sonstige Anlagen	+ 0,8	+ 1,1	+ 6,8	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Exporte	-14,3	+14,5	+ 8,0	+ 2,8	+ 1,6	+ 3,8	+ 4,0	+ 2,4	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,3
Importe	- 9,6	+12,9	+ 7,2	0,0	+ 3,1	+ 3,5	+ 4,5	+ 3,0	+ 2,4	+ 4,0	+ 5,0

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2012		2013			2014				2015	
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 0,1	- 0,7	0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9	- 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,1	- 2,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,1	- 0,6	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,2
Baugewerbe	- 0,7	- 1,7	- 0,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 4,0	- 3,2	- 1,6	0,0	+ 1,8
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,4	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,5	- 0,9	+ 0,1	+ 0,5	+ 2,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	+ 1,1	- 1,1	- 0,9	- 2,1	+ 1,5	- 0,4	+ 1,0	- 0,2	+ 0,7	- 0,6	+ 0,4
Unternehmensdienstleister	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,4
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,2	+ 0,2	- 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4

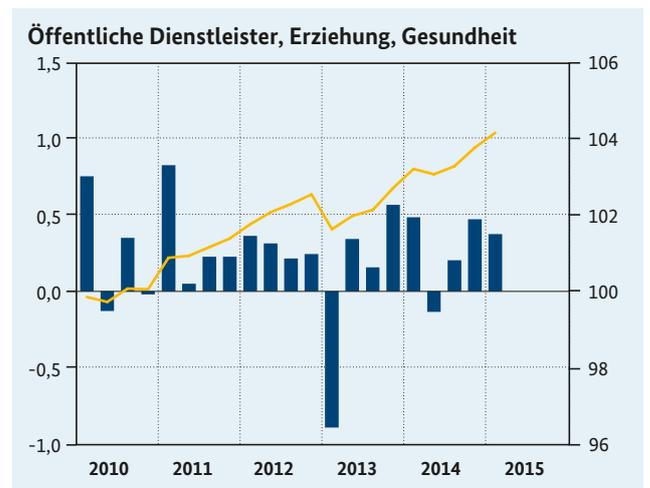
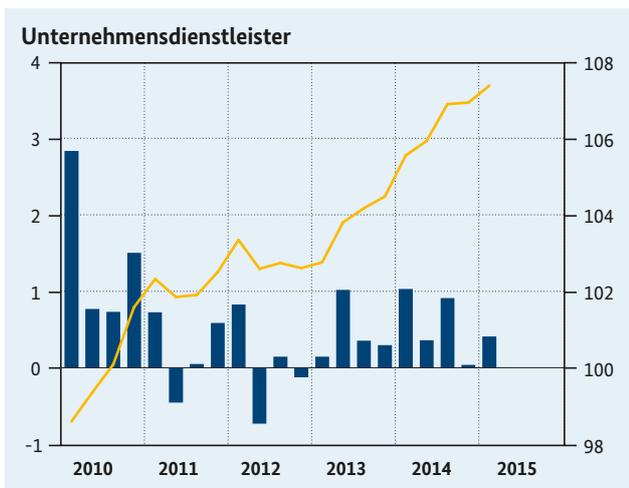
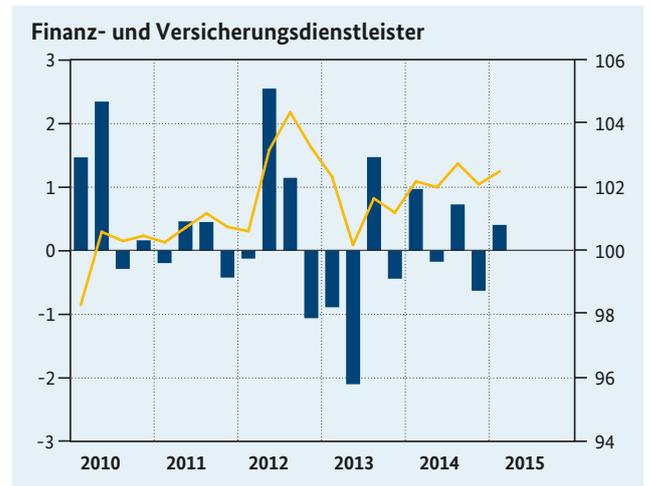
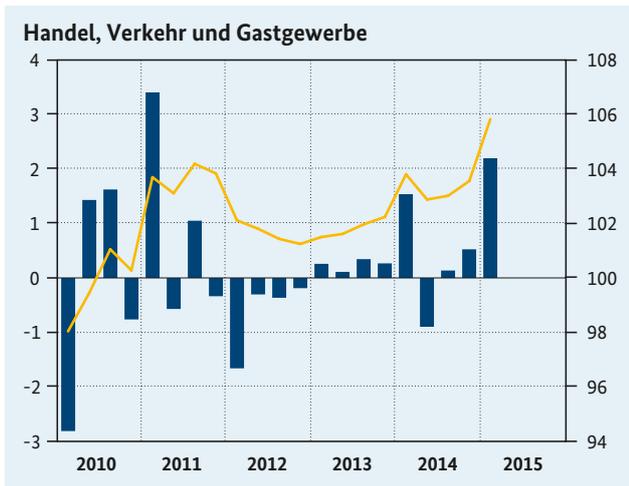
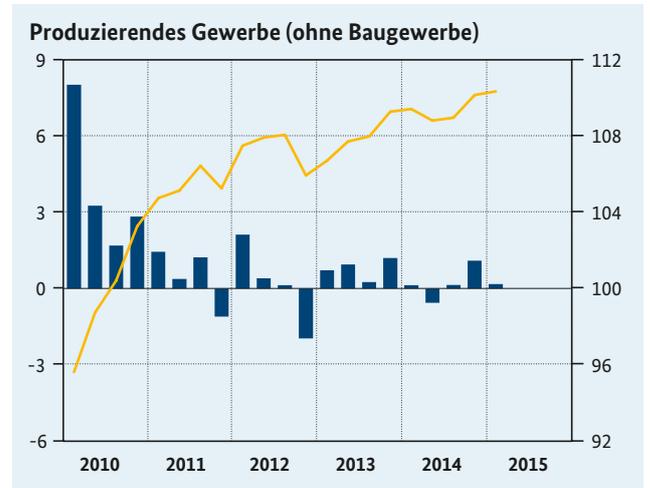
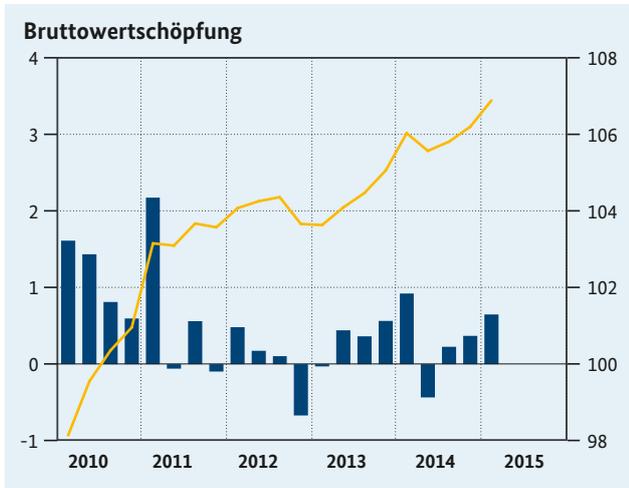
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³										
	2014						2015				
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,9
Inländische Verwendung	+ 0,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,7
Private Konsumausgaben	- 0,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,3
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	-
Arbeitsvolumen ⁴	- 3,1	+ 1,6	+ 1,6	- 0,3	- 0,3	+ 1,5	+ 2,5	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,7	+ 0,5
Arbeitsproduktivität ⁵	- 5,7	+ 3,8	+ 2,2	- 0,7	- 0,5	+ 0,8	+ 1,9	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 0,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,4
Lohnstückkosten ⁷	+ 6,3	- 1,2	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,0	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,9
verfügbares Einkommen ⁸	- 1,2	+ 2,7	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,9	+ 3,3	+ 3,1
Terms of Trade	+ 4,6	- 2,3	- 2,4	- 0,5	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 2,9

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2015	2016
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	06/2015	+ 1,9	+ 1,7
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	06/2015	+ 1,8	+ 1,7
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	06/2015	+ 1,8	+ 2,4
EU	Europäische Kommission	05/2015	+ 1,9	+ 2,0
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2015	+ 1,8	+ 1,8
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2015	+ 2,1	+ 1,8
IWF	Internationaler Währungsfonds	04/2015	(+ 1,6) ^a	(+ 1,7) ^a
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	03/2015	+ 2,2	+ 1,9
IfW	Institut für Weltwirtschaft	03/2015	+ 1,8	+ 2,0
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	03/2015	+ 2,1	+ 1,9
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2014	+ 1,5	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

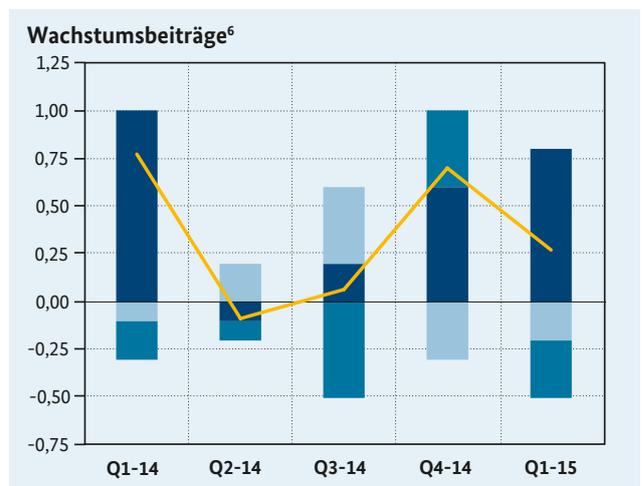
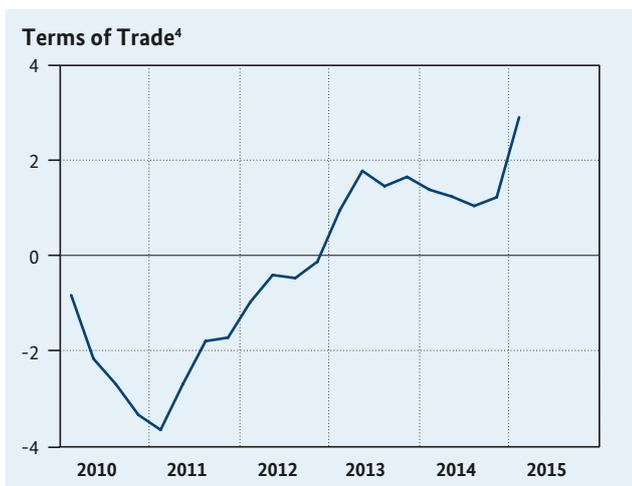
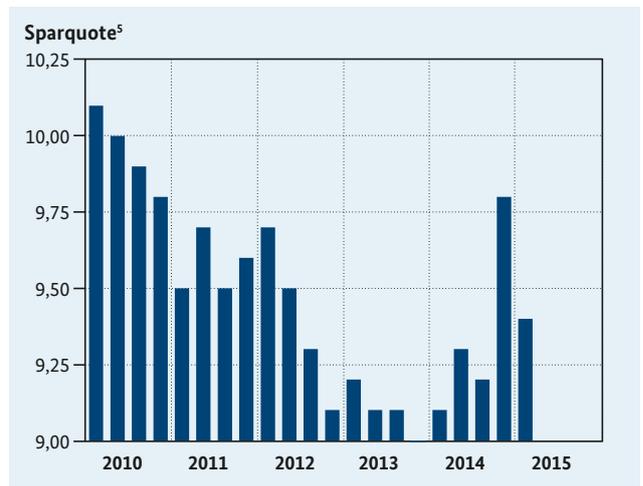
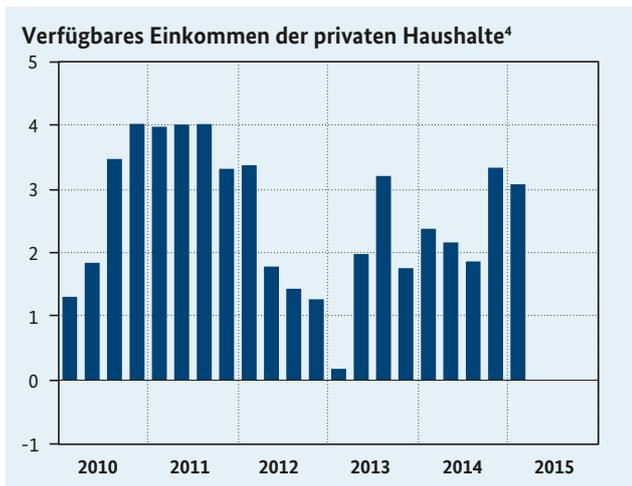
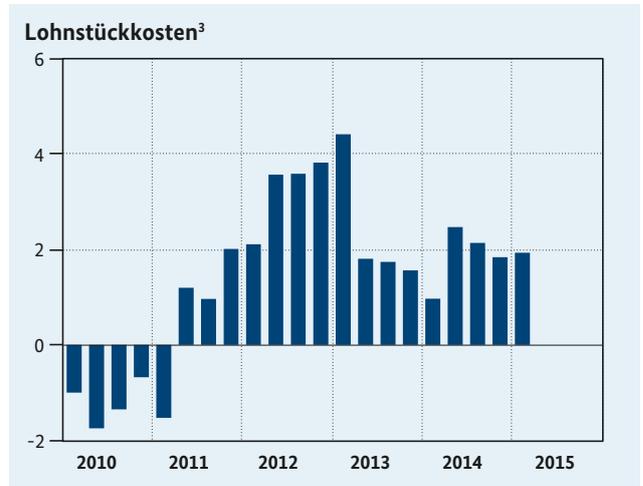
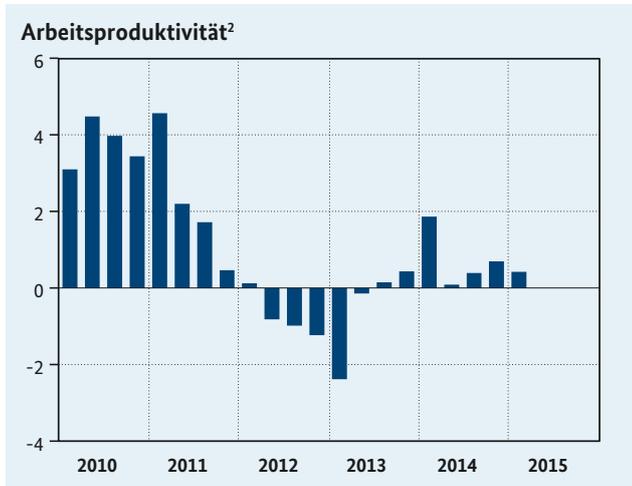


— Kettenindex (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2012			2013			2014			2015		
	2011	2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,3
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,6	- 0,9	- 0,4	+ 0,8	- 0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,7	- 0,5	+ 0,1	+ 1,3	- 0,2	0,0	- 0,3	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Japan	- 0,5	+ 1,7	+ 1,6	- 0,1	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,5	- 0,2	+ 1,1	- 1,7	- 0,5	+ 0,3	+ 1,0
USA	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,4	+ 0,4	+ 0,6	0,0	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,9	- 0,5	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,5	- 0,2
China	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,3

Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+ 6,1	+ 6,9	+ 6,6	+ 7,8	+ 7,0	+ 7,4	+ 6,7	+ 6,4	+ 6,5	+ 6,0	+ 7,7	+ 7,5	+ 7,1	+ 8,4	+ 8,2	+ 8,6
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,1	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,6	+ 3,0
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2
Japan	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,7
USA	- 2,9	- 2,8	- 2,3	- 2,3	- 3,0	- 2,8	- 2,6	- 2,6	- 2,6	- 2,4	- 2,0	- 2,4	- 2,2	- 2,2	- 2,6	-
China	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,6

				2014								2015				
	2012	2013	2014	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	5,4	5,2	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	4,9	4,8	4,8	4,8	4,7	4,7	-
Eurozone (EZ 19) ²	11,3	12,0	11,6	11,7	11,6	11,6	11,5	11,5	11,5	11,5	11,4	11,3	11,2	11,2	11,1	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,5	10,9	10,2	10,3	10,2	10,2	10,1	10,1	10,0	10,0	9,9	9,8	9,8	9,7	9,7	-
Japan	4,3	4,0	3,6	3,6	3,7	3,7	3,5	3,6	3,5	3,5	3,4	3,6	3,5	3,4	3,3	-
USA	8,1	7,4	6,2	6,3	6,1	6,2	6,1	5,9	5,7	5,8	5,6	5,7	5,5	5,5	5,4	5,5
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	-	-

Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Deutschland	+ 2,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	- 0,5	0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7
Eurozone (EZ 19) ²	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	- 0,2	- 0,6	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3
Europäische Union (EU 28) ³	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	- 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,1	0,0	-
Japan	0,0	+ 0,4	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 0,6	-
USA	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 0,8	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	-
China	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

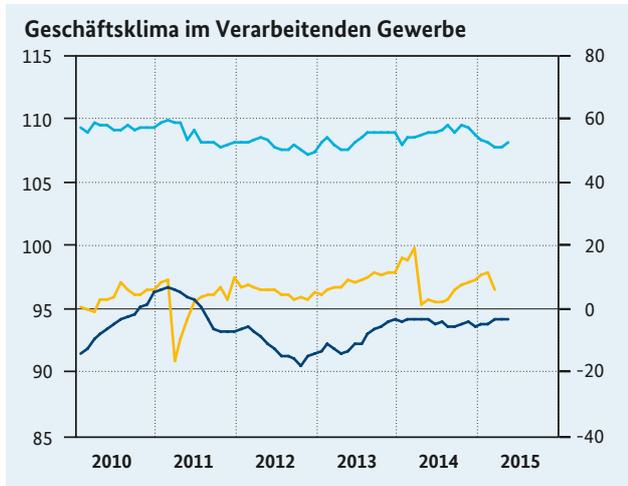
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2014		2015		2015					
	2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Welt													
OECD & major six CLI ¹	99,8	100,0	100,0	99,9	99,8	99,6	-	99,7	99,6	99,5	99,4	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	119,4	122,2	126,4	126,6	127,9	128,2	-	128,1	128,3	128,3	-	-	-
CPB Welthandel ²	128,3	131,8	136,2	137,3	139,0	136,9	-	137,6	136,7	136,5	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4938	4837	4642	4759	3936	3047	-	2990	3184	2967	3295	3230	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	-11,6	-9,1	-3,9	-4,6	-4,5	-4,0	-	-4,5	-4,6	-2,9	-3,2	-3,0	-
Industrieproduktion ⁴	102,0	101,3	103,1	102,8	103,4	104,2	-	103,5	104,6	104,4	104,7	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,0	3,0	2,0	1,8	1,5	1,0	-	1,1	1,1	0,9	0,9	1,3	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-22,1	-18,6	-10,0	-9,9	-11,2	-6,3	-	-8,5	-6,7	-3,7	-4,6	-5,5	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	51,7	53,8	55,7	56,9	56,9	52,6	-	53,5	52,9	51,5	51,5	52,8	-
Industrieproduktion ⁷	97,1	99,9	104,1	104,7	105,9	105,8	-	105,9	105,8	105,8	105,3	105,1	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,8	2,3	2,5	2,5	2,3	2,0	-	1,9	2,0	2,0	1,9	2,2	-
Konsumentenvertrauen ⁸	67,1	73,2	86,9	90,9	92,7	101,3	-	103,8	98,8	101,4	94,3	95,4	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	96,4	97,3	97,0	96,1	97,1	97,4	-	97,7	97,9	96,6	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,6	97,0	99,1	97,4	98,2	99,8	-	102,2	99,0	98,2	99,3	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,8	0,7	0,5	0,5	0,4	0,3	0,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,5
Konsumentenvertrauen ¹¹	40,0	43,6	39,3	40,5	38,9	40,7	-	39,5	40,9	41,7	41,5	41,4	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,8	50,8	50,7	51,3	50,4	49,9	-	49,8	49,9	50,1	50,1	50,2	-
Industrieproduktion ¹³	+10,8	+9,7	+8,3	+8,0	+7,6	+6,2	-	-	+6,8	+5,6	+5,9	+6,1	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,5	3,9	4,2	4,2	3,7	3,5	-	3,5	3,4	3,6	3,4	3,6	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	102,4	101,2	104,4	104,5	104,9	107,5	-	105,7	109,8	107,1	107,6	-	-

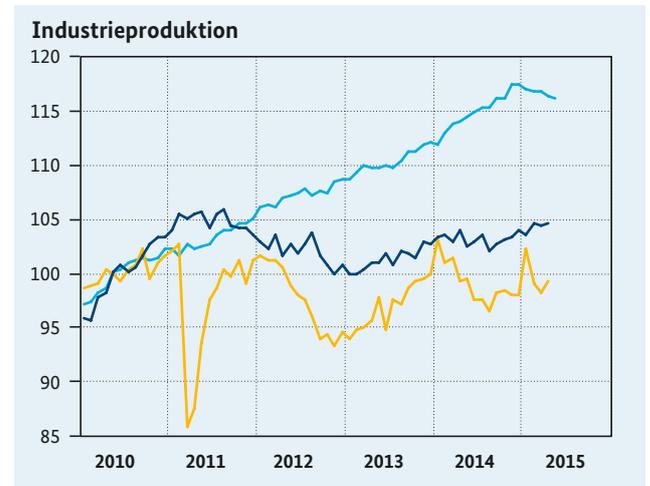
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

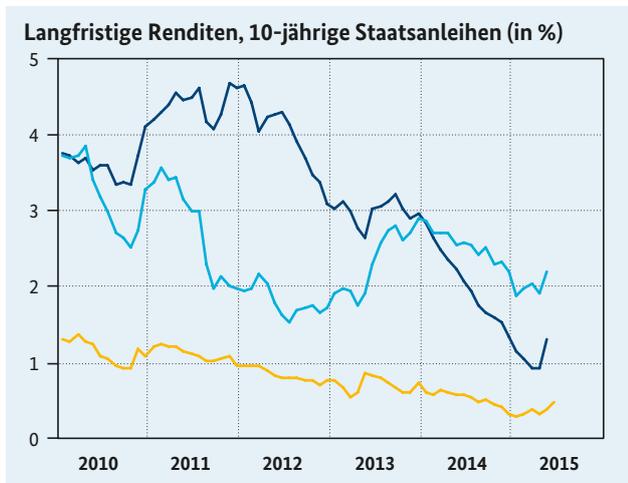
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



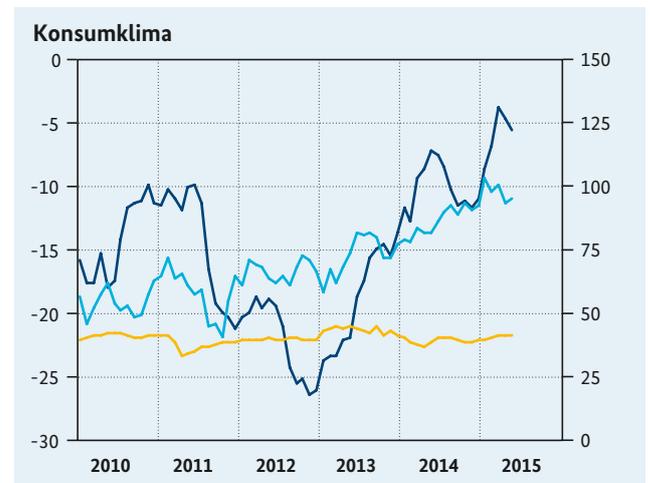
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

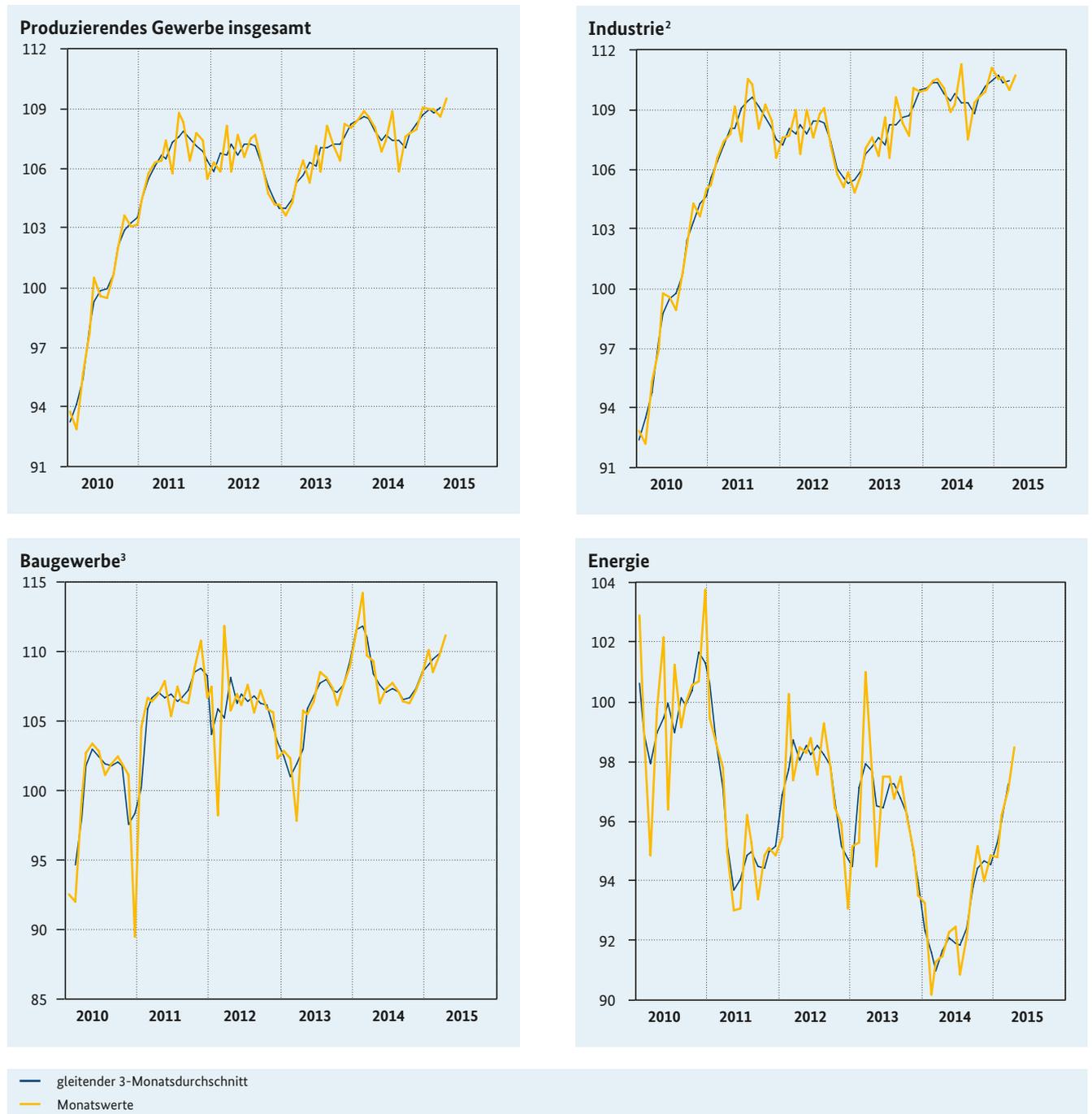
Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015			2014		2015				
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,3	106,4	108,0	107,5	107,5	108,3	108,9	108,0	109,1	109,0	109,0	108,6	109,6
	gg. Vp. in %	-0,4	0,1	1,5	-1,1	0,0	0,7	0,6	0,2	1,0	-0,1	0,0	-0,4	0,9
	gg. Vj. in %	-0,5	0,2	1,4	1,0	0,6	0,5	0,2	-0,3	0,8	0,5	0,2	0,1	1,4
Industrie²	Index	107,5	107,8	109,9	109,4	109,4	110,2	110,4	109,9	111,1	110,6	110,7	110,0	110,8
	gg. Vp. in %	-0,6	0,3	1,9	-0,9	0,0	0,7	0,2	0,2	1,1	-0,5	0,1	-0,6	0,7
	gg. Vj. in %	-0,6	0,3	1,9	1,6	1,3	0,8	0,0	-0,3	1,1	0,6	0,3	-0,7	0,6
Vorleistungsgüter	Index	104,6	104,4	106,3	106,0	105,6	106,3	107,0	105,8	107,5	107,3	107,4	106,3	107,0
	gg. Vp. in %	-2,2	-0,2	1,8	-1,1	-0,4	0,7	0,7	0,1	1,6	-0,2	0,1	-1,0	0,7
	gg. Vj. in %	-2,2	-0,2	1,8	1,8	1,1	0,0	-0,1	-0,5	0,7	0,6	-0,2	-0,7	-0,3
Investitionsgüter	Index	113,4	113,9	116,6	115,9	116,3	117,3	117,3	117,2	118,0	117,4	117,8	116,6	118,4
	gg. Vp. in %	1,4	0,4	2,4	-0,7	0,3	0,9	0,0	0,4	0,7	-0,5	0,3	-1,0	1,5
	gg. Vj. in %	1,3	0,6	2,3	1,5	1,7	1,5	0,4	0,0	1,5	0,8	1,2	-0,9	2,3
Konsumgüter	Index	99,9	100,6	101,9	101,8	101,5	102,2	101,9	101,6	103,0	101,8	101,5	102,4	101,5
	gg. Vp. in %	-1,9	0,7	1,3	-0,4	-0,3	0,7	-0,3	-0,5	1,4	-1,2	-0,3	0,9	-0,9
	gg. Vj. in %	-1,9	0,7	1,3	1,7	0,9	0,5	-0,4	-0,4	0,6	-0,2	-0,7	-0,3	-1,5
Baugewerbe	Index	105,9	105,6	108,5	107,7	107,1	107,3	109,5	107,3	108,4	110,2	108,6	109,8	111,2
	gg. Vp. in %	-1,1	-0,3	2,7	-3,7	-0,6	0,2	2,1	0,9	1,0	1,7	-1,5	1,1	1,3
	gg. Vj. in %	-1,0	-0,3	2,7	1,7	-0,9	-0,3	-2,2	-0,4	-0,7	-1,5	-6,4	1,0	1,7
Bauhauptgewerbe ³	Index	111,5	113,8	119,8	117,7	118,2	119,7	121,2	119,7	120,9	122,4	119,2	121,9	121,1
	gg. Vp. in %	-1,2	2,1	5,3	-4,7	0,4	1,3	1,3	0,9	1,0	1,2	-2,6	2,3	-0,7
	gg. Vj. in %	-1,2	2,1	5,3	1,4	0,0	1,8	-1,6	1,5	1,2	-0,6	-8,2	2,7	2,0
Ausbaugewerbe	Index	100,9	98,3	98,2	98,6	97,0	96,1	99,0	96,1	97,1	99,1	98,9	98,9	102,2
	gg. Vp. in %	-1,0	-2,6	-0,1	-2,6	-1,6	-0,9	3,0	0,9	1,0	2,1	-0,2	0,0	3,3
	gg. Vj. in %	-1,0	-2,6	0,0	1,9	-1,8	-2,3	-2,5	-2,4	-1,9	-2,6	-4,5	-1,0	1,3
Energie⁴	Index	97,4	96,5	92,7	92,1	92,4	94,7	96,0	94,0	94,9	94,8	96,2	97,1	98,5
	gg. Vp. in %	1,9	-0,9	-3,9	0,5	0,3	2,5	1,4	-1,3	1,0	-0,1	1,5	0,9	1,4
	gg. Vj. in %	1,8	-0,9	-3,8	-4,7	-4,9	-0,1	4,3	-1,0	1,3	1,3	6,6	5,5	7,8
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	105,9	105,8	108,6	108,0	108,0	109,4	110,1	108,9	110,1	110,5	110,1	109,7	111,1
	gg. Vp. in %	-0,6	-0,1	2,6	-0,9	0,0	1,3	0,6	-0,2	1,1	0,4	-0,4	-0,4	1,3
	gg. Vj. in %	-0,7	0,0	2,6	2,4	2,0	1,7	1,0	0,5	2,1	0,8	1,4	0,9	2,4
Inland	Index	104,8	103,2	104,5	104,5	103,8	104,3	105,1	103,9	105,1	105,7	104,7	104,8	104,7
	gg. Vp. in %	-1,6	-1,5	1,3	-0,9	-0,7	0,5	0,8	0,1	1,2	0,6	-0,9	0,1	-0,1
	gg. Vj. in %	-1,6	-1,5	1,3	1,9	0,0	0,1	-0,5	-1,2	1,2	0,0	-0,4	-0,9	-1,1
darunter: Investitionsgüter	Index	109,5	107,6	111,0	110,1	110,5	112,2	113,0	112,9	112,5	114,7	112,7	111,7	112,3
	gg. Vp. in %	0,6	-1,7	3,2	-0,8	0,4	1,5	0,7	1,5	-0,4	2,0	-1,7	-0,9	0,5
	gg. Vj. in %	0,6	-1,6	3,2	3,3	2,2	2,9	1,6	1,8	3,2	4,1	2,0	-0,5	1,5
Ausland	Index	107,0	108,4	113,0	111,7	112,6	114,8	115,5	114,3	115,4	115,7	115,9	114,9	118,0
	gg. Vp. in %	0,4	1,3	4,2	-1,0	0,8	2,0	0,6	-0,3	1,0	0,3	0,2	-0,9	2,7
	gg. Vj. in %	0,4	1,4	4,1	2,7	4,0	3,5	2,4	2,3	3,0	1,7	3,0	2,6	6,0
darunter: Eurozone	Index	98,9	97,1	102,0	101,3	102,1	103,7	105,4	101,6	105,9	105,2	106,1	105,0	107,1
	gg. Vp. in %	-5,4	-1,8	5,0	0,4	0,8	1,6	1,6	-1,9	4,2	-0,7	0,9	-1,0	2,0
	gg. Vj. in %	-5,5	-1,7	5,0	5,3	5,5	4,2	4,3	1,4	4,6	4,5	4,7	3,8	4,8
		2012		2013		2014		2015						
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	84,2	82,8	81,9	82,4	81,8	82,9	83,7	84,0	84,0	83,8	84,1	84,5	84,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015				2014		2015			
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	103,2	106,0	109,1	107,7	109,1	110,6	109,0	108,6	112,2	109,3	108,2	109,4	110,9
	gg. Vp. in %	-3,8	2,7	2,9	-1,0	1,3	1,4	-1,4	-2,3	3,3	-2,6	-1,0	1,1	1,4
	gg. Vj. in %	-3,7	2,8	2,8	2,3	2,2	2,1	0,2	-0,5	4,1	-0,3	-1,3	1,9	0,4
Inland	Index	100,8	101,8	103,5	103,3	101,9	104,0	105,0	101,3	105,1	103,4	103,5	108,0	103,9
	gg. Vp. in %	-5,7	1,0	1,7	-1,2	-1,4	2,1	1,0	-4,1	3,8	-1,6	0,1	4,3	-3,8
	gg. Vj. in %	-5,6	1,0	1,6	3,3	-1,3	1,0	0,6	-3,5	3,8	-1,1	-1,1	3,5	-1,4
Ausland	Index	105,1	109,5	113,7	111,3	115,1	116,0	112,2	114,6	118,0	114,1	112,1	110,5	116,6
	gg. Vp. in %	-2,3	4,2	3,8	-0,9	3,4	0,8	-3,3	-0,8	3,0	-3,3	-1,8	-1,4	5,5
	gg. Vj. in %	-2,3	4,3	3,7	1,5	4,9	2,8	-0,2	1,7	4,2	0,4	-1,5	0,7	1,9
Eurozone	Index	95,6	98,9	101,7	99,7	102,7	104,9	100,6	105,2	106,7	101,1	98,9	101,7	108,6
	gg. Vp. in %	-10,3	3,5	2,8	0,3	3,0	2,1	-4,1	2,4	1,4	-5,2	-2,2	2,8	6,8
	gg. Vj. in %	-10,4	3,8	2,6	0,7	4,6	1,9	1,1	4,2	0,6	1,6	-5,2	7,3	5,9
Nicht-Eurozone	Index	111,7	116,8	122,1	119,4	123,7	123,9	120,4	121,2	125,9	123,1	121,4	116,7	122,2
	gg. Vp. in %	3,1	4,6	4,5	-1,6	3,6	0,2	-2,8	-2,7	3,9	-2,2	-1,4	-3,9	4,7
	gg. Vj. in %	3,2	4,6	4,4	1,9	5,1	3,5	-0,8	0,3	6,4	-0,3	0,9	-2,9	-0,4
Vorleistungsgüter	Index	99,7	100,1	102,0	101,8	101,1	102,8	101,1	100,9	104,0	101,4	100,5	101,5	100,6
	gg. Vp. in %	-4,7	0,4	1,9	-0,6	-0,7	1,7	-1,7	-2,4	3,1	-2,5	-0,9	1,0	-0,9
	gg. Vj. in %	-4,7	0,3	2,0	2,9	0,9	0,6	-1,1	-1,4	3,9	-0,9	-2,0	-0,6	-2,6
Inland	Index	99,0	99,3	99,8	100,3	98,4	99,2	98,6	96,9	102,1	98,7	96,9	100,3	98,2
	gg. Vp. in %	-5,5	0,3	0,5	-1,0	-1,9	0,8	-0,6	-1,8	5,4	-3,3	-1,8	3,5	-2,1
	gg. Vj. in %	-5,5	0,3	0,5	2,8	-1,5	-1,5	-2,6	-4,5	1,7	-2,7	-5,0	0,1	-3,4
Ausland	Index	100,6	100,9	104,6	103,6	104,3	106,9	104,1	105,7	106,2	104,5	104,8	103,0	103,4
	gg. Vp. in %	-3,6	0,3	3,7	-0,1	0,7	2,5	-2,6	-2,9	0,5	-1,6	0,3	-1,7	0,4
	gg. Vj. in %	-3,6	0,3	3,7	3,0	3,9	2,9	0,4	2,0	6,1	1,2	1,6	-1,5	-1,7
Investitionsgüter	Index	105,8	110,6	114,3	111,9	115,2	116,6	114,7	114,1	118,8	115,2	113,6	115,2	117,9
	gg. Vp. in %	-3,6	4,5	3,3	-1,5	2,9	1,2	-1,6	-2,5	4,1	-3,0	-1,4	1,4	2,3
	gg. Vj. in %	-3,6	4,6	3,3	1,6	3,1	3,2	1,0	0,1	4,5	0,6	-1,2	3,4	2,1
Inland	Index	103,3	104,9	107,8	106,9	105,8	109,5	112,1	106,2	108,7	108,5	110,7	117,1	109,9
	gg. Vp. in %	-5,8	1,5	2,8	-1,7	-1,0	3,5	2,4	-6,6	2,4	-0,2	2,0	5,8	-6,1
	gg. Vj. in %	-5,7	1,5	2,8	4,1	-1,3	3,5	3,2	-2,9	5,7	0,4	2,3	6,7	0,1
Ausland	Index	107,3	114,1	118,4	115,0	121,0	121,1	116,3	119,0	125,1	119,3	115,4	114,1	122,9
	gg. Vp. in %	-2,3	6,3	3,8	-1,3	5,2	0,1	-4,0	-0,1	5,1	-4,6	-3,3	-1,1	7,7
	gg. Vj. in %	-2,2	6,4	3,6	0,2	5,6	3,1	-0,3	1,8	3,9	0,8	-3,1	1,3	3,3
Konsumgüter	Index	101,8	103,5	107,3	107,7	106,5	107,5	108,1	108,6	106,4	106,8	109,8	107,6	112,4
	gg. Vp. in %	-1,0	1,7	3,7	0,2	-1,1	0,9	0,6	1,1	-2,0	0,4	2,8	-2,0	4,5
	gg. Vj. in %	-1,0	1,7	3,7	4,2	2,1	0,7	0,5	-0,6	1,8	-3,8	1,2	4,1	3,3
Inland	Index	97,0	97,8	99,4	99,7	98,9	99,5	100,5	98,5	101,4	101,0	100,3	100,2	101,6
	gg. Vp. in %	-5,1	0,8	1,6	0,3	-0,8	0,6	1,0	-0,2	2,9	-0,4	-0,7	-0,1	1,4
	gg. Vj. in %	-5,1	0,8	1,5	1,6	1,3	0,9	1,2	-2,1	4,5	0,6	1,2	1,7	1,0
Ausland	Index	106,0	108,3	114,1	114,5	112,9	114,2	114,6	117,2	110,7	111,8	118,0	114,0	121,7
	gg. Vp. in %	2,7	2,2	5,4	0,0	-1,4	1,2	0,4	2,1	-5,5	1,0	5,5	-3,4	6,8
	gg. Vj. in %	2,6	2,2	5,4	6,2	2,7	0,6	0,0	0,4	0,0	-6,7	1,2	6,0	5,1
Industrie ohne Großaufträge²	Index	103,4	105,0	108,4	107,2	107,6	110,4	109,1	109,3	111,3	109,9	109,3	108,1	111,0
	gg. Vp. in %	-2,8	1,5	3,2	-1,2	0,4	2,6	-1,2	-1,3	1,8	-1,3	-0,5	-1,1	2,7
	gg. Vj. in %	-2,6	1,4	3,2	2,6	1,6	3,5	0,5	1,6	5,0	0,5	0,6	0,7	2,0

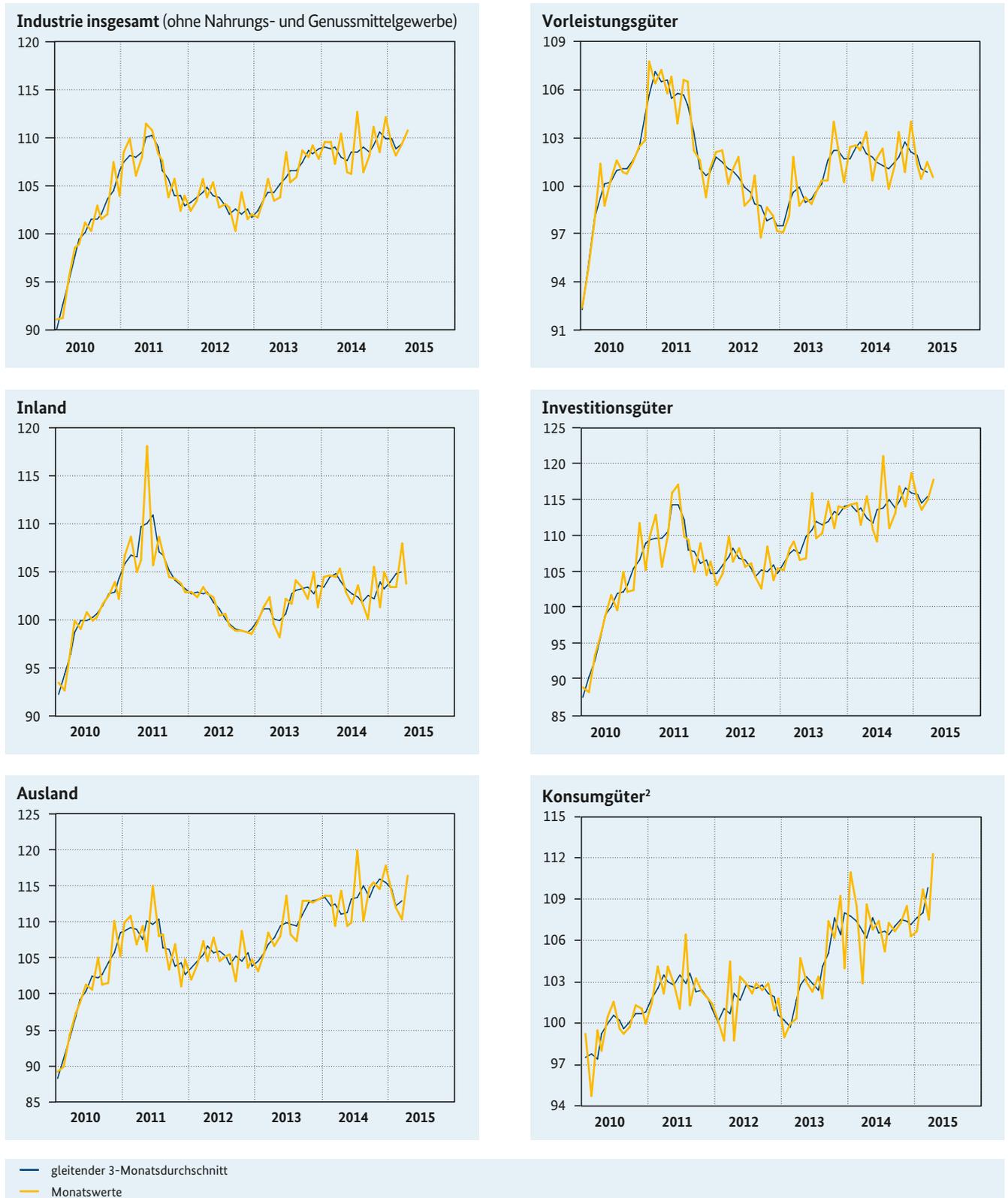
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

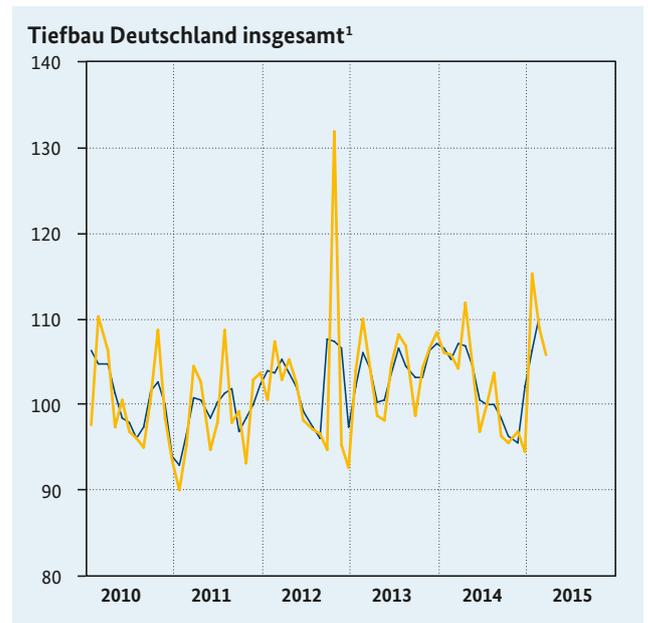
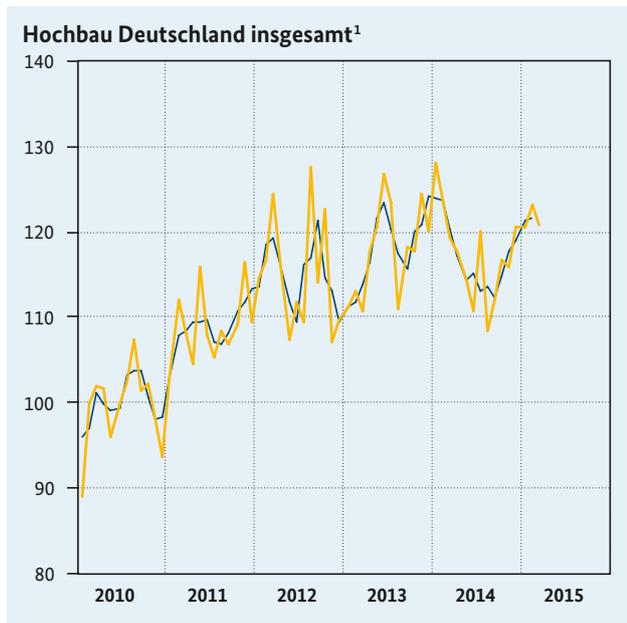
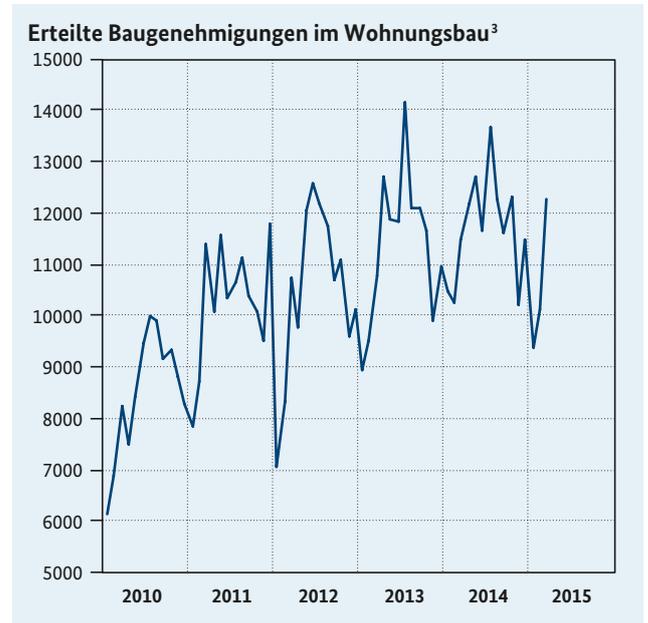
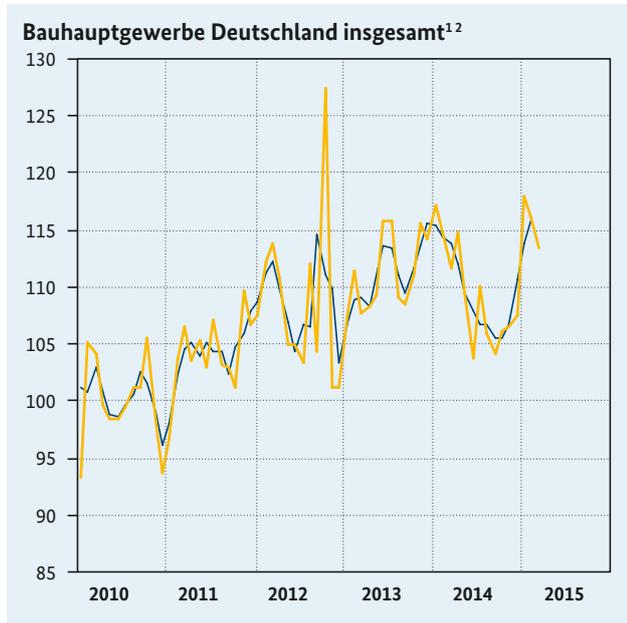
					2014			2015			2014			2015		
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März		
Auftragseingang¹																
Bauhauptgewerbe		Index	108,7	111,3	109,4	109,5	106,9	106,8	116,0	106,2	106,5	107,6	118,1	116,2	113,6	
		gg. Vp. in %	4,3	2,4	-1,7	-4,5	-2,4	-0,1	8,6	1,8	0,3	1,0	9,8	-1,6	-2,2	
		gg. Vj. in %	4,2	2,2	-1,8	-1,6	-4,4	-5,9	1,6	-4,5	-7,9	-5,5	1,4	1,6	1,7	
Hochbau		Index	115,3	118,1	117,5	114,5	113,6	117,9	121,7	116,9	116,0	120,7	120,8	123,2	121,1	
		gg. Vp. in %	5,7	2,4	-0,5	-7,6	-0,8	3,8	3,2	4,3	-0,8	4,1	0,1	2,0	-1,7	
		gg. Vj. in %	5,7	2,4	-0,8	-5,9	-3,8	-2,5	-1,2	-0,9	-6,8	0,4	-5,5	-0,3	1,3	
Wohnungsbau		Index	126,1	131,0	135,1	134,9	122,7	141,6	150,6	138,9	135,1	150,8	148,8	149,2	153,7	
		gg. Vp. in %	7,5	3,9	3,1	-4,4	-9,0	15,4	6,4	7,7	-2,7	11,6	-1,3	0,3	3,0	
		gg. Vj. in %	7,2	4,3	2,5	2,7	-9,3	7,3	7,8	5,9	4,7	11,3	7,3	1,1	13,6	
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	110,0	111,6	108,7	104,4	109,1	106,1	107,4	106,0	106,5	105,8	106,9	110,3	105,0	
		gg. Vp. in %	4,8	1,5	-2,6	-9,5	4,5	-2,7	1,2	2,2	0,5	-0,7	1,0	3,2	-4,8	
		gg. Vj. in %	5,1	1,4	-3,0	-10,9	-0,4	-7,8	-6,5	-4,7	-12,6	-6,3	-12,3	-1,3	-6,1	
Tiefbau		Index	102,2	104,5	101,4	104,5	100,1	95,7	110,2	95,5	97,0	94,6	115,4	109,1	106,0	
		gg. Vp. in %	2,9	2,3	-3,0	-0,9	-4,2	-4,4	15,2	-1,0	1,6	-2,5	22,0	-5,5	-2,8	
		gg. Vj. in %	2,5	2,0	-2,8	3,3	-5,1	-10,3	4,9	-8,9	-9,3	-12,9	10,5	4,1	2,1	
Straßenbau		Index	98,2	103,4	99,6	100,8	95,3	92,3	108,5	91,2	93,9	91,8	96,9	127,7	101,0	
		gg. Vp. in %	1,9	5,3	-3,7	-8,2	-5,5	-3,1	17,6	2,6	3,0	-2,2	5,6	31,8	-20,9	
		gg. Vj. in %	2,1	3,7	-3,3	0,2	-4,5	-12,3	-1,0	-15,4	-6,4	-14,0	-0,4	0,5	-2,2	
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	104,6	105,1	102,5	106,7	103,0	97,7	111,2	98,1	98,8	96,3	126,6	97,9	109,1	
		gg. Vp. in %	3,6	0,5	-2,5	3,9	-3,5	-5,1	13,8	-3,0	0,7	-2,5	31,5	-22,7	11,4	
		gg. Vj. in %	2,9	1,0	-2,6	5,5	-5,5	-9,3	8,1	-4,8	-10,7	-12,5	14,3	6,6	4,9	
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	112,6	114,1	112,9	109,8	112,7	109,6	113,5	108,0	110,4	110,5	119,0	110,1	111,4	
		gg. Vp. in %	2,5	1,3	-1,1	-8,2	2,6	-2,8	3,6	0,7	2,2	0,1	7,7	-7,5	1,2	
		gg. Vj. in %	2,8	1,2	-1,3	-6,0	0,0	-7,9	-4,7	-6,2	-12,5	-4,7	-6,7	-3,4	-4,0	
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	97,9	100,4	95,6	99,0	94,6	90,0	104,6	91,3	91,1	87,5	105,0	109,1	99,7	
		gg. Vp. in %	5,0	2,6	-4,8	0,1	-4,4	-4,9	16,2	-0,3	-0,2	-4,0	20,0	3,9	-8,6	
		gg. Vj. in %	4,4	2,2	-4,5	1,0	-6,6	-11,1	6,2	-8,3	-8,3	-17,0	11,3	8,5	2,0	
Baugenehmigungen (Neubau)²																
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	70395	76490	78378	20209	21008	19330	17937	7056	5772	6501	5079	5701	7158	
		gg. Vj. in %	3,2	8,7	2,5	4,4	-3,6	3,4	0,6	2,8	2,9	4,4	-10,0	-3,0	13,4	
Wohngebäude		Mio. €	39266	43680	46466	12102	12507	11443	10703	4114	3433	3897	3141	3447	4115	
		gg. Vj. in %	5,3	11,2	6,4	5,5	1,2	7,4	2,8	8,5	3,3	10,1	-6,4	4,2	9,7	
Nichtwohngebäude		Mio. €	31129	32809	31913	8107	8501	7887	7234	2942	2340	2605	1938	2254	3042	
		gg. Vj. in %	0,6	5,4	-2,7	2,7	-9,9	-1,9	-2,5	-4,1	2,5	-3,2	-15,1	-12,4	18,7	
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	23531	23624	24145	6064	6526	5868	5088	2300	1740	1828	1399	1447	2242	
		gg. Vj. in %	2,5	0,4	2,2	3,7	-4,1	-1,6	-10,6	6,8	1,1	-12,5	-15,6	-27,9	10,8	
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	7598	9185	7768	2044	1975	2019	2146	642	600	776	539	806	800	
		gg. Vj. in %	-4,7	20,9	-15,4	-0,2	-25,0	-2,8	24,0	-29,8	6,8	29,4	-13,8	42,6	48,4	
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	126	137	141	36,7	37,7	34,1	31,8	12,3	10,3	11,5	9,4	10,1	12,3	
		gg. Vj. in %	2,0	8,5	2,8	0,4	-2,0	4,5	-1,4	5,5	3,2	4,8	-10,5	-1,6	7,0	
		gg. Vp. in %	2,4	8,9	3,1	-2,9	-0,4	0,1	1,4	4,0	-2,2	0,1	-0,4	3,5	0,5	
ifo Konjunkturtest⁴																
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	71,7	71,8	73,8	75,0	78,6	77,7	62,5	76,1	66,8	59,3	61,5	68,9	74,2	
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	18,1	28,4	8,6	2,7	3,0	4,0	38,3	6,0	19,0	51,0	45,0	27,0	8,0	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2014			2015			2014			2015	
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	
ifo Konjunkturtest¹															
Gewerbliche Wirtschaft															
Geschäftsklima	Salden	2,6	6,2	9,1	12,9	6,5	2,5	7,4	4,3	6,6	6,8	8,9	10,2	10,0	
Geschäftslage	Salden	13,6	9,3	13,4	18,1	11,6	7,5	12,5	9,0	12,5	11,8	13,2	16,8	17,3	
Geschäftserwartungen	Salden	-7,5	3,4	4,3	8,3	-0,6	-2,3	2,5	-0,2	0,8	1,9	4,7	3,8	2,9	
Verarbeitendes Gewerbe															
Geschäftsklima	Salden	3,8	9,2	12,9	17,4	10,6	4,6	10,5	7,2	9,3	9,5	12,6	14,1	13,6	
Geschäftslage	Salden	17,5	12,3	18,9	23,6	17,9	11,2	16,2	13,0	16,2	15,3	17,0	22,9	23,4	
Geschäftserwartungen	Salden	-9,0	6,2	7,1	11,4	3,5	-1,8	4,9	1,6	2,5	3,9	8,3	5,7	4,2	
Vorleistungsgüter															
Geschäftsklima	Salden	2,6	8,0	13,5	16,6	12,0	5,8	11,9	9,1	10,1	11,2	14,5	13,6	13,5	
Geschäftslage	Salden	14,8	7,8	20,2	23,7	21,0	12,9	16,3	13,2	15,3	15,5	18,2	17,9	18,9	
Geschäftserwartungen	Salden	-8,8	8,1	7,0	9,7	3,4	-1,1	7,6	5,1	5,0	7,0	10,9	9,4	8,2	
Investitionsgüter															
Geschäftsklima	Salden	4,3	10,4	15,1	23,2	11,9	3,4	10,8	5,0	11,0	8,6	12,9	12,6	11,0	
Geschäftslage	Salden	23,0	14,8	20,4	28,6	19,6	8,6	15,0	10,5	16,2	13,5	15,2	24,9	25,6	
Geschäftserwartungen	Salden	-12,7	6,1	9,9	18,0	4,5	-1,5	6,8	-0,3	5,9	3,8	10,6	1,0	-2,6	
Konsumgüter															
Geschäftsklima	Salden	5,5	8,7	7,6	9,2	6,0	2,2	6,9	5,3	4,8	6,3	9,5	12,3	14,9	
Geschäftslage	Salden	13,3	16,3	14,4	16,5	11,3	10,8	17,4	14,9	15,0	16,3	21,0	23,8	23,0	
Geschäftserwartungen	Salden	-1,9	1,4	1,1	1,9	0,8	-6,0	-3,2	-3,9	-5,0	-3,3	-1,4	1,5	7,2	
Bauhauptgewerbe															
Geschäftsklima	Salden	-5,4	-1,1	-3,0	-4,7	-3,8	-3,8	-6,3	-5,1	-5,6	-5,7	-7,7	-5,2	-4,9	
Geschäftslage	Salden	-4,2	0,1	-3,3	-2,9	-4,6	-4,5	-7,3	-5,4	-6,4	-6,2	-9,4	-4,8	-4,2	
Geschäftserwartungen	Salden	-6,6	-2,4	-2,8	-6,4	-3,0	-3,0	-5,3	-4,7	-4,7	-5,2	-6,0	-5,6	-5,6	
Dienstleistungen															
Geschäftsklima	Salden	16,9	16,7	22,6	22,5	21,2	23,2	23,8	26,2	25,0	23,1	23,4	22,9	25,8	
Geschäftslage	Salden	28,2	22,9	32,3	32,8	32,0	31,9	31,1	33,2	32,8	28,0	32,4	35,3	37,3	
Geschäftserwartungen	Salden	6,3	10,8	13,3	12,7	10,9	14,9	16,9	19,4	17,5	18,3	14,9	11,0	14,9	
ZEW-Konjunkturerwartungen²															
konjunkturelle Lage	Salden	24,8	16,9	40,0	63,1	43,8	5,5	41,0	10,0	22,4	45,5	55,1	70,2	65,7	
Konjunkturerwartungen	Salden	-5,0	44,7	29,6	35,4	14,2	14,3	52,1	34,9	48,4	53,0	54,8	53,3	41,9	

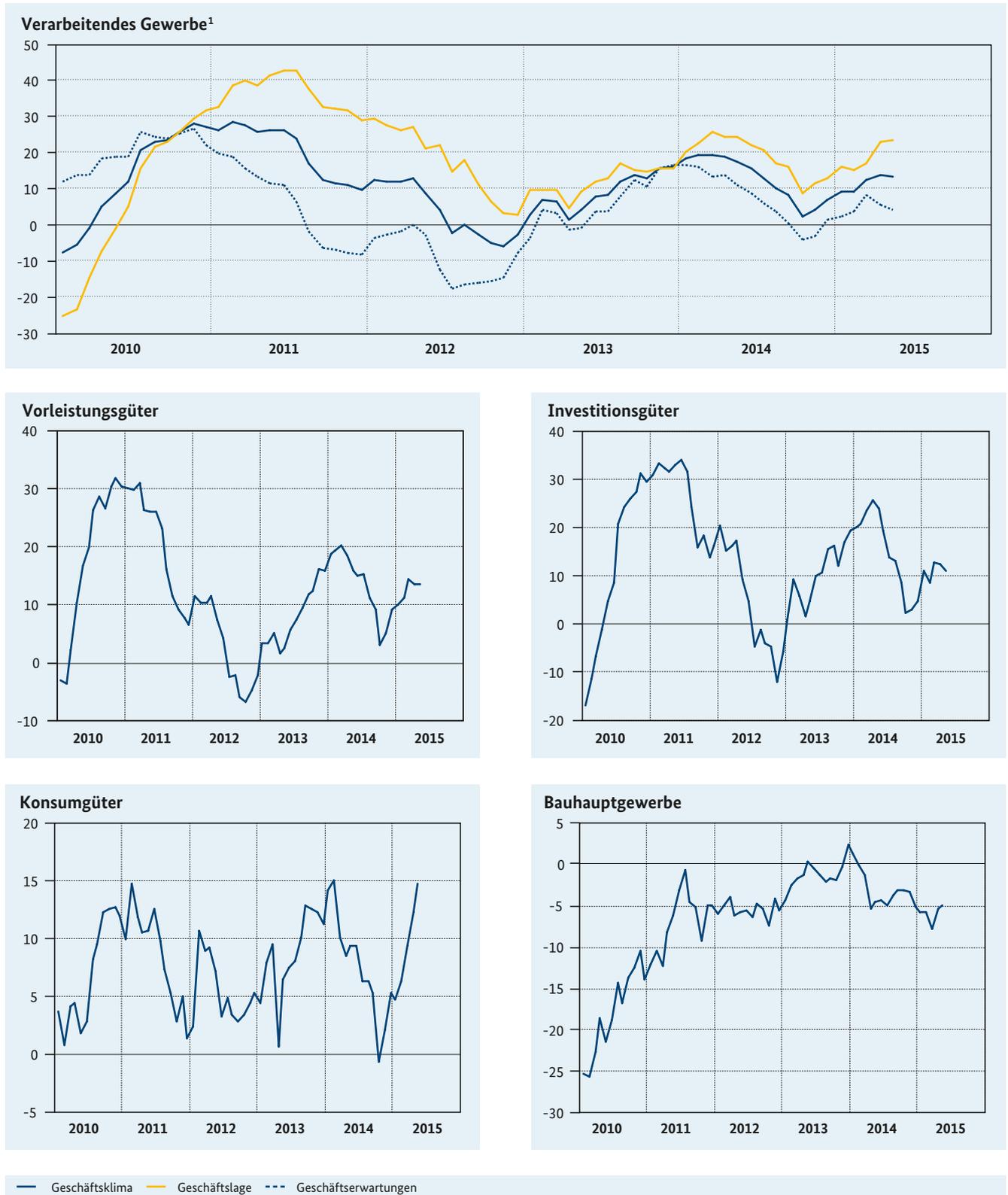
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

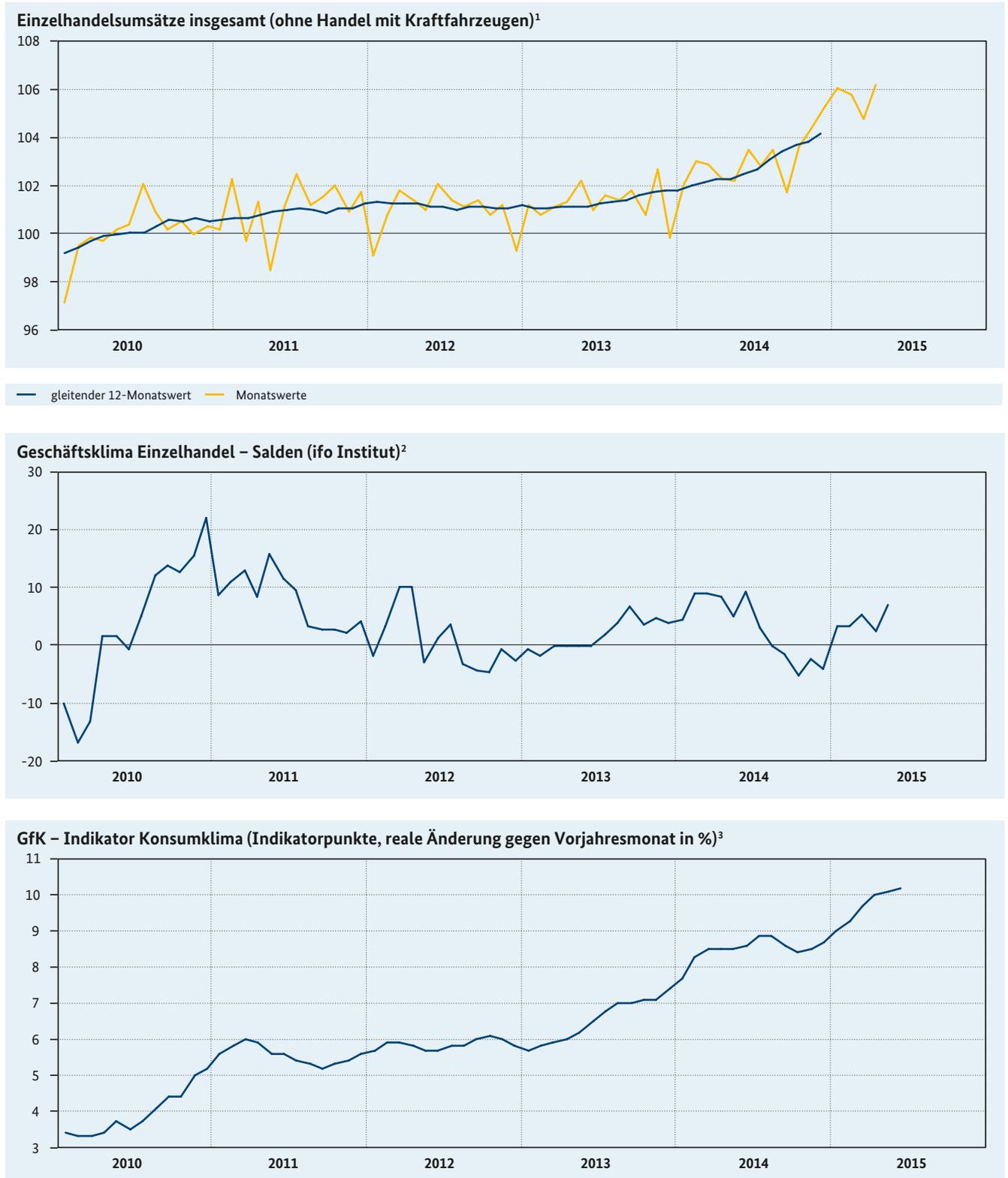
					2012	2013			2014				2015	
		2012	2013	2014	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	103,0	103,8	105,0	103,0	103,1	103,9	104,5	103,7	104,5	104,6	105,3	106,0	106,7
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,7	0,8	1,1	-0,1	0,2	0,8	0,6	-0,8	0,8	0,0	0,7	0,7	0,6
	gg. Vj. in %	0,7	0,8	1,1	0,4	-0,4	1,0	2,0	0,7	1,1	0,8	0,8	1,8	2,4
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1652	1681	1722	414	416	420	424	421	426	428	432	438	437
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,0	1,8	2,4	0,1	0,5	0,9	1,0	-0,7	1,2	0,4	0,9	1,4	-0,2
	gg. Vj. in %	2,0	1,8	2,4	1,3	0,2	2,0	3,2	1,8	2,4	2,2	1,9	3,3	3,1
Einzelhandelsumsätze¹														
		2012	2013	2014	2014		2015		2015					
		2012	2013	2014	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Einzelhandel	Index	101,0	101,3	103,1	102,7	104,4	105,6	-	106,1	105,8	104,8	106,2	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	-0,1	0,3	1,8	0,0	1,7	1,1	-	0,8	-0,3	-0,9	1,3	-	-
	gg. Vj. in %	-0,1	0,4	1,8	1,0	3,3	3,0	-	4,0	3,0	2,0	3,8	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,3	101,3	102,6	102,3	103,2	103,7	-	105,3	103,4	102,4	105,1	-	-
	gg. Vp. In %	-0,1	1,0	1,3	-0,7	0,9	0,5	-	1,7	-1,8	-1,0	2,6	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	1,0	1,5	0,5	2,2	1,5	-	4,1	1,5	-0,6	2,0	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	99,0	98,8	99,6	99,3	97,9	103,1	-	101,9	106,3	101,0	100,2	-	-
	gg. Vp. In %	-1,6	-0,2	0,8	0,4	-1,4	5,3	-	3,7	4,3	-5,0	-0,8	-	-
	gg. Vj. in %	-1,5	-0,2	0,7	-1,2	-0,1	0,7	-	0,9	3,6	-1,8	5,6	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	115,7	117,5	122,0	122,7	127,7	128,9	-	130,1	129,5	127,1	124,7	-	-
	gg. Vp. In %	6,3	1,6	3,8	2,0	4,1	0,9	-	1,3	-0,5	-1,9	-1,9	-	-
	gg. Vj. in %	5,9	1,6	4,3	3,7	9,1	9,8	-	10,3	9,8	9,1	5,0	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	102,8	99,7	99,7	98,6	100,9	102,4	-	103,0	102,2	101,9	101,9	-	-
	gg. Vp. In %	-0,3	-3,0	0,0	-0,2	2,3	1,5	-	1,0	-0,8	-0,3	0,0	-	-
	gg. Vj. in %	-0,3	-3,0	0,0	-1,2	2,0	2,2	-	4,0	1,0	1,7	3,1	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	103,3	102,1	104,6	104,2	105,3	110,1	-	108,3	110,4	111,5	-	-	-
	gg. Vp. In %	-2,1	-1,2	2,4	0,4	1,1	4,6	-	1,4	1,9	1,0	-	-	-
	gg. Vj. in %	-2,1	-1,2	2,4	1,7	0,6	5,1	-	3,2	5,0	6,6	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	102,2	100,7	102,0	102,5	102,7	103,1	-	103,6	104,3	101,3	-	-	-
	gg. Vp. In %	-0,2	-1,5	1,3	1,6	0,2	0,4	-	2,2	0,7	-2,9	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,0	-1,6	1,3	0,9	1,7	1,0	-	1,7	1,5	-0,1	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	3083	2952	3037	743	755	758	-	211	223	323	291	256	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-4,2	2,9	4,1	2,7	6,4	-	2,6	6,6	9,0	6,3	-6,7	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1176	1120	1099	273	254	255	-	66	74	116	104	95	-
	gg. Vj. in %	-7,7	-4,8	-1,9	-2,5	-3,6	-1,3	-	-9,1	-2,4	4,6	-0,9	-7,1	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	104,1	105,7	106,6	107,0	106,7	106,4	-	105,6	106,5	107,0	107,0	107,1	-
	gg. Vj. in %	2,0	1,5	0,9	0,8	0,5	0,0	-	-0,3	0,1	0,3	0,5	0,7	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	3,4	4,4	1,0	0,4	-0,2	-0,6	-	-1,3	-0,4	-0,1	1,1	1,4	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,3	1,5	1,5	1,5	1,3	-	1,3	1,3	1,3	1,3	1,2	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	5,8	4,1	-0,9	-0,8	-2,3	-4,8	-	-5,7	-4,6	-4,2	-4,7	-4,3	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	2,5	-0,5	-0,8	-0,7	-1,5	-3,4	-	-4,5	-3,6	-2,0	-2,0	-1,3	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	0,6	1,8	2,9	0,5	-3,9	3,9	-	3,2	3,4	5,2	2,6	6,9	-
Geschäftslage	Salden	8,2	5,9	8,9	8,3	0,8	11,5	-	11,5	11,0	11,9	10,7	14,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	-6,7	-2,2	-2,9	-7,0	-8,5	-3,3	-	-4,7	-3,9	-1,3	-5,2	-0,5	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	5,9	6,5	8,5	8,8	8,5	9,3	10,1	9,0	9,3	9,7	10,0	10,1	10,2
Anschaffungsneigung	Punkte	33,6	40,0	48,7	48,1	47,8	57,6	-	53,3	58,4	61,1	61,8	62,4	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

					2014			2015			2015			
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	189	187	227	52	61	60	64	17,3	20,9	21,5	20,4	22,1	19,8
	gg. Vp. in %	16,1	-1,4	21,6	-4,6	18,7	-1,2	6,0	-22,5	20,9	3,0	-5,2	8,7	-10,4
Warenhandel	in Mrd. €	198	210	231	55	60	62	61	18,3	21,7	19,9	20,3	20,7	24,3
	gg. Vp. in %	23,3	6,0	10,2	1,7	8,7	3,9	-2,1	-17,1	18,6	-8,5	1,8	2,4	17,1
Ausfuhr	in Mrd. €	1077	1088	1127	278	284	289	289	94,4	97,1	94,6	95,9	98,1	99,9
	gg. Vp. in %	5,0	1,0	3,6	0,3	2,3	1,6	0,0	-2,8	2,8	-2,5	1,4	2,2	1,9
Einfuhr	in Mrd. €	879	878	896	223	224	226	228	76,1	75,3	74,7	75,7	77,3	75,7
	gg. Vp. in %	1,6	-0,1	2,1	0,0	0,7	1,0	0,5	1,3	-1,0	-0,8	1,3	2,2	-2,1
Dienstleistungen	in Mrd. €	-35	-45	-39	-9	-10	-12	-8	-3,9	-3,7	-2,8	-2,9	-2,6	-3,9
	gg. Vp. in %	10,1	26,6	-11,6	-0,5	16,0	15,0	-29,5	-3,2	-6,1	-24,7	2,5	-8,4	51,0
Einnahmen	in Mrd. €	192	201	210	52	52	53	55	17,4	17,6	18,3	18,1	18,9	17,9
	gg. Vp. in %	7,2	4,5	4,2	0,5	-0,5	0,8	5,0	-1,0	1,3	3,5	-0,7	4,4	-5,3
Ausgaben	in Mrd. €	228	246	249	61	62	64	64	21,4	21,3	21,0	21,0	21,5	21,9
	gg. Vp. in %	7,7	7,9	1,4	0,4	1,9	3,1	-1,3	-1,4	-0,1	-1,4	-0,3	2,7	1,5
Primäreinkommen	in Mrd. €	67	59	68	15	18	18	20	6,1	5,7	7,2	6,4	6,7	3,7
	gg. Vp. in %	-4,5	-12,0	15,2	-5,5	19,3	-2,2	12,9	-0,5	-7,3	27,2	-11,6	4,5	-44,2
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-41	-38	-33	-10	-7	-8	-9	-3,3	-2,9	-2,9	-3,4	-2,7	-4,2
	gg. Vp. in %	13,4	-7,4	-12,8	33,3	-31,6	16,5	10,7	67,9	-12,5	0,0	19,4	-22,1	57,8

Außenhandel nach Ländern²

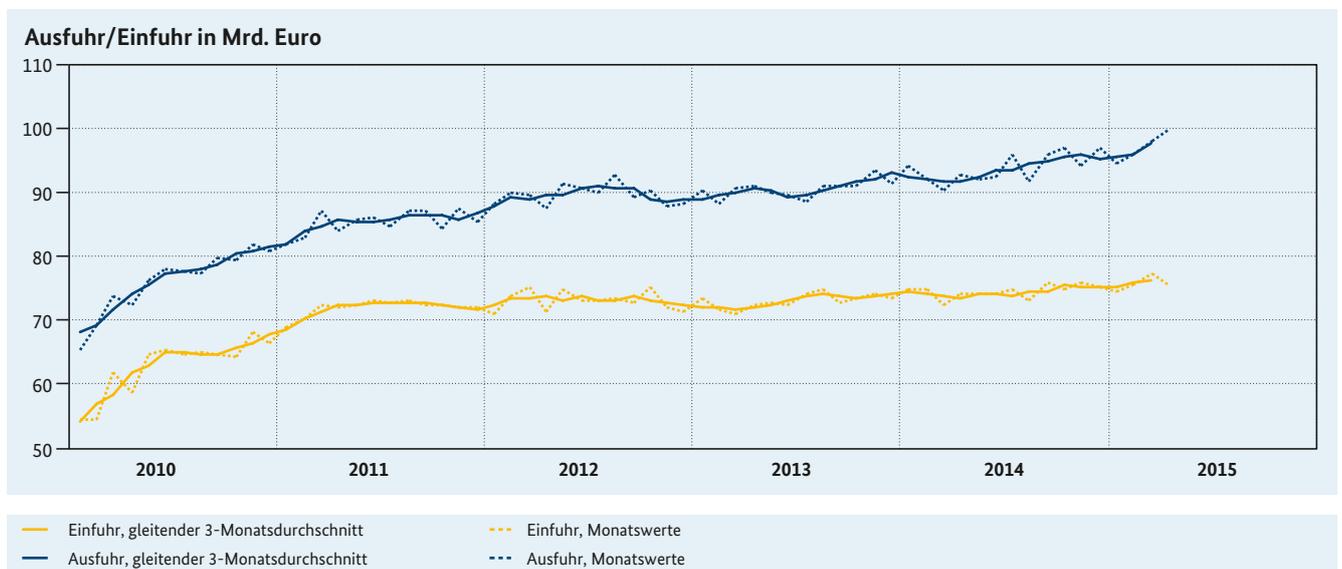
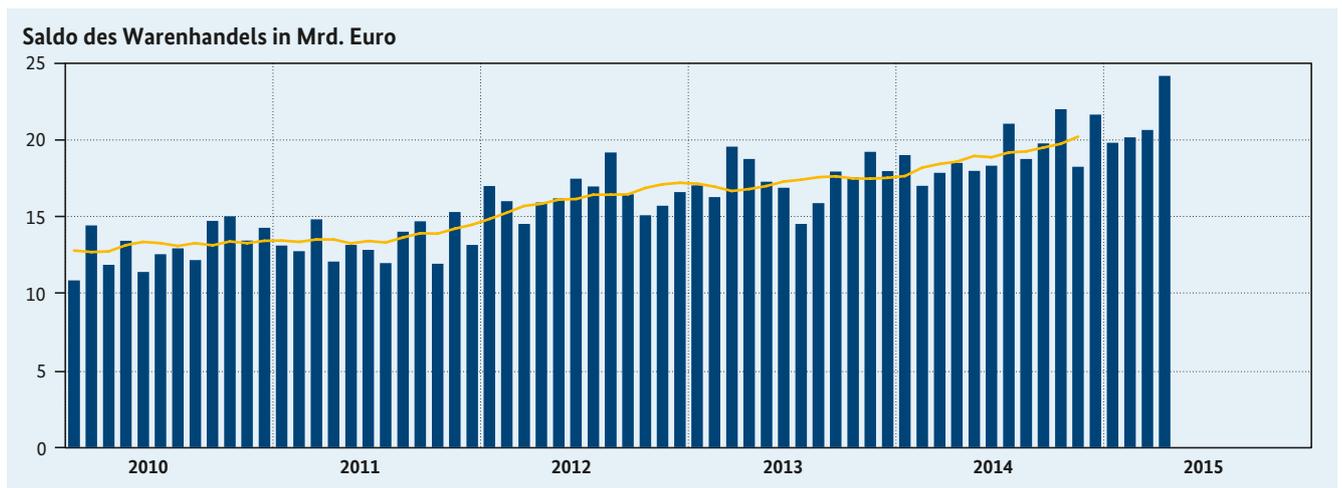
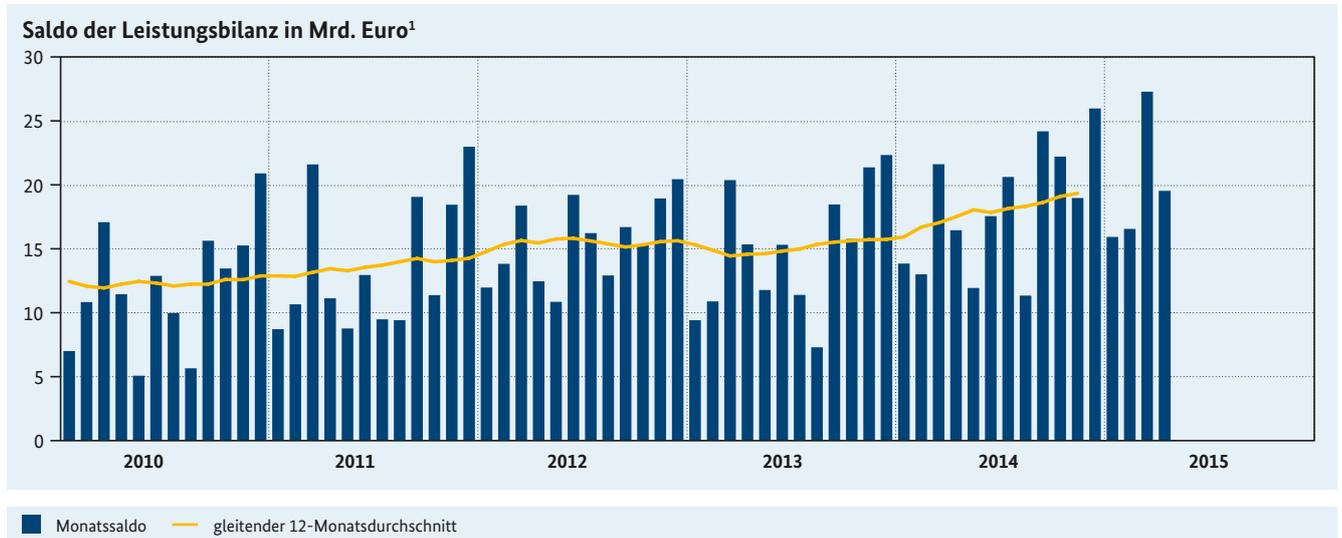
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1096	1093	1134	278	287	290	293	96,0	90,1	90,0	95,7	107,7	100,4
	gg. Vj. in %	3,3	-0,2	3,7	1,5	5,4	5,3	5,4	1,6	10,0	-0,6	3,9	12,5	7,5
EU-Länder	in Mrd. €	623	624	657	163	163	167	172	56,2	50,8	54,1	56,5	61,6	57,1
	gg. Vj. in %	-	0,2	5,4	4,2	6,4	6,0	4,6	5,1	9,5	-0,7	3,3	11,0	4,5
Eurozone ¹	in Mrd. €	407	403	417	104	102	105	109	35,3	32,1	34,4	35,8	38,6	36,3
	gg. Vj. in %	-	-0,8	3,3	2,8	4,2	3,6	3,1	2,7	6,2	-2,3	2,1	9,3	3,3
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	220	241	59	61	62	63	20,9	18,7	19,7	20,7	23,0	20,7
	gg. Vj. in %	-	2,0	9,2	6,8	10,3	10,3	7,3	9,3	15,6	2,2	5,5	13,9	6,6
Drittländer	in Mrd. €	473	469	476	116	124	123	121	39,8	39,3	35,8	39,2	46,0	43,4
	gg. Vj. in %	-	-0,8	1,5	-2,1	4,1	4,4	6,6	-3,0	10,5	-0,4	4,7	14,7	11,8
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	906	898	917	227	228	231	235	78,1	71,2	74,0	76,2	84,6	78,3
	gg. Vj. in %	0,4	-0,9	2,1	0,5	2,1	2,2	1,8	1,9	4,1	-2,3	0,3	7,2	2,8
EU-Länder	in Mrd. €	573	579	600	150	147	152	152	51,5	46,4	47,0	50,3	55,0	51,6
	gg. Vj. in %	-	1,0	3,7	2,8	3,8	2,6	1,0	3,4	3,2	-2,6	0,2	5,2	1,7
Eurozone	in Mrd. €	402	402	413	104	101	104	105	35,2	31,9	32,3	34,8	37,8	35,8
	gg. Vj. in %	-	0,0	2,7	1,0	3,0	1,8	0,5	3,7	1,4	-4,2	0,3	5,0	2,8
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	171	177	187	47	46	48	47	16,3	14,6	14,7	15,6	17,2	15,7
	gg. Vj. in %	-	3,3	5,8	6,8	5,7	4,3	2,2	2,8	7,3	1,0	-0,1	5,4	-0,8
Drittländer	in Mrd. €	333	319	317	77	81	79	82	26,6	24,7	27,0	25,8	29,5	26,8
	gg. Vj. in %	-	-4,0	-0,9	-3,6	-0,9	1,4	3,3	-1,1	6,0	-1,7	0,6	11,1	5,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

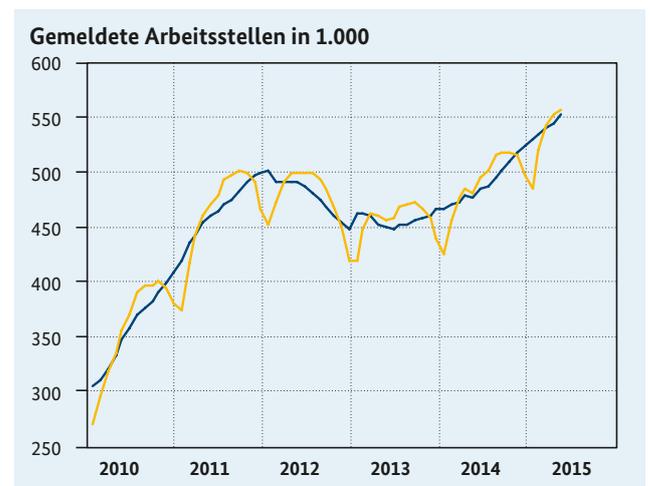
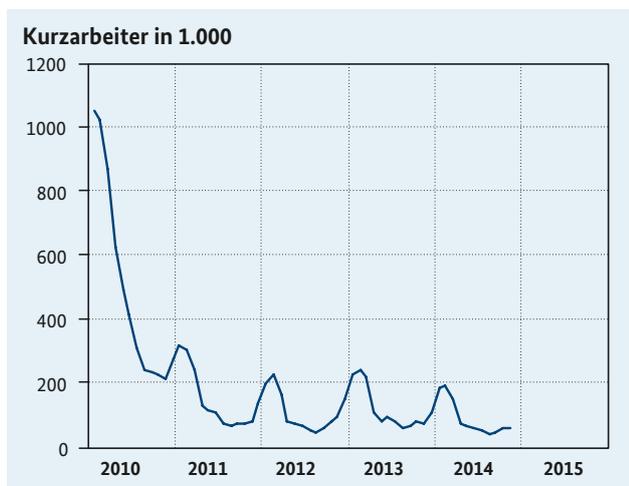
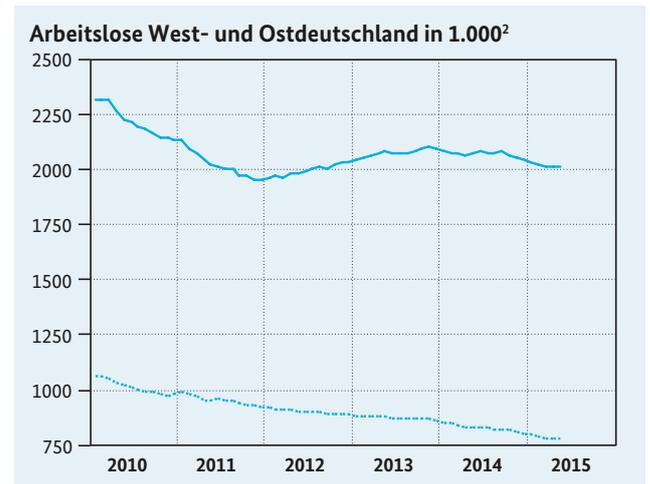
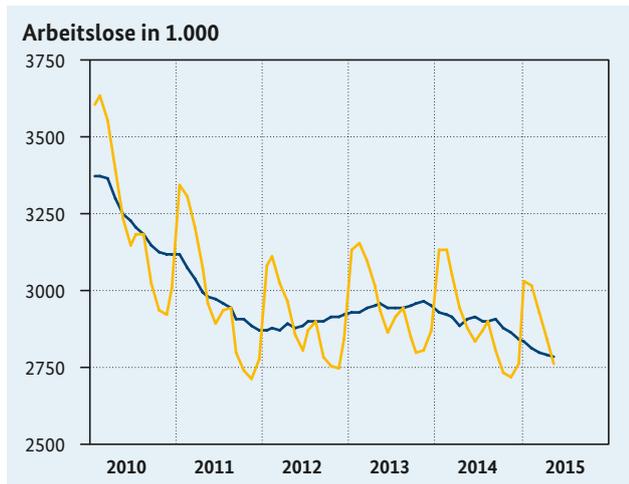
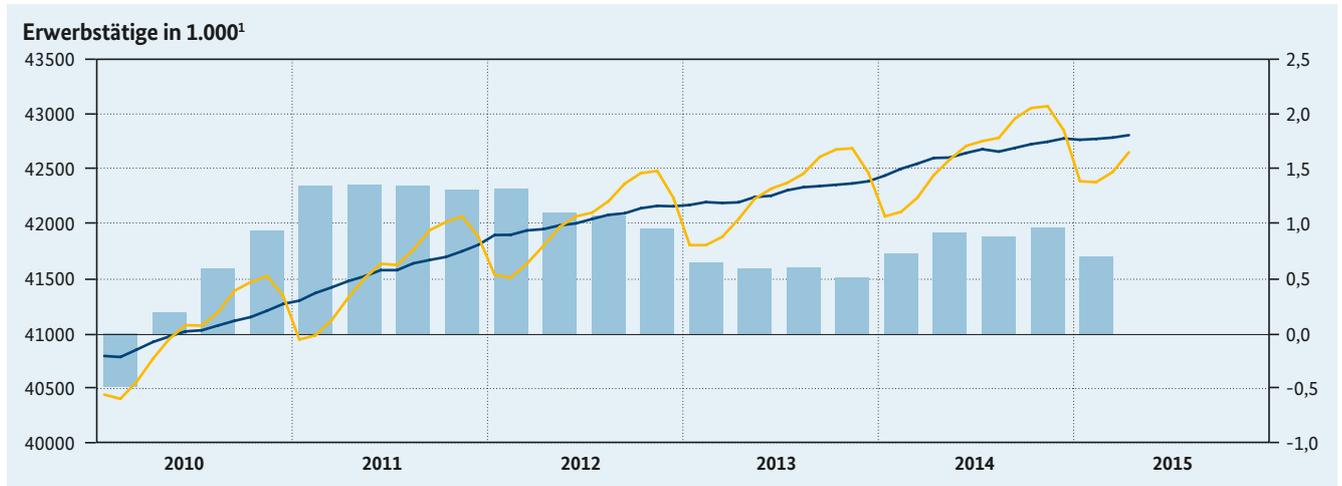
		2014			2015				2014					2015
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42033	42281	42638	42582	42834	42994	42415	42853	42389	42382	42474	42653	-
	gg. Vj. in Tsd.	+462	+248	+356	+384	+352	+383	+275	+390	+319	+270	+235	+208	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29361	29728	30220	30120	30365	30577	30326	30419	30233	30275	30469	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+642	+367	+492	+515	+497	+505	+508	+535	+496	+491	+537	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2224	2182	2090	2048	2033	2012	2097	1913	2063	2207	2020	2031	-
	gg. Vj. in Tsd.	-175	-43	-92	-117	-81	-61	-169	-130	-242	-59	-207	-103	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	4,9	4,9	4,8	5,0	4,5	4,9	5,3	4,8	4,9	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2897	2950	2898	2886	2860	2738	2993	2764	3032	3017	2932	2843	2762
	gg. Vj. in Tsd.	-79	+53	-52	-55	-43	-89	-116	-110	-104	-121	-123	-100	-120
SGB II	in Tsd.	1995	1981	1965	1986	1951	1892	1983	1897	1989	1983	1976	1975	1946
	gg. Vj. in Tsd.	-89	-14	-16	-10	-18	-44	-49	-53	-43	-51	-52	-30	-43
SGB III	in Tsd.	902	970	933	900	909	846	1011	867	1043	1034	955	868	815
	gg. Vj. in Tsd.	+10	+67	-36	-45	-25	-46	-67	-57	-61	-70	-71	-70	-77
Westdeutschland	in Tsd.	2000	2080	2075	2063	2073	1970	2137	1980	2160	2153	2097	2044	1995
	gg. Vj. in Tsd.	-27	+80	-6	-5	-1	-39	-55	-54	-47	-57	-62	-50	-66
Ostdeutschland	in Tsd.	897	870	824	823	788	767	856	783	871	864	834	799	767
	gg. Vj. in Tsd.	-53	-27	-46	-49	-42	-50	-61	-56	-57	-64	-61	-51	-54
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,6	6,6	6,3	6,9	6,4	7,0	6,9	6,8	6,5	6,3
Westdeutschland	in %	5,9	6,1	5,9	5,9	5,9	5,6	6,1	5,7	6,2	6,2	6,0	5,8	5,6
Ostdeutschland	in %	10,7	10,3	9,8	9,7	9,3	9,1	10,1	9,3	10,3	10,2	9,9	9,5	9,1
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	648	637	586	641	635	679	626	773	631	634	660	543
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	643	645	647	660	649	649	623	580	505	645	719	749	624
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	67	77	49	56	37	46	46	39	49	48	42	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-34	+10	-27	-31	-20	-14	-12	-7	-15	-9	-13	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3928	3901	3803	3807	3735	3648	3855	3671	3864	3886	3815	3707	3634
	gg. Vj. in Tsd.	-284	-27	-99	-102	-107	-129	-166	-143	-155	-174	-169	-169	-165
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	478	457	490	487	512	510	515	498	485	519	542	552	557
	gg. Vj. in Tsd.	+11	-21	+33	+28	+41	+55	+63	+57	+60	+63	+66	+66	+75
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+463	+248	+356	+120	+60	+75	+24	+30	-13	+9	+12	+21	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+643	+366	+491	+129	+105	+112	+162	+75	+39	+57	+79	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-183	-42	-85	-23	0	-42	-56	-25	-20	-13	-9	-8	-
Erwerbslosenquote	in %	5,4	5,2	5,0	5,0	5,0	4,9	4,8	4,8	4,8	4,8	4,7	4,7	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-76	+53	-52	-20	0	-39	-47	-25	-8	-19	-14	-9	-5
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-91	-12	-16	-17	+2	-13	-21	-11	-5	-9	-4	+3	-3
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+15	+65	-37	-3	-2	-27	-26	-13	-4	-9	-10	-11	-4
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-24	+80	-6	-5	+6	-25	-27	-16	-3	-11	-8	-2	-7
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-52	-27	-46	-15	-7	-13	-20	-9	-5	-8	-6	-6	0
Arbeitslosenquote	in %	6,8	6,9	6,7	6,7	6,7	6,6	6,5	6,5	6,5	6,5	6,4	6,4	6,4
Westdeutschland	in %	5,9	6,0	5,9	6,0	5,9	5,9	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,8	5,7
Ostdeutschland	in %	10,6	10,3	9,7	9,8	9,7	9,5	9,3	9,4	9,4	9,3	9,2	9,2	9,2
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-282	-26	-99	-33	-29	-46	-51	-18	-14	-20	-15	-19	-3
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+12	-21	+33	+10	+15	+22	+17	+7	+6	+3	+6	+5	+9
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	107,0	106,1	106,8	106,8	106,5	106,4	107,7	106,7	108,1	106,8	108,1	108,1	108,2
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	98,7	99,8	100,7	100,2	100,3	101,1	101,1	101,6	101,5	101,2	100,6	100,3	99,9
BA-X Stellenindex	Index	166,3	159,0	168,9	165,0	169,0	177,3	183,0	181,0	182,0	183,0	184,0	186,0	187,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

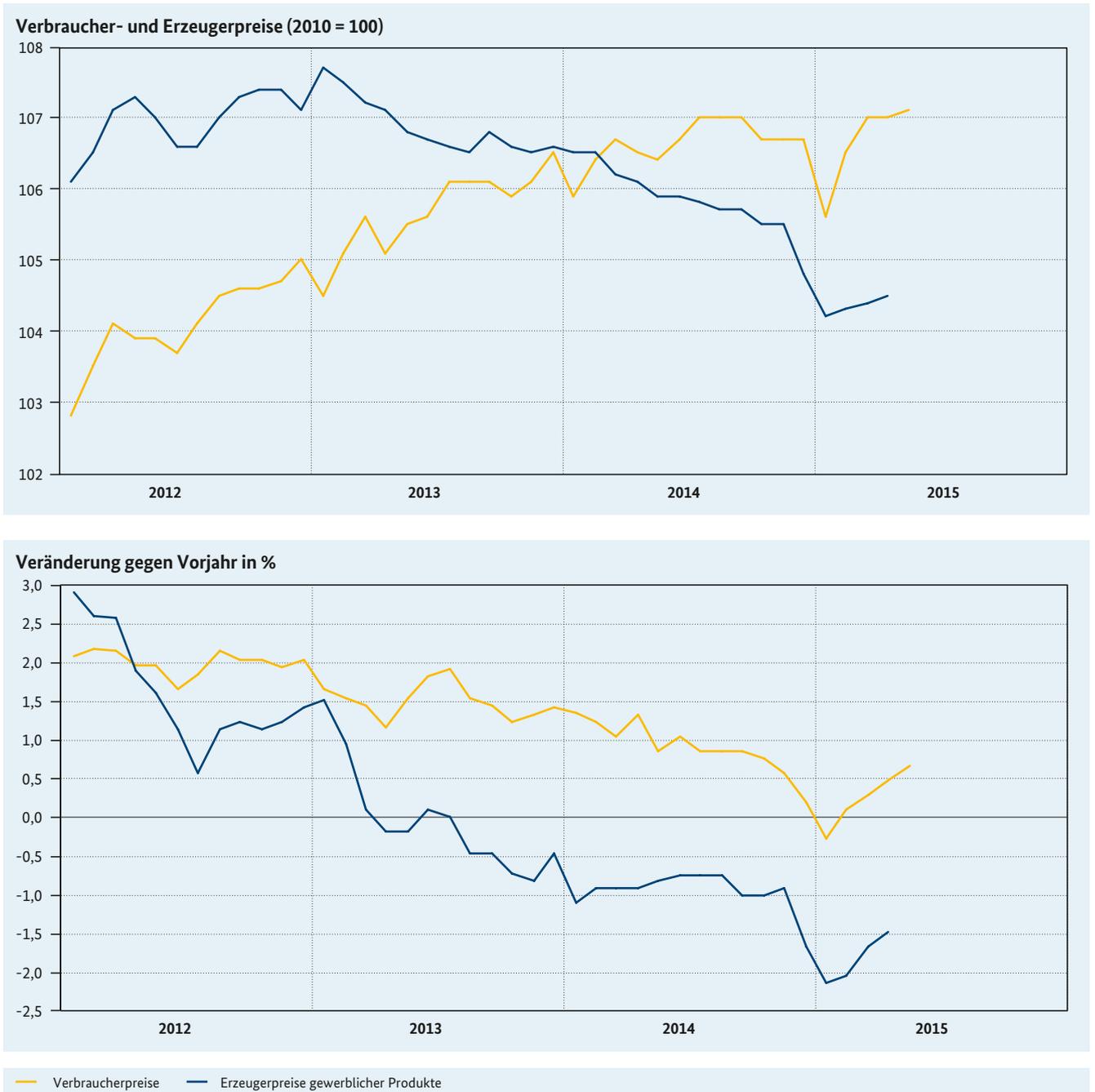
Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015			2014	2015					
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	104,1	105,7	106,6	106,5	107,0	106,7	106,4	106,7	105,6	106,5	107,0	107,0	107,1
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+1,0	+0,8	+0,5	+0,1	+0,2	-0,3	+0,1	+0,3	+0,5	+0,7
Waren	Index	105,9	107,7	107,9	108,2	108,0	107,5	106,4	106,7	105,5	106,4	107,4	107,8	107,9
	gg. Vj. in %	+2,7	+1,7	+0,2	+0,3	+0,2	-0,5	-1,4	-1,2	-2,0	-1,4	-0,8	-0,6	-0,3
Verbrauchsgüter	Index	109,0	111,5	111,7	112,1	112,1	110,8	109,7	109,7	108,7	109,9	110,4	110,9	111,3
	gg. Vj. in %	+3,9	+2,3	+0,2	+0,6	+0,2	-0,7	-2,1	-2,0	-2,9	-2,0	-1,3	-1,1	-0,6
darunter:	Index	105,7	110,4	111,5	111,7	110,9	110,7	112,0	110,8	111,4	112,3	112,2	113,2	113,2
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+3,4	+4,4	+1,0	+0,7	+0,4	-0,2	-0,5	-1,2	-1,3	-0,4	-0,1	+1,1	+1,4
darunter:	Index	115,8	120,6	119,5	120,1	120,0	117,6	114,4	115,6	113,3	114,9	114,9	114,5	114,8
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+5,9	+4,1	-0,9	-0,1	-0,7	-2,2	-4,8	-3,8	-5,7	-4,6	-4,2	-4,7	-4,3
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	102,7	104,1	104,8	105,3	103,9	106,1	104,2	105,7	102,6	103,3	106,6	106,7	105,8
	gg. Vj. in %	+1,8	+1,4	+0,7	+0,5	+0,8	+0,5	+0,2	+1,1	+0,3	-0,3	+0,4	+0,6	+0,4
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	98,0	97,4	96,9	96,9	96,9	96,7	96,8	96,8	96,8	96,7	97,0	97,2	97,3
	gg. Vj. in %	-0,8	-0,6	-0,5	-0,7	-0,4	-0,5	-0,2	-0,4	-0,3	-0,3	+0,1	+0,4	+0,4
Dienstleistungen	Index	102,4	103,8	105,5	105,0	106,1	106,0	106,3	106,6	105,7	106,6	106,6	106,2	106,3
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,4	+1,6	+1,7	+1,5	+1,5	+1,4	+1,4	+1,3	+1,5	+1,3	+1,2	+1,5
darunter:	Index	102,5	103,8	105,4	105,2	105,5	105,9	106,2	106,0	106,1	106,2	106,3	106,5	106,5
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,5	+1,5	+1,4	+1,5	+1,3	+1,4	+1,3	+1,3	+1,3	+1,3	+1,2
Insgesamt ohne Energie	Index	102,6	104,2	105,6	105,3	105,9	106,0	106,2	106,4	105,6	106,4	106,7	106,6	106,6
	gg. Vj. in %	+1,5	+1,6	+1,3	+1,3	+1,3	+1,0	+1,0	+1,0	+0,9	+1,1	+1,0	+1,2	+1,3
Energie	Index	116,4	118,0	115,5	116,9	116,6	112,5	107,6	109,1	105,6	107,8	109,3	109,8	110,9
	gg. Vj. in %	+5,7	+1,4	-2,1	-0,8	-1,9	-3,8	-7,3	-6,6	-9,0	-7,3	-5,7	-5,9	-5,0
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	104,1	105,7	106,6	106,6	106,9	106,6	106,4	106,3	106,0	106,5	106,7	107,0	107,2
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,5	+0,9	+0,9	+0,8	+0,6	0,0	+0,2	-0,3	+0,1	+0,3	+0,4	+0,7
HVPI⁴	Index	113,5	115,3	116,2	116,1	116,6	116,2	115,8	116,3	114,8	116,0	116,6	116,5	116,6
	gg. Vj. in %	+2,2	+1,6	+0,8	+1,0	+0,8	+0,4	-0,1	+0,1	-0,5	0,0	+0,2	+0,3	+0,7
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	107,0	106,9	105,8	106,0	105,7	105,3	104,3	104,8	104,2	104,3	104,4	104,5	-
	gg. Vj. in %	+1,6	-0,1	-1,0	-0,8	-0,8	-1,2	-2,0	-1,7	-2,2	-2,1	-1,7	-1,5	-
Vorleistungsgüter	Index	105,8	104,6	103,5	103,5	103,6	103,4	102,5	103,1	102,7	102,4	102,5	102,8	-
	gg. Vj. in %	+0,2	-1,1	-1,1	-1,3	-0,4	-0,4	-1,2	-0,6	-1,1	-1,3	-1,1	-0,7	-
Investitionsgüter	Index	102,2	103,0	103,5	103,4	103,5	103,7	103,9	103,7	103,9	103,9	104,0	104,1	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+0,8	+0,5	+0,5	+0,5	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,7	+0,8	-
Konsumgüter	Index	106,3	108,4	109,0	109,4	109,3	108,1	107,9	107,8	107,7	107,9	108,2	108,2	-
	gg. Vj. in %	+2,7	+2,0	+0,6	+1,2	+0,5	-0,8	-1,2	-1,1	-1,3	-1,2	-0,9	-1,1	-
Gebrauchsgüter	Index	103,3	104,3	105,7	105,6	105,8	105,9	106,6	105,9	106,5	106,6	106,7	106,9	-
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,0	+1,3	+1,2	+1,3	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,1	+1,1	+1,3	-
Verbrauchsgüter	Index	106,8	109,0	109,5	109,9	109,8	108,4	108,1	108,0	107,8	108,1	108,4	108,4	-
	gg. Vj. in %	+2,9	+2,1	+0,5	+1,1	+0,3	-1,1	-1,5	-1,5	-1,6	-1,5	-1,3	-1,4	-
Energie	Index	113,0	112,0	108,5	108,8	107,8	107,0	104,3	105,9	103,8	104,5	104,5	104,4	-
	gg. Vj. in %	+3,0	-0,9	-3,1	-2,7	-3,4	-3,9	-5,5	-4,9	-6,3	-5,5	-4,7	-4,4	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	105,4	107,5	109,4	109,2	109,6	109,8	110,6	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,5	+2,0	+1,8	+1,7	+1,7	+1,6	+1,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	106,3	108,9	110,3	110,0	110,8	110,8	111,1	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+3,7	+2,4	+1,3	+1,2	+1,3	+1,1	+1,3	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2005 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

		2014			2015			2014	2015					
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	125,1	122,5	113,8	124,1	117,4	91,9	69,2	78,9	65,5	72,4	69,6	74,2	78,6
	gg. Vj. in %	-2,8	-2,0	-7,2	+5,4	-6,0	-24,9	-43,1	-36,1	-45,5	-40,9	-43,0	-39,6	-36,5
Nahrungs- und Genussmittel	Index	122,5	109,1	105,9	116,8	100,4	98,5	92,2	98,4	94,8	92,7	89,0	87,8	86,7
	gg. Vj. in %	-5,1	-10,9	-2,9	+3,0	-4,0	-2,7	-14,7	-3,2	-5,0	-14,3	-23,3	-26,3	-26,8
Industrie-Rohstoffe	Index	96,3	93,6	89,0	90,0	90,5	84,5	76,2	82,3	78,4	76,1	74,0	73,6	75,7
	gg. Vj. in %	-15,8	-2,7	-4,9	-1,6	-0,8	-9,1	-16,4	-12,3	-15,7	-16,5	-17,0	-19,4	-15,6
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	130,9	129,1	119,1	131,3	123,8	92,9	66,2	76,9	60,9	70,3	67,3	73,4	78,6
	gg. Vj. in %	-0,4	-1,4	-7,7	+6,6	-6,7	-28,3	-48,5	-41,2	-52,0	-45,8	-47,7	-43,3	-39,9
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	108,7	105,9	103,6	103,9	103,6	102,4	101,5	101,0	100,2	101,6	102,6	103,2	-
	gg. Vj. in %	+2,2	-2,6	-2,2	-1,9	-1,7	-2,4	-2,9	-3,7	-4,4	-3,0	-1,4	-0,6	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	111,6	112,6	111,9	112,2	111,1	111,3	113,6	111,5	112,8	113,6	114,4	114,4	-
	gg. Vj. in %	+3,8	+0,9	-0,6	-1,0	-0,4	-0,3	+0,5	-1,1	+0,3	+0,1	+1,1	+1,2	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	108,4	105,3	102,8	103,1	102,9	101,5	100,2	100,0	98,9	100,3	101,4	102,1	-
	gg. Vj. in %	+2,0	-2,9	-2,4	-2,0	-1,9	-2,5	-3,3	-3,9	-4,9	-3,4	-1,7	-0,8	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	126,8	118,1	109,0	111,5	109,1	101,6	91,5	94,9	87,8	92,4	94,2	96,3	-
	gg. Vj. in %	+3,3	-6,9	-7,7	-4,6	-6,7	-11,9	-19,6	-17,8	-23,5	-19,2	-16,0	-13,4	-
Fertigwaren	Index	102,7	101,3	100,9	100,4	100,9	101,5	102,9	101,5	102,4	102,8	103,6	103,9	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-1,4	-0,4	-1,0	-0,2	+0,7	+2,4	+0,9	+1,7	+2,2	+3,2	+3,6	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,9	104,3	104,0	103,9	104,2	104,1	104,8	103,9	104,4	104,7	105,3	105,6	-
	gg. Vj. in %	+1,5	-0,6	-0,3	-0,5	0,0	+0,2	+0,8	+0,1	+0,4	+0,7	+1,4	+1,6	-
Terms of Trade	Verhältnis	96,6	98,5	100,4	100,1	100,5	101,7	103,3	102,9	104,2	103,1	102,6	102,3	-
	gg. Vj. in %	-0,5	+2,0	+1,9	+1,5	+1,7	+2,7	+3,9	+3,9	+5,0	+3,8	+2,9	+2,2	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,29	1,33	1,33	1,37	1,33	1,25	1,13	1,23	1,16	1,14	1,08	1,08	1,12
	gg. Vj. in %	-7,6	+3,3	+0,1	+4,9	0,0	-8,2	-17,7	-10,0	-14,6	-16,9	-21,6	-22,0	-18,8
in Yen	Kurs	102,6	129,7	140,4	140,0	137,7	143,0	134,2	147,1	137,5	134,7	130,4	128,9	134,8
	gg. Vj. in %	-7,6	+26,3	+8,3	+8,5	+5,1	+4,6	-4,7	+3,8	-2,8	-3,3	-7,8	-9,0	-3,6
in Pfund-Sterling	Kurs	0,81	0,85	0,81	0,81	0,79	0,79	0,74	0,79	0,77	0,74	0,72	0,72	0,72
	gg. Vj. in %	-6,5	+4,7	-5,0	-4,2	-7,1	-6,1	-10,2	-5,7	-7,3	-10,3	-13,0	-12,6	-11,5
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	98,0	101,7	102,3	103,9	101,7	99,6	93,8	99,7	95,9	94,0	91,4	90,5	92,3
	gg. Vj. in %	-5,3	+3,8	+0,6	+2,9	-0,3	-3,4	-9,8	-4,1	-7,3	-9,2	-12,8	-13,5	-11,2
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	95,8	99,2	98,9	100,5	98,2	96,1	90,4	96,0	92,4	90,7	88,2	87,3	89,0
	gg. Vj. in %	-5,1	+3,6	-0,3	+1,9	-1,3	-4,2	-10,4	-5,0	-8,1	-9,9	-13,2	-13,8	-11,3
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	96,1	98,5	98,6	99,0	98,4	97,8	95,3	97,7	95,9	95,5	94,5	94,3	94,9
	gg. Vj. in %	-2,3	+2,4	+0,1	+0,7	-0,2	-1,3	-4,0	-1,7	-3,4	-3,7	-4,9	-5,0	-4,1
56 Länder	Index	89,0	91,0	91,7	92,2	91,2	90,5	87,6	90,6	88,6	87,9	86,4	85,7	86,7
	gg. Vj. in %	-3,1	+2,3	+0,7	+2,0	-0,2	-1,7	-5,5	-2,0	-4,3	-5,0	-7,1	-7,6	-6,0

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

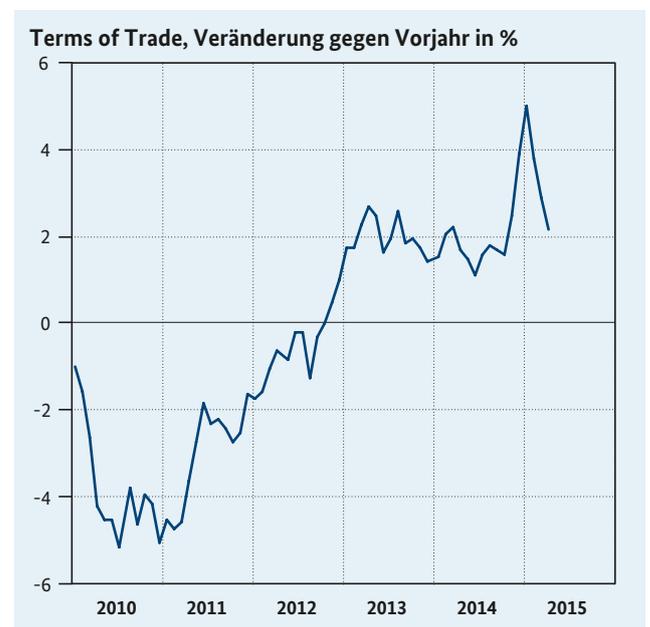
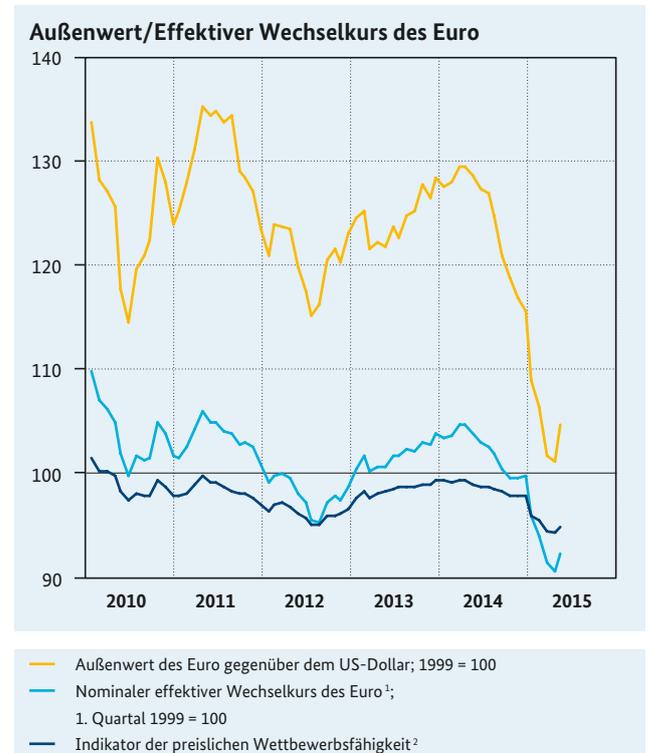
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;

2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2014			2015	2014		2015			
		2012	2013	2014	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,12	0,19	0,04	0,04	0,05	0,06	0,04	0,04	0,06	-0,10	-0,14
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,57	0,22	0,21	0,30	0,16	0,08	0,05	0,08	0,06	0,05	0,03	0,01	0,01
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,83	0,34	0,31	0,39	0,26	0,18	0,13	0,18	0,15	0,13	0,10	0,07	0,06
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	1,11	0,54	0,48	0,57	0,44	0,33	0,26	0,33	0,30	0,26	0,21	0,18	0,17
Differenz 3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	-	0,09	0,11	0,13	0,04	0,09	0,02	0,10	0,09	0,09	0,11	0,13
Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,36	0,41	0,22	0,29	0,12	0,02	-0,14	0,00	0,08	-0,16	-0,17	-0,19	0,05
Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,93	0,94	0,64	0,74	0,51	0,29	0,03	0,22	0,09	0,03	0,02	0,06	0,22
Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,50	1,57	1,16	1,35	0,99	0,70	0,31	0,59	0,39	0,30	0,23	0,12	0,56
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	4,2	7,0	6,0	5,2	5,9	7,0	9,3	7,9	8,9	9,1	10,0	10,5	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	3,3	4,0	2,6	2,1	2,7	3,2	4,2	3,6	4,0	4,1	4,6	4,9	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	1,1	2,1	3,1	4,1	3,6	3,7	4,0	4,6	5,3	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	3,0	2,3	1,9	1,2	2,1	3,1	4,3	3,5	3,9	4,2	4,7	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,4	-0,9	-2,0	-2,6	-1,9	-1,3	-0,2	-0,7	-0,4	-0,2	+0,1	+0,2	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	0,0	-1,2	-1,6	-2,0	-1,4	-0,8	+0,2	-0,4	+0,1	+0,2	+0,5	+0,3	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+1,0	+0,6	+0,9	+0,5	+1,4	+1,8	+2,5	+2,0	+2,3	+2,6	+2,5	+1,8	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+0,6	+0,7	+0,4	+1,1	+1,5	+1,9	+1,5	+1,8	+2,0	+1,9	+1,7	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	+1,6	-0,7	-0,2	-0,1	+0,2	+0,1	-0,5	-1,4	-0,8	-0,4	-0,3	-1,4	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	+1,3	-4,5	-2,9	-2,5	-2,1	-1,6	+0,7	-1,5	+0,6	+1,5	+0,1	-1,5	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,6	-1,2	+1,1	+2,2	+0,9	+2,1	+1,1	+1,0	+1,8	+1,1	+0,5	-3,6	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+2,1	+0,3	+0,3	+0,1	+0,7	0,0	-1,1	-1,9	-1,6	-1,1	-0,6	-0,9	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,2	+1,0	+1,2	+1,1	+1,2	+1,4	+1,6	+1,5	+1,6	+1,6	+1,7	+1,8	-
darunter: Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+1,4	+2,3	+2,2	+2,0	+2,1	+2,5	+3,0	+2,9	+3,0	+3,0	+3,0	+3,1	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	6857	8307	9537	9705	9555	9433	10962	9826	10123	10977	11785	11956	11602
	gg. Vp. in %	+3,9	+21,1	+14,8	+2,6	-1,5	-1,3	+16,2	+3,5	+3,0	+8,4	+7,4	+1,5	-3,0
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2415	2793	3145	3213	3172	3106	3438	3162	3204	3454	3655	3734	3618
	gg. Vp. in %	-7,7	+15,6	+12,6	+3,9	-1,3	-2,1	+10,7	+1,1	+1,3	+7,8	+5,8	+2,1	-3,1
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1379	1642	1931	1901	1976	2013	2064	2055	2029	2083	2080	2094	2113
	gg. Vp. in %	+8,7	+19,1	+17,6	+3,6	+4,0	+1,9	+2,5	+0,5	-1,3	+2,6	-0,1	+0,7	+0,9
Nikkei 225 ⁵	Index	9114	13540	15475	14651	15564	16694	18173	17542	17287	18033	19198	19781	19911
	gg. Vp. in %	-3,5	+48,6	+14,3	-2,3	+6,2	+7,3	+8,9	+2,3	-1,5	+4,3	+6,5	+3,0	+0,7

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

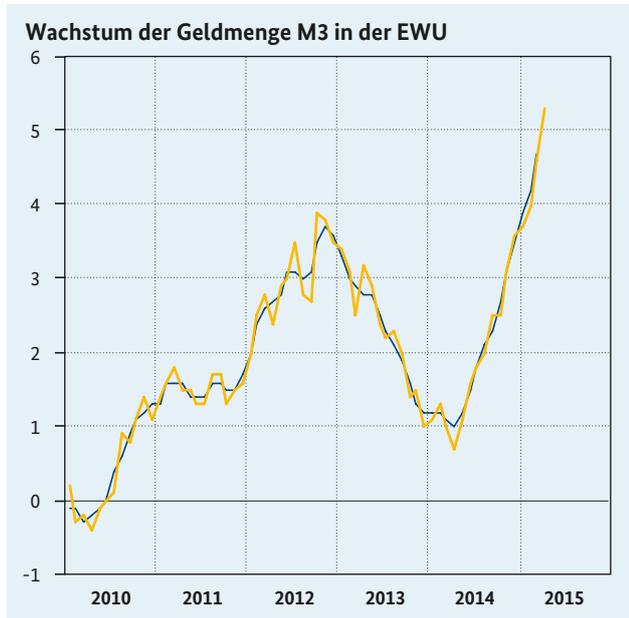
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

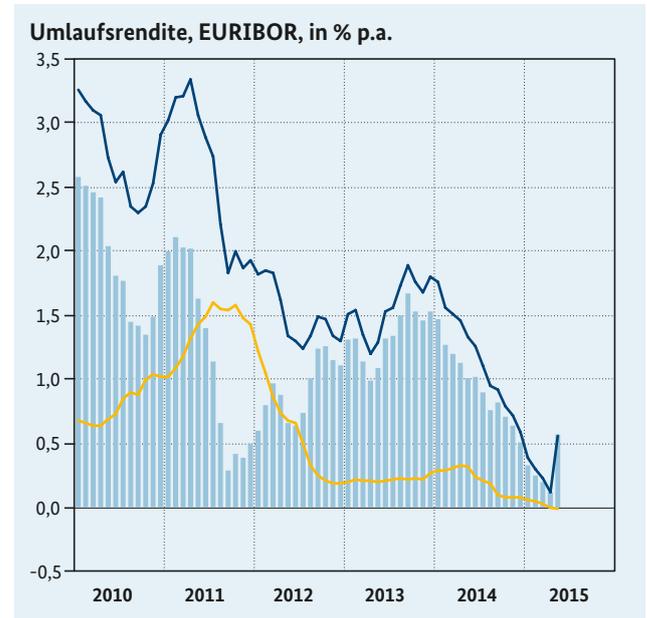
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

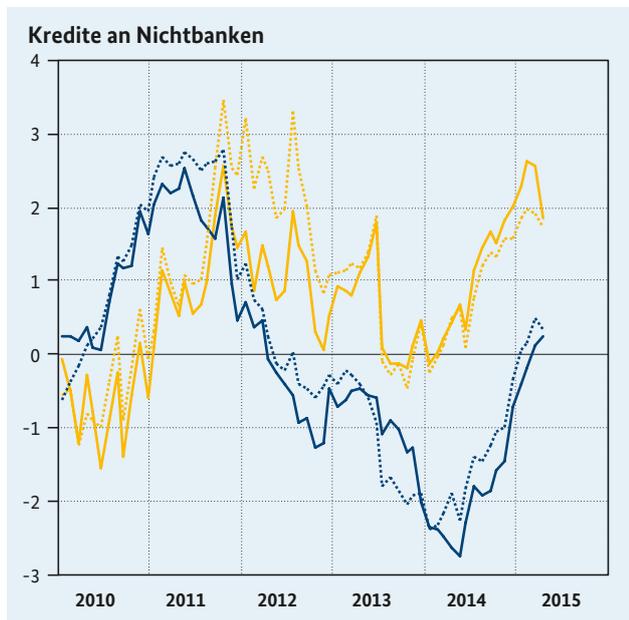
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



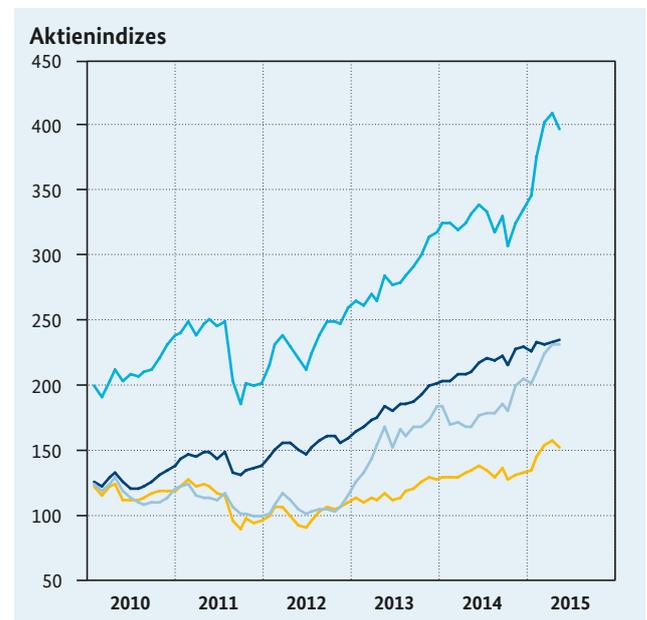
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 ···· Buchkredite Deutschland
 ···· Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums
(Dr. Kai Hielscher)

Durch Vernetzung Energiezukunft gestalten
(Dr.-Ing. Rodoula Tryfonidou)

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz:
Exportschlager „made in Germany“
(Kerstin Maaß)

Elektromobilität mit System
(Christian Liebich)

G7-Energieminister beschließen „Hamburg Initiative“
für nachhaltige Energiesicherheit
(Martha Ekkert)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne
an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Juli 2014	Mehr Transparenz in der Rüstungsexportpolitik Außenwirtschaftsförderung im deutschen Interesse Energieeffiziente Informations- und Kommunikationstechnologien
August 2014	Wasserstoff auf die Mühlen der Energiewende Neue Technologien gehen uns alle an Fördercontrolling – Planung und Steuerung von Fördermaßnahmen vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen Start des EEG-Anlagenregisters
September 2014	Reform des EEG Wettbewerb in der privaten Krankenversicherung Mehr Transparenz in der Rohstoffwirtschaft
Oktober 2014	Zur Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland Kohlendioxidspeicherung – Quo vadis? Wie die Wirtschaft Geodaten nutzen kann
November 2014	Herbstprojektion der Bundesregierung: Binnenwirtschaft sichert Wachstum Wesentliche Fakten zur „Investitionsschwäche“ in Deutschland IT-Sicherheit für kleine und mittlere Unternehmen: Die Angebote der BMWi-Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ IT-Gipfel 2014: Digitalisierung in Deutschland gemeinsam mit allen betroffenen Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie startet Technologiewettbewerb
Dezember 2014	Usability für den Mittelstand Witterungseffekte im Bausektor
Januar 2015	Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland – ein politischer Auftrag Rosetta und Philae – Mit deutscher Technik der Entstehungsgeschichte des Sonnensystems auf der Spur
Februar 2015	Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 Effekt der kalten Progression: Eine wirtschaftspolitische Analyse Kompass der Energiewende
März 2015	Sinkende Arbeitslosigkeit ist nicht genug Neue Märkte in Subsahara-Afrika – Herausforderungen und Chancen Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland – eine Bestandsaufnahme Mehr Energieeffizienz bei Staubsaugern
April 2015	Das Momentum für mehr Weitblick in der Europapolitik nutzen Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien beginnt Partner Indien – Perspektiven 2015 Auf dem Weg zu mehr Forschung und Innovation in Deutschland

Ausgabe	Fachartikel
Mai 2015	Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung Stärkung von Investitionen in Deutschland Online-Befragung zeigt großen kommunalen Investitionsbedarf Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Fokus Das Nationale Reformprogramm 2015 Expo Milano 2015
Juni 2015	ZIM – optimiert: Neue Richtlinie für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand Reformierte EU-Kohäsionspolitik 2014 – 2020 Intelligent vernetzt



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
